



G 3777
FACHZEITSCHRIFT DES BDP
ZEITSCHRIFT DES BERUFSVERBANDES DEUTSCHER
PSYCHOLOGINNEN UND PSYCHOLOGEN E.V.
48. JAHRGANG
SEPTEMBER 2023

09|2023

report**psychologie**

Armut und ihre Folgen



**Bachelor Psychologie —
und dann?** s. 28

**Können Erwachsene
Radfahren lernen?** s. 30



Klinik und
Therapie



Human
Resources



Schule und
Entwicklung

Fortbildung mit der Hogrefe Academy

Seminare, Webinare und Inhouse-Schulungen.



hgf.io/fortbildung

 **hogrefe**

SEPTEMBER 2023



Foto: Mechthild Wilhelm

Liebe Leserinnen und Leser,

Berichte über Armut haben wir viele gelesen, gehört und gesehen. Auch in diesem Heft werden unterschiedliche Aspekte aus psychologischer Sicht diskutiert. Was hingegen ist »Reichtum« – insbesondere im Alter oder in persönlich schwierigen Lebenssituationen?

Durch unsere europäische Sozialisation geprägt, denken wir bei »Reichtum« meist wohl zuerst an Einkommen und Vermögen. Finanziell die Grundbedürfnisse aller für ein würdiges Leben zu decken, ist eine wesentliche Aufgabe unseres Sozialsystems. Dass dies nicht immer und für alle zufriedenstellend gelingt, wissen wir.

Meine mehrjährige Tätigkeit mit einsamen älteren Menschen hat mich gelehrt, dass darüber hinaus für viele die Armut an Kontakten, an erfahrener emotionaler Zuwendung, interessanten Gesprächen, erlebter Geborgenheit, an Familie und Freunden mindestens genauso schmerzhaft ist wie eine schwierige finanzielle Situation. Oftmals sind gerade die immateriellen Lebensumstände wesentliche Faktoren für das Entstehen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und ein Leben im sozialen Abseits – wie in diesem Heft exemplarisch beschrieben.

Viele Privatpersonen und gemeinnützige Einrichtungen engagieren sich, um die Situation Betroffener zu verbessern, sie zu ermutigen und zu unterstützen. »Einfach mal reden« ist z. B. der Ansatz von »Silbernetz«, wo einsamen Menschen über 60 Wege aus der Isolation gebahnt werden (vgl. www.silbernetz.org). Über das »Silbertelefon« (0800 – 470 809 0) wird deutschlandweit kostenlos und anonym eine Kontaktaufnahme ermöglicht.

Für viele der Anrufer ist es bereits ein Gewinn, überhaupt mit jemandem sprechen zu können. Und meist empfinden auch unsere Ehrenamtlichen die Gespräche als Bereicherung. Denn etliche Anruferinnen und Anrufer sind reich an Erfahrung, humorvoll und noch voller Lebenslust. Wir ermutigen sie, persönliche Verbindungen wieder aufzubauen, und helfen dabei, passende Angebote im jeweiligen Umfeld vor Ort zu finden. Selbstverständlich sind Trauer über Vergangenes, Defiziterlebnisse und Probleme jeglicher Art für viele der Anstoß, unser niederschwelliges Angebot zu nutzen. Im Gespräch suchen wir gemeinsam nach Anknüpfungspunkten, individuellen Kraftreserven, aktivieren die Erinnerung an freudige Situationen, geben Impulse und tauschen Erfahrungen aus. Es ist erstaunlich, wie oft ein solches Telefonat von beiden Seiten als befriedigend erlebt wird.

Ich denke, jede und jeder von uns kann – gerade aus unserer Profession heraus – im persönlichen Umfeld zur Mehrung dieser Art von Reichtum beitragen. Möge es uns allen gelingen, dabei selbst »reicher« zu werden – nicht nur mit Blick auf das eigene Alter.

Ihre Dr. Sibylle Wolff
Wirtschafts- und Notfallpsychologin
Mitglied der Fachgruppe »Arbeit mit älteren Menschen«

FOKUS

- 2** Frauenarmut: Ausmaß, Ursachen und Lösungen
- 6** Einsamkeit: Nicht nur eine Frage der Psyche
- 10** Verhinderung von Armut und sozialer Exklusion
- 12** Wohnungslosigkeit: Einführung in die Lebenswelt der »Unsichtbaren« im Schatten der Gesellschaft
- 16** Psychologischer Fachdienst in Kirgisistan

FACHWISSENSCHAFTLICHER TEIL

- 20** TBS-DTK-Rezension: Lumina Spark

PSYCHOTHERAPIE

- 21** Kammerwahlen 2023: Unsere Wahlempfehlungen

INTERNATIONAL

- 22** »Uniting communities for a sustainable world« – ECP 2023 und EFPA-Generalversammlung

SPEKTRUM

- 24** Wir feiern 77 Jahre BDP – und planen dabei schon mal die Zukunft
- 26** Kontakt auf Augenhöhe – Prof. Dr. Ulrich Wagner erhält den Deutschen Psychologie Preis 2023
- 28** Bachelor Psychologie – und dann? Ergebnisse einer Umfrage unter Psychologiestudierenden zu Zulassungspraxis, Berufswünschen und Burnout im Studium
- 30** Können Erwachsene Radfahren lernen?
- 34** Neue Fachgruppe »Radverkehr und Mobilität

KOMMENTARE

- 35** Reform zulasten der Versicherten
- 36** Gemeinsam stark für humanistische Verfahren

INTERN

- 37** Aus den Sektionen und Landesgruppen

ANDERE RUBRIKEN

- 45** Marktplatz/Stellenmarkt
- 46** BDP-Termine
- 48** Impressum

E-Paper-Ausgabe

BDP-Mitglieder können die aktuelle Ausgabe sowie das Archiv des »report psychologie« kostenfrei im Mitgliederbereich der BDP-Website abrufen: www.bdp-verband.de

Das E-Paper der Ausgabe ist zudem im Shop des Deutschen Psychologen Verlags erhältlich: www.psychologenverlag.de



Frauenarmut

Ausmaß, Ursachen und Lösungen

Mehr als jede zweite Frau hat Angst, im Alter arm zu sein. Das zeigte Mitte des Jahres eine Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts »YouGov«. Bei den Männern war der Anteil geringer (Swiss Life, 2023). Dass die Sorge bei den Frauen verbreiteter ist, überrascht nicht. Die finanzielle Situation vieler Frauen ist bereits in jüngeren Jahren kritisch, sodass die Angst vor Altersarmut als durchaus berechtigt bezeichnet werden kann.

Dieser Artikel will die Aufmerksamkeit auf die besondere Armutsbetroffenheit von Frauen lenken. Zunächst wird das Ausmaß der Frauenarmut in Deutschland dargestellt. Es folgt eine Erläuterung der Ursachen, bevor am Ende politische Lösungsstrategien aufgezeigt werden.

Jede sechste Frau betroffen

Studien belegen schon lange die hohe Armutsbetroffenheit von Frauen in Deutschland. Hierzulande gelten knapp 17 % der Frauen als armutsgefährdet; das ist jede sechste Frau. Was als Prozentzahl vielleicht auf den ersten Blick noch wenig erscheint, stellt sich anders dar, wenn die absoluten Zahlen betrachtet werden: Fast sieben Millionen Frauen sind betroffen.

Armutsgefährdung bedeutet hier, dass die betroffenen Frauen ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger

als 60 % des Einkommensmedians erzielen. Männer sind insgesamt seltener armutsgefährdet (15 %), und auch differenziert nach Alter zeigt sich, dass Frauen in jeder Altersgruppe häufiger von Armut betroffen oder bedroht sind als Männer.

Besonders Frauen, die zwischen 18 und 24 Jahren sind, sowie Frauen ab dem Alter von 65 Jahren sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet (Statistisches Bundesamt, 2022b). Auch Alleinerziehende – der Großteil weiblich – stellen eine außerordentlich stark von Armut betroffene Gruppe dar. Bei ihnen liegt der Anteil bei über 25 % (Statistisches Bundesamt, 2023a).

Während Armut öfter bei Frauen auftritt, lassen sich hohe Erwerbseinkommen, Renten und Vermögen eher bei Männern finden. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen von abhängig beschäftigten Männern lag im April 2022 bei rund 3.500 Euro brutto und damit ganze 1.140 Euro über dem von Frauen (Statistisches Bundesamt, 2022a). Durch ihre höheren Einkommen sind Männer auch im Alter deutlich besser abgesichert. Frauen haben 43 % weniger eigene Alterssicherungsleistungen als Männer (Statistisches Bundesamt, 2023c). Darüber hinaus verfügt jeder 20. Mann – und nur jede 33. Frau – über ein Vermögen von mehr als einer halben Million Euro (BMAS, 2021).

All diese Zahlen verdeutlichen die unzureichende finanzielle Absicherung von Frauen im Vergleich zu Männern. An dieser Stelle soll es jedoch nicht bei abstrakten Zahlen bleiben. Stattdessen ist die Frage wichtig: Was bedeutet es konkret, in Armut zu leben? Der sechste »Armut- und Reichtumsbericht« der Bundesregierung aus dem Jahr 2021 gibt hierzu Auskunft. Er zeigt beispielsweise: Wer über wenig Einkommen verfügt, wohnt eher in beengten, renovierungsbedürftigen und lauten Wohnungen und fühlt sich eher von hohen Wohnkosten belastet. Die Bildung ist meist niedriger, soziale Kontakte finden seltener statt, und die kulturelle Teilhabe ist eingeschränkt. Ärmere Menschen berichten häufiger über gesundheitliche Beeinträchtigungen; zudem ist ihre Lebenserwartung kürzer. Armut hat somit vielfältige negative Folgen für das Leben von Menschen.

Unbezahlte Sorgearbeit ist Frauenarbeit

Dass besonders Frauen von Armut betroffen sind, hat natürlich Ursachen. Auf den Punkt gebracht lassen sie sich plakativ in einem Satz zusammenfassen: Frauen übernehmen einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit in der Gesellschaft, während sich Männer auf die Erwerbsarbeit konzentrieren.

Es geht also um Geschlechterrollen. Das Ernährer-Hausfrauen-Modell der 1950er-Jahre hat zwar im Großen und Ganzen ausgedient, gänzlich verschwunden ist es jedoch nicht. Im Laufe der Jahrzehnte hat es vielmehr eine Umwandlung hin zu einer Art Ernährer-Zuverdienerin-Modell erfahren. Das zeigen zumindest die aktuellen Zahlen: Bei sieben von zehn Paaren mit minderjährigen Kindern geht der Mann einer Vollzeitberufstätigkeit nach, und die Frau arbeitet in Teilzeit oder gar nicht (BMFSFJ, 2023). Frauen kümmern sich dafür hauptsächlich um Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder um den Haushalt. Im Vergleich zu Männern leisten sie über 50 % mehr unbezahlte Sorgearbeit (Klünder, 2017).

Nun könnte man meinen, es sei ja kein Problem, wenn Frauen eher die Sorgearbeit und Männer eher die Erwerbsarbeit übernehmen. Beides sei schließlich wichtig für die Gesellschaft. Das ist auch richtig, allerdings liegt das Problem bei der Sorgearbeit darin, dass diese kaum finanziell entlohnt wird und dadurch nicht vor Armut schützt. Derzeit können Mütter beispielsweise zwar Elterngeld bekommen, dieses endet jedoch nach wenigen Monaten. Frauen, die Angehörige pflegen, können einen Anspruch auf ein Pflegeunterstützungsgeld haben. Das Pflegeunterstützungsgeld zahlt der Staat allerdings nur für zehn Tage. Bei einer längeren Erwerbsunterbrechung oder -reduzierung steht pflegenden Angehörigen nur ein zinsloses Darlehen zur Verfügung. In der gesetzlichen Rentenversicherung werden Kindererziehungs- und Pflegezeiten anerkannt. Die Beiträge sind jedoch zeitlich begrenzt bzw. niedrig.

Die gängige Aufgabenteilung bei Paaren steht außerdem im Widerspruch dazu, was Frauen und Männer tatsächlich wollen. Dem Großteil der jungen Frauen ist es beispielsweise wichtig, dass Sorgearbeit gerecht

zwischen Frauen und Männern aufgeteilt wird (Wipermann, 2016). Drei von vier Frauen wollen in einer Partnerschaft zudem finanziell unabhängig sein (LV 1871, 2023). Gefragt nach der gewünschten Arbeitszeit für die Erwerbsarbeit geben viele Männer eine Verkürzung und einige Frauen eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit an (Blömer et al., 2021).

Frauen verdienen weniger Geld

Eine existenzsichernde Beschäftigung ist eines der besten Mittel gegen Armut. Frauen können sich jedoch wesentlich häufiger nicht eigenständig durch Erwerbsarbeit finanziell absichern. Jede vierte Frau im Erwerbsalter ist nicht erwerbstätig. Von denjenigen Frauen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, arbeiten die meisten in viel geringeren Umfängen als Männer. Fast jede zweite Frau, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, arbeitet in Teilzeit. Bei den Männern ist es weniger als jeder achte (Bundesagentur für Arbeit, 2023).

Hinzu kommt der geringere Stundenlohn von Frauen. Im Jahr 2022 verdienten Frauen brutto 18 % weniger pro Stunde als Männer. Ein Teil des Unterschieds kann erklärt werden durch den Beruf oder die Branche, den Beschäftigungsumfang, die Qualifikation oder die Berufserfahrung. Werden diese Faktoren berücksichtigt, bleibt allerdings immer noch ein Unterschied von 7 % übrig (Statistisches Bundesamt, 2023b). Dies bedeutet: Ähnliche Arbeit wird unterschiedlich bezahlt. Woran dies liegt, ist unklar. Einen Zusammenhang könnte es hier mit einer Diskriminierung von Frauen bei der Bezahlung geben.

Die geringere Erwerbsbeteiligung und die niedrigeren Stundenlöhne wirken sich negativ auf die finanzielle Absicherung von Frauen aus. Gerade um Mütter mit minderjährigen Kindern steht es schlecht: Weniger als jede zweite Mutter verfügt über ein existenzsicherndes Einkommen (BMFSFJ et al., 2020). Erschreckend ist außerdem, dass fast jede zehnte Frau armutsgefährdet ist, obwohl sie erwerbstätig ist. Dieser Anteil ist bei den Männern geringer (BMAS, 2021). Über den gesamten Lebensverlauf hinweg haben Frauen am Ende ihres Lebens gerade einmal die Hälfte dessen verdient, was Männer an Einkommen erhalten haben (BMAS, 2020). Dies wirkt sich natürlich auf die Rente aus. Die eigenen Alterssicherungsleistungen von Frauen sind fast nur halb so hoch wie die von Männern (Statistisches Bundesamt, 2023c).

Der Staat hat seine Finger im Spiel

Bei der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern und damit bei der schlechteren finanziellen Absicherung von Frauen ist der Staat nicht ganz unbeteiligt. Es existieren eine Reihe von gesetzlichen Regelungen, welche Frauen und Männern eine bestimmte Rollenverteilung quasi nahelegen. An dieser Stelle sollen ein paar Beispiele genannt werden.

Einen entscheidenden Einfluss auf das Erwerbsverhalten von Frauen hat das Ehegatten-Splitting. Dieses Splitting bevorteilt nicht etwa Paare, die sich Erwerbsarbeit und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen. Stattdessen pro-



Annemarie Schoß ist Referentin für Frauen- und Familienpolitik beim Sozialverband VdK Deutschland e. V.

E.schoß@vdk.de

fitieren Ehepaare, welche eine möglichst große Einkommensdifferenz aufweisen. Die Person mit dem geringeren Einkommen (meist die Ehefrau) wird dann höher als normalerweise besteuert und hat dementsprechend weniger Nettoeinkommen. Für Ehefrauen kann hier schnell der Eindruck entstehen, dass sich eine Erwerbsarbeit oberhalb einer kleinen Teilzeitstelle nicht lohne. Durch den Mechanismus der höheren Besteuerung müssen viele verheiratete Frauen darüber hinaus mit geringeren Lohnersatzleistungen auskommen. Hierzu zählen z. B. Krankengeld, Arbeitslosengeld I und Elterngeld. Diese können bei verheirateten Frauen allein durch das Ehegatten-Splitting im Monat um einige Hundert Euro geringer ausfallen als bei Männern (Spangenberg, Färber & Späth, 2020).

Eine weitere wichtige Rolle spielen die besonderen steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen bei Minijobs. Durch diese bleibt mehr Netto vom Brutto über, sodass Minijobs zunächst attraktiv erscheinen. In Kombination mit der beitragsfreien Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung für Ehepartnerinnen, wenn maximal ein Minijob ausgeübt wird, entsteht ein starker Anreiz für eine minimale Erwerbstätigkeit von Ehefrauen.

Auch die Regelungen zum Elterngeld geben eine recht klare Aufgabenteilung von Frauen und Männern vor. Wollen Eltern die vollen 14 Monate Elterngeld beziehen, muss jeder Elternteil mindestens zwei Monate Elterngeld übernehmen und dafür die Erwerbsarbeit unterbrechen oder reduzieren. In der Praxis hat sich – nicht verwunderlich – schnell etabliert, dass Mütter deutlich häufiger und länger Elterngeld beziehen als Väter. Mehr als jeder zweite Vater bezieht gar kein Elterngeld (Statistisches Bundesamt, 2021). So wird bereits von Geburt eines Kindes an eine bestimmte Rollenverteilung bei Eltern gefördert. Fehlende und nicht immer bedarfsgerechte Kinderbetreuungsplätze tun ihr Übriges, um Müttern eine Erwerbsarbeit zu erschweren. Umfragen zeigen immer wieder, dass der Bedarf von Eltern an Betreuungsplätzen höher als das Angebot ist (Ramboll Management Consulting GmbH et al., 2023).

Das mehr oder weniger sanfte Abdrängen von Frauen hin zur Übernahme unbezahlter Sorgearbeit findet dann jäh ein Ende, wenn die Partnerschaft zerbricht. Mit der Unterhaltsrechtsreform von 2008 wurde der Unterhalt für ehemalige Ehegattinnen deutlich abgebaut. Nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen kann eine geschiedene Frau noch Unterhalt vom Expartner verlangen. In der Regel wird jedoch von ihr erwartet, nach der Scheidung für den eigenen Unterhalt selbst aufzukommen. Dies kann sich als schwierig erweisen, wenn zuvor jahrelang nicht oder nur eingeschränkt gearbeitet wurde. Besser abgesichert sind Frauen hingegen, wenn der Ehepartner verstirbt. Dann können sie Anspruch auf eine Witwenrente haben.

Auch in Bezug auf die Rente gibt es eine klare Regelung: Durch den Versorgungsausgleich werden bei einer Scheidung Rentenanwartschaften zwischen bei-

den Ehepartnern hälftig aufgeteilt, wodurch Frauen an der während der Ehe erwirtschafteten Alterssicherung ihrer Expartner teilhaben können. Für nicht verheiratete Frauen gibt es allerdings keine besonderen Absicherungen, wenn eine Partnerschaft endet.

Bundesregierung nimmt das Thema nicht ernst genug

Obwohl das Thema »Frauenarmut« so aktuell wie eh und je ist und politisch viel getan werden könnte und müsste, taucht es im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung nicht direkt auf. Die Bundesregierung hat es sich aber zumindest zum Ziel gesetzt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, auch wenn konkrete Aussagen fehlen, wie dies erreicht werden soll. Den Mindestlohn, von dem gerade viele Frauen profitieren, hob die Bundesregierung Ende 2022 auf zwölf Euro an. Im gleichen Atemzug weitete sie aber auch die Einkommensobergrenze bei den Minijobs aus und zementierte diese damit noch.

Anfang 2023 wurde das in der Bevölkerung als »Hartz IV« bekannte Arbeitslosengeld II durch das »Bürgergeld« ersetzt. Frauen, die wenig oder kein Einkommen haben, können dieses beziehen. An der grundsätzlichen Problematik der Regelsätze hat sich aber auch mit dem Bürgergeld nichts geändert. Diese sind weiterhin zu gering bemessen.

Zur finanziellen Unterstützung von Familien wurden Anfang 2023 das Kindergeld und der Kinderzuschlag angehoben. Gerade arme Familien profitieren allerdings nicht vom Kindergeld, da dieses vollständig auf das Bürgergeld angerechnet wird. Dies ist nur eines der Probleme im derzeitigen System der Familienförderung. Daher plant die Bundesregierung, einige wesentliche Familienleistungen wie das Kindergeld zu einer einzigen Leistung zu bündeln: der Kindergrundsicherung. Diese soll hoch genug sein, um Kinder tatsächlich finanziell abzusichern. Das Gesetzgebungsverfahren bleibt abzuwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt kann daher noch nichts über die Auswirkungen der Kindergrundsicherung auf Kinder- und Frauenarmut gesagt werden.

Was wirklich gegen Frauenarmut hilft

Wer Frauenarmut tatsächlich bekämpfen möchte, muss eine Vielzahl an Maßnahmen ergreifen. Zusammenfassend lassen sie sich in fünf Bereiche einteilen:

1. existenzsichernde Beschäftigung,
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
3. Gleichstellung von Frauen und Männern,
4. finanzielle Absicherung von Kindern und
5. ausreichend hohe Renten.

Damit möglichst viele Frauen eine existenzsichernde Beschäftigung ausüben, dürfte es keine gesetzlichen Regelungen mehr geben, die sich negativ auf die Erwerbsarbeit von Frauen auswirken. Anstelle des Ehegatten-Splittings sollte es ein Besteuerungsmodell für Familien geben. Minijobs müssten durch sozialversicherungspflichtige Jobs ersetzt werden, damit alle abhängig

Literatur:

Die Literaturliste kann per E-Mail beim Verlag angefordert werden: s.koch@psychologenverlag.de

beschäftigten Frauen kranken-, arbeitslosen- und rentenversichert sind. Der Mindestlohn von derzeit zwölf Euro sollte auf mindestens 14 Euro angehoben werden, damit Frauen später von ihrer Rente leben können. Darüber hinaus müssten Frauenberufe finanziell aufgewertet werden. Und Frauen, die ihre Erwerbsarbeit länger unterbrochen haben, sollten stärker unterstützt werden. Hier braucht es vor allem für Mütter und pflegende Frauen ein Rückkehrrecht in die Vollzeitarbeit.

Sorgearbeiten wie die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen sind wichtig und für eine Gesellschaft unverzichtbar. Es sollte jedoch möglich sein, sich um Kinder zu kümmern oder Angehörige zu pflegen und gleichzeitig einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Daher ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nötig. Kindertagesbetreuungen, Ganztagschulen und Tagespflegeeinrichtungen sollten ausgebaut werden und sich an den Bedarfen der Familien orientieren. Förderlich sind darüber hinaus familienfreundliche Arbeitszeiten und mehr Möglichkeiten für das Arbeiten im Homeoffice. Für pflegende Angehörige braucht es eine eigene finanzielle Leistung, wie ein Pflegegehalt.

Nötig ist darüber hinaus die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Sorgearbeit, die derzeit zum Großteil von Frauen übernommen wird, sollte gerechter zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Hierfür könnte z. B. die Mindest- und Maximalbezugsdauer des Elterngelds pro Elternteil geändert

werden. Gegen die Lohndiskriminierung von Frauen sollte stärker vorgegangen werden, damit Frauen nicht schon allein aufgrund ihres Geschlechts weniger pro Stunde verdienen als Männer.

Für die finanzielle Situation von Frauen wäre es zudem sehr hilfreich, wenn Kinder ausreichend finanziell abgesichert wären. Die bisherigen Leistungen des Staates für Kinder, wie Kindergeld und Kinderregelsätze, reichen nicht aus. Eine Kindergrundsicherung, die alle wichtigen Leistungen für Kinder zu einer Leistung bündelt und von der Höhe her das Existenzminimum von Kindern abdeckt, sollte eingeführt werden. Von dieser Absicherung würden insbesondere viele Alleinerziehende profitieren.

Und zuletzt sollten die Lebensverläufe von Frauen stärker in der Rentenversicherung anerkannt werden. Kindererziehungs- und Pflegezeiten müssen mehr berücksichtigt werden. Außerdem sollte die 2021 in Kraft getretene Grundrente, die vor allem Frauen aufgrund ihrer geringen Renten zugutekommt, weiter ausgebaut werden.

Werden diese ganzen Maßnahmen ergriffen, kann Frauenermutung eines Tages der Vergangenheit angehören. Dann braucht auch nicht mehr die Mehrheit der Frauen in Deutschland Angst vor Altersarmut zu haben. Stattdessen können sich diese Frauen auf einen finanziell abgesicherten Ruhestand freuen.

Annemarie Schoß

Sektion Schulpsychologie

Berufsverband
Deutscher
Psychologinnen
und Psychologen



Praxis Schulpsychologie




Der kostenfreie E-Mail-Infodienst informiert Sie als PDF-Version regelmäßig einmal im Quartal über alle wichtigen Themen rund um das Arbeitsfeld Schulpsychologie – von einem kompetenten Redaktionsteam praxisnah für Sie aufbereitet.

➔ www.praxis-schulpsychologie.de

Alle Archivausgaben gibt's hier zum kostenfreien Download:

➔ www.psychologenverlag.de



Einsamkeit: Nicht nur eine Frage der Psyche

Zum Zusammenspiel mangelnder finanzieller und sozialer Ressourcen

Als »Einsamkeit« bezeichnet man die subjektive Erfahrung unzulänglicher oder unbefriedigender sozialer Beziehungen, sei es in qualitativer oder quantitativer Hinsicht (Peplau & Perlman, 1982). Dem allgemeinen Verständnis von Einsamkeit folgend, fühlt sich eine Person dann einsam, wenn sie einen Mangel an sozialen Kontakten wahrnimmt.

Die COVID-19-Pandemie und die daraus resultierenden Kontaktbeschränkungen haben viele Menschen dazu gezwungen, soziale Interaktionen anders zu gestalten. In Anbetracht der Kontaktbeschränkungen ist es daher kaum überraschend, dass die Anzahl der Menschen, die sich zumindest manchmal einsam fühlen, während der Pandemie signifikant gestiegen ist. Im Jahr 2017 berichteten 14,2 % der Deutschen, dass sie sich zumindest manchmal einsam fühlten, während dies im März 2020, d. h. während der COVID-19-Pandemie, etwa 40,1 % angaben (Entringer, 2022). Ähnliche Zunahmen der Einsamkeit werden auch aus anderen Ländern berichtet

(Ernst et al., 2022). Es ist gegenwärtig noch unklar, ob diese erhöhten Raten auch nach der Pandemie bestehen bleiben.

Während temporäre, d. h. vorübergehende Gefühle der Einsamkeit als normale Erfahrung betrachtet werden können, die fast alle Menschen machen, ist das bei chronischer Einsamkeit anders. Wenn sich Menschen häufig, sehr häufig oder immer und in diesem Sinne chronisch einsam fühlen, stellt dies für sich genommen Einbußen in der Lebensqualität und im subjektiven Wohlbefinden dar (Noll, 2000). Zahlreiche Studien berichten über die negativen Auswirkungen von chronischer Einsamkeit insbesondere auf die Gesundheit (Wang et al., 2023).

Wir möchten uns im Folgenden auf Personen konzentrieren, die sich chronisch einsam fühlen. Ihr Anteil wird in Deutschland – je nach Studie – auf etwa 5 bis 15 % geschätzt (M. E. Beutel et al., 2017; Luhmann & Hawkey, 2016; Reinwarth, Ernst, Krakau, Brähler & Beutel, 2023).

Auslöser und Risikofaktoren von Einsamkeit

Das konzeptionelle Modell der Einsamkeit von Lim, Eres und Vasan (2020) stellt Auslöser und Risikofaktoren für chronische Einsamkeit dar. Überwiegend werden Lebensereignisse oder Übergänge identifiziert, die die Entstehung und Entwicklung chronischer Einsamkeit begünstigen. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass nicht alle Menschen, die ein bestimmtes Ereignis erleben, sich anschließend chronisch einsam fühlen. Abhängig von individuellen Risikofaktoren und Ressourcen kann dasselbe Erlebnis zu chronischer Einsamkeit führen oder nicht.

Lim et al. (2020) unterteilen die Risikofaktoren für Einsamkeit in verschiedene Kategorien. Demografische Risikofaktoren umfassen beispielsweise Alter, Beziehungsstatus, Migrationshintergrund und sozioökonomischen Status. Gesundheitliche Risikofaktoren betreffen die körperliche und psychische Gesundheit. Zusätzlich werden sozio-umweltbezogene Risikofaktoren wie die Nutzung von (sozialen) Medien oder die Gestaltung von Arbeit und Freizeit hervorgehoben.

Aber welche Bevölkerungsgruppen sind besonders anfällig für chronische Einsamkeit? Ein intensiv untersuchter demografischer Risikofaktor ist das Alter. Zahlreiche Studien widmen sich der Frage, in welchen Lebensphasen Menschen besonders anfällig für Gefühle der Einsamkeit sind. Zwei Altersgruppen scheinen dabei besonders hervorstechen: junge Erwachsene zwischen 18 und etwa 30 Jahren (oft auch »emerging adults« genannt; Arnett, 2000) und Menschen im hohen Alter ab etwa 80 Jahren (Hawkey, Bücker, Kaiser & Luhmann, 2022; Luhmann & Hawkey, 2016). Die individuellen Ursachen von Einsamkeit sind sehr unterschiedlich, und es ist sehr wahrscheinlich, dass sie zwischen verschiedenen Altersgruppen variieren (Rubenstein & Shaver, 1982). Bei hochbetagten Menschen könnten es Faktoren wie die abnehmende Gesundheit sein, die mit Barrieren gesellschaftlicher Teilhabe einhergehen, oder der Verlust von Gleichaltrigen und Partnerinnen/Partnern. Bei jüngeren Menschen sind hingegen Umzüge in neue Städte oder das Anpassen an neue soziale Rollen wahrscheinliche Ursachen. Auch explizite Ausgrenzungserfahrungen wie Mobbing werden erwähnt (Siva, 2020).

Singles sind durchschnittlich eher von chronischer Einsamkeit betroffen als Personen, die in einer festen Beziehung leben (Dahlberg, McKee, Frank & Naseer, 2022). Es ist ebenfalls beobachtet worden, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt höhere Werte der Einsamkeit aufweisen als diejenigen ohne Migrationshintergrund (Entringer & Kröger, 2021; Löbel, Kröger & Tibubos, 2022).

Über verschiedene empirische Studien hinweg wurde zudem konsistent festgestellt, dass ein niedriger sozio-ökonomischer Status ein Risikofaktor für Einsamkeit ist (Solmi et al., 2020). Insbesondere sind Personen, die nicht erwerbstätig sind, ein geringes Einkommen haben oder einen niedrigen Bildungsstand aufweisen, im Durchschnitt einsamer als erwerbstätige Menschen

mit durchschnittlichem oder überdurchschnittlichem Einkommen und höherer Bildung. Mit dem geringen sozioökonomischen Status liegt die Armutsthematik nicht fern. Der Zusammenhang zwischen Einsamkeit und Armut wird in diesem Beitrag noch eingehend diskutiert.

Unter Berücksichtigung gesundheitlicher Risikofaktoren zeigt sich, dass Menschen mit schlechterer körperlicher oder psychischer Gesundheit im Durchschnitt stärker von Einsamkeit betroffen sind als diejenigen mit besserer Gesundheit (Ong, Uchino & Wethington, 2016; Solmi et al., 2020).

Im Kontext der sozio-umweltbezogenen Risikofaktoren ist es umstritten, ob die zunehmende Nutzung sozialer Medien die Einsamkeit begünstigt. Medien können soziale Interaktionen sowohl behindern als auch erleichtern, je nachdem, wie digitale Technologien genutzt werden. Wenn beispielsweise soziale Medien genutzt werden, um Offline-Beziehungen zu stärken, innerhalb von bestehenden Freundschaften zu kommunizieren oder neue Freundinnen und Freunde zu finden, kann dies die Einsamkeit reduzieren. Andererseits kann die Nutzung sozialer Medien zur Kompensation fehlender sozialer Fähigkeiten, also durch Ersetzung von Offline- mit Online-Interaktionen, die Einsamkeit erhöhen (Nowland, Necka & Cacioppo, 2017). Daher sind die Nutzungsmethode und der Zweck von sozialen Medien wichtiger als andere Faktoren, wie die Nutzungsdauer oder die Art der genutzten Plattform.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung von Arbeit und Freizeit scheint die Zeitsouveränität, d. h. der Anteil an selbstbestimmter Zeit im Vergleich zu fremdbestimmter, eine wichtige Rolle zu spielen (Dörre, Engel, Fülöp & vom Bruch, 2020). Personen, die über weniger selbstbestimmte Zeit verfügen, beispielsweise aufgrund von Mehrfachbeschäftigungen, haben häufig das Gefühl, nicht genug Zeit für gewünschte soziale Beziehungen zu haben.

Was ist Henne, und was ist Ei?

Bei vielen der oben als Risikofaktoren bezeichneten Variablen sind wechselseitige Beziehungen mit Einsamkeit wahrscheinlich und teils auch empirisch belegt, beispielsweise bezogen auf die Assoziation von Einsamkeit und psychischen Erkrankungen wie Depressionen.

Auch wenn es sich bei Einsamkeit und Depressionen um zwei unterschiedliche Konstrukte handelt, so haben beide im Kern das Vorhandensein eines dysphorischen Erlebens gemeinsam (J. T. Cacioppo, Hawkey & Thisted, 2010). Die subjektive Erfahrung der Einsamkeit wurde auch als ein schmerzhafter Zustand emotionaler Not beschrieben, der mit einem tiefen Gefühl der Leere, Wertlosigkeit und Kontrollverlust verbunden sein kann (S. Cacioppo et al., 2016). In jüngster Zeit wächst der Konsens darüber, zwischen Depression als allgemeiner Stimmung und Einsamkeit als spezifischer emotionaler Reaktion auf die Bewertung sozialer Beziehungen zu unterscheiden (J. T. Cacioppo et al., 2010).



Jun.-Prof. Dr. Susanne Bückner ist derzeit Juniorprofessorin für Quantitative Sozialforschung und Differentielle Psychologie am Psychologischen Institut der Deutschen Sporthochschule Köln und tritt im Oktober 2023 die Universitätsprofessur für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie an der Universität Witten/Herdecke an. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Entstehung, Manifestation, und Entwicklung von Einsamkeit in verschiedenen Altersgruppen sowie mit Konsequenzen von Einsamkeit für die Gesundheit und Gesellschaft. Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit engagiert sie sich regelmäßig in der Wissenschaftskommunikation und Politikberatung zu Einsamkeit auf Landes- und Bundesebene sowie für die EU-Kommission.

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Einsamkeit und Depression sind intuitiv leicht nachvollziehbar: Einerseits können depressive Symptome wie Energie- und Interessenverlust, verminderte Aktivität und sozialer Rückzug, Selbstvorwürfe und Reizbarkeit zu einer Entfremdung von wichtigen Bezugspersonen führen, die sich in zwischenmenschlicher Belastung, mangelnder sozialer Unterstützung, objektiver sozialer Isolation und Einsamkeit äußert. Internationale Evidenz stützt diesen Zusammenhang (Beller & Wagner, 2018; Dahlberg, Andersson, McKee & Lennartsson, 2015; Luo, Hawkey, Waite & Cacioppo, 2012; Tiikkainen & Heikkinen, 2005).

Andererseits impliziert Einsamkeit auch negative Affektivität, eines der Kernsymptome der Depression, z. B. in Form von Traurigkeit, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Zudem kann Einsamkeit Ruminieren, Selbstzweifel und eine negative Selbstwahrnehmung begünstigen. So haben Studien gezeigt, dass interpersonelle Schwierigkeiten und soziale Isolation sowohl das Auftreten als auch den Verlauf von Depressionen vorhersagten (Goodman, Samek, Wilson, Iacono & McGue, 2019). In Übereinstimmung mit einer US-amerikanischen Untersuchung von J. T. Cacioppo, Hughes, Waite, Hawkey und Thisted (2006) sagte Einsamkeit in der »Gutenberg Health Study«, einer deutschen repräsentativen Kohortenstudie, den Anstieg depressiver Symptome deutlich vorher. Bei der Vorhersage rezidivierender Symptome erwies sich Einsamkeit jedoch als weniger relevant als für das Neuauftreten (Tibubos et al., 2019).

J. T. Cacioppo et al. (2010) wiesen anhand von Cross-Lagged-Analysen (d. h. die statistische Modellierung reziproker Beziehungen zwischen Variablen über mehrere Zeitpunkte hinweg) nach, dass Einsamkeit in einer Stichprobe im mittleren und Übergang zum höheren Erwachsenenalter spätere Veränderungen depressiver Symptome vorhersagte – aber nicht umgekehrt. Dieser zeitliche Zusammenhang war nicht auf demografische Unterschiede, objektive soziale Isolation, dispositionelle Negativität, Stress oder soziale Unterstützung zurückzuführen. Eine größer angelegte Untersuchung aus Taiwan betonte jedoch vor allem den gegenläufigen Effekt von Depressionssymptomen auf Einsamkeit (Hsueh, Chen, Hsiao & Lin, 2019).

Die dargestellten Studien müssen jedoch vor dem Hintergrund ihrer Limitationen interpretiert werden. Obschon Cross-Lagged-Panel-Modelle darauf abzielen, zeitliche Beziehungen zwischen Variablen zu schätzen, können sie die Richtung der Kausalität nicht endgültig bestimmen. Zudem müssen stets noch andere, nicht gemessene Variablen als alternative Erklärungen bzw. vermittelnde Mechanismen bedacht werden.

Als potenziell einflussreiche Drittvariable sei beispielsweise schädliches Gesundheitsverhalten genannt. Große, internationale Kohortenstudien belegen, dass einsame Menschen eher zu körperlicher Inaktivität, ungesunder Ernährung, Alkohol- und Tabakkonsum neigen (Hawkey & Cacioppo, 2003). Diese Verhaltensweisen

beeinflussen nicht nur die körperliche, sondern auch die psychische Gesundheit in negativer Art und Weise, können aber gleichzeitig Ausdruck des Erlebens von Stress sein bzw. als (maladaptive) Regulationsstrategien als aversiv erlebter Emotionen dienen. Dazu passen auch die Befunde, dass von psychischen Erkrankungen betroffene Personen eher rauchen, mehr Alkohol konsumieren und mehr von ihnen deutlich übergewichtig sind als die Allgemeinbevölkerung (z. B. T. Beutel et al., 2014; Whooley, 2008).

Wie aus dieser Beschreibung deutlich wird, sind Einsamkeit, psychische Gesundheit und Gesundheitsverhalten auf komplexe Art und Weise miteinander verwoben, sodass die Frage nach Henne und Ei schwierig zu beantworten ist. Die Komplexität der Zusammenhänge und Kausalitäten ist damit noch nicht zu Ende beschrieben. Das wird deutlich, wenn Einsamkeit in gesellschaftlichen Kontexten betrachtet wird, von denen wir aufgrund der empirischen Bedeutsamkeit das Thema »Armut« hervorheben wollen.

Einsamkeit und Armut

Armut, zumeist verstanden als ein genauer zu definierender Mangel an finanziellen Ressourcen und als Unterschreiten eines Lebensstandards, erhöht das Risiko, einsam zu sein. Dies zeigt sowohl der nationale (Andreß, Lipsmeier & Salentin, 1995; Dittmann & Goebel, 2022; Eckhard, 2018) als auch internationale Forschungsstand (Kempson, 1996; Samuel, Alkire, Hammock, Mills & Zavaleta, 2014; Stewart et al., 2009).

Eckhard (2018) stellt in seiner für Deutschland repräsentativen Studie fest, dass soziale Isolation, verstanden als das Fehlen von engen persönlichen Beziehungen, in einkommensarmen Haushalten, signifikant erhöht ist. Zudem stellt Eckhard fest, dass Armut und soziale Isolation zumindest teilweise mit kritischen Lebensereignissen korreliert sind, wie z. B. Krankheit, Trennung oder Verlust des Arbeitsplatzes. Diese können sowohl das Armutsrisiko als auch das Risiko der sozialen Isolation erhöhen.

Dittmann und Goebel (2022) konnten für verschiedenen Erhebungsjahre im Zeitraum 1985 bis 2020 höhere Einsamkeitswerte bei von Armut Betroffenen feststellen, wobei sie Einsamkeit unterschiedlich operationalisierten. Die ebenfalls für Deutschland repräsentativen Längsschnittdaten liefern Hinweise dafür, dass Armutslagen Einsamkeit auslösen oder verstärken: Mit dem Jahr des Eintritts in Armut kommt es zu einem signifikanten Anstieg der Einsamkeit. Zudem steigt die Einsamkeit mit der Dauer der Armutssituation leicht an und kehrt nicht wieder auf das Ausgangsniveau (in der Zeit, bevor die Person arm war) zurück.

Die Studie von Dittmann und Goebel konnte für Deutschland weiterhin den Einfluss der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Kontaktbeschränkungen auf Einsamkeit untersuchen. Die Analysen zeigen, dass die Einsamkeit sowohl in armutsbetroffenen als

auch in nicht von Armut betroffenen Haushalten stieg. Am stärksten nahm in dieser Zeit die Einsamkeit bei Frauen zu. Diese Zunahme war so stark, dass es zu diesem Zeitpunkt keine signifikanten Unterschiede mehr im Einsamkeitsniveau armutsbetroffener und nicht armutsbetroffener Frauen gab.

Als Mechanismen dafür, dass Armut die Einsamkeit erhöht, werden sozialer Rückzug und geringere Teilhabemöglichkeiten der von Armut Betroffenen genannt (Machielse, 2006): Am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, kostet Geld, und die Gründe, die zu Armutslagen geführt haben (z. B. der Verlust der Arbeit oder eine Trennung), sind mit Scham besetzt, ebenso wie der Lebensstandard (z. B. eine kleine Wohnung). Im Zusammenhang mit Armut sind Gefühle von Einsamkeit eng mit geringen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen korreliert (Callander & Schofield, 2016; Hradil, 2005; Wei, Russell & Zakalik, 2005). Sie erschweren die Bewältigung von Armutslagen.

Die Wirkungen, die von Armut ausgehen, sind für die Einsamkeitsthematik noch weitreichender: Mit Armutserfahrungen gehen nicht nur soziale Kontakte zurück, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe und die Identifikation mit dem Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Gütern nimmt ab. Stewart et al. (2009) konnten zeigen, dass in der Folge von Armut auch das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft und Gemeinschaft abnimmt. Armutsbetroffene engagieren sich tendenziell weniger in Projekten, wie z. B. Familiengärten, Gestaltung von Grünanlagen, und in sozialen Treffpunkten. Statt einer Stärkung der Identifikation tritt eine Entfremdung mit dem Quartier ein (Alisch & Dangschat, 1998).

Vergleichsweise wenig wird darüber geforscht, inwieweit Einsamkeit eine (Mit-)Ursache von Armut darstellt. In Anlehnung an Theorien zum sozialen Kapital werden soziale Beziehungen als wichtige Ressourcen bewertet, um Lebenschancen zu verbessern (Böhnke & Link, 2017). Fehlende soziale Kontakte oder gar soziale Desintegration werden für geringeren Schul- und geringeren beruflichen (Aus-)Bildungserfolg und längere Arbeitsuche mitverantwortlich gemacht, die wiederum das Armutrisiko erhöhen (Franzen & Hangartner, 2006).

Einsamkeit überwinden – Lösungsansätze

Abschließend möchten wir den Blick auf die Bekämpfung und Verhinderung von chronischer Einsamkeit richten. Wir tun dies entlang der Ebenen »Individuum« (»individual«), »Beziehung« (»relationship«), »Gemeinde« (»community«) und »Gesellschaft« (»societal«) und orientieren uns damit am »Conceptual Model of Loneliness« von Lim et al. (2020), deren Erkenntnisse wir bereits im Zusammenhang mit Risikofaktoren aufgegriffen haben.

Im Kontext individueller Lösungen können theoretisch fundierte Interventionen aus unterschiedlichen therapeutischen Grundorientierungen zum Einsatz kommen. Am besten untersucht sind bisher vor allem kognitiv-behaviorale Ansätze. So zeigte eine große Metaanalyse

zur Wirksamkeit von Einsamkeitsinterventionen auf der individuellen Ebene, dass diejenigen psychotherapeutischen Interventionen am wirksamsten sind, die dysfunktionale Gedanken und Erwartungen von chronisch einsamen Menschen über andere Menschen und über soziale Interaktionen im Allgemeinen verändern (Masi, Chen, Hawkey & Cacioppo, 2011). Solche therapeutischen Lösungen sind jedoch nur für diejenigen Personen geeignet, die aktiv nach Unterstützung suchen und die Ressourcen dafür mitbringen.

Auf der Beziehungsebene werden Lösungen diskutiert, die sowohl die individuellen sozialen Fähigkeiten chronisch einsamer Menschen stärken (z. B. Social-Skill-Trainings in Gruppen) als auch die Möglichkeiten verbessern, Gelegenheiten für soziale Kontakte zu schaffen. Die verschiedenen von Lim et al. (2020) vorgeschlagenen Lösungsebenen sind meist stark miteinander verwoben. So lässt sich an der Verbindungsstelle zwischen Lösungen auf der Beziehungs- und der Gesellschaftsebene beispielsweise das sogenannte »Social Prescribing« nach dem Vorbild aus dem Vereinigten Königreich anführen. Beim »Social Prescribing« verweisen lokale Einrichtungen wie Wohlfahrtsverbände oder Gesundheitsdienste die chronisch einsamen Menschen an einen »Link Worker«. Diese »Link Worker« nehmen sich Zeit für die Menschen und erarbeiten gemeinsam mit ihnen einen individuellen Pflege- und Unterstützungsplan und begleiten sie z. B. zu lokalen sozialen Aktivitäten, die ihren Interessen entsprechen. Wie wirksam »Social Prescribing« für die Einsamkeitsbekämpfung ist, wurde bislang jedoch noch nicht systematisch evaluiert.

Lim et al. (2020) weisen im Kontext gesellschaftlicher Lösungen auf die Entwicklung und den Einsatz von Bildungsprogrammen hin, die Jugendliche dabei unterstützen, nach der Schule außerhalb eines weniger strukturierten Umfelds Freundschaften aufzubauen und zu pflegen. Der Einsatz groß angelegter öffentlicher Sensibilisierungskampagnen wird ebenfalls genannt, damit die Gesellschaft offener mit dem Thema »Einsamkeit« umgeht und Stigmata und Diskriminierung gegenüber Personen abbaut, die sich einsam fühlen.

Auch die Armutsthematik ragt in die Optik kommunaler und gesellschaftlicher Ansätze zur Reduzierung von Einsamkeit hinein. Neben der eher grundsätzlichen Aufforderung der Sozialpolitik, Armut nachhaltig zu bekämpfen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen, möchten wir mit der gesellschaftlichen Teilhabe einen Ansatz hervorheben, der international auf Zustimmung stößt (Spannagel, 2017). In diesem Zusammenhang ist an inklusionsfördernde Gelegenheiten, d. h. an Orte und Anlässe für soziale Kontakte, zu denken, die niederschwellig organisiert und kostenlos oder zumindest finanziell erschwinglich sind und Raum und Möglichkeiten für beständige Kontakte bieten (z. B. regelmäßig geöffnete soziale Treffpunkte).

Jun.-Prof. Dr. Susanne Bücken, Dr. Mareike Ernst,
Prof. Dr. Jörg Dittmann

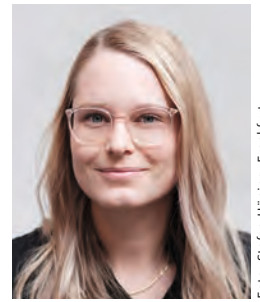


Foto: Stefan Höning, Frankfurt

Dr. Mareike Ernst ist Tenure-Track-Laufbahnprofessorin für psychodynamisch-orientierte Psychotherapieforschung am Psychologischen Institut der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt am Wörthersee in Österreich. Der Einsamkeit nähert sie sich in ihrer Forschung aus der Perspektive psychotherapeutischer Interventionen, des Zusammenwirkens körperlicher und psychischer Gesundheit bzw. Krankheit, der Suizidprävention und der Überschneidungsbereiche dieser Themenfelder an. Sie befindet sich in fortgeschrittener Weiterbildung zur Psychologischen Psychotherapeutin.



Foto: FHNW

Dr. rer. pol. Jörg Dittmann ist seit 2012 Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz. Dort unterrichtet und forscht er zu Armutsthemen, u. a. zu Armut und Einsamkeit.

Literatur:

Die Literaturliste kann per E-Mail beim Verlag angefordert werden: s.koch@psychologenverlag.de



Verhinderung von Armut und sozialer Exklusion

Welchen Beitrag kann die Versorgung psychischer Erkrankungen leisten?¹

Menschen mit psychischen Problemen sind seit jeher überwiegend verarmt und sozial exkludiert. Der Zusammenhang von Armut und psychischen Problemen gehört zu den gesichertsten Befunden der psychiatrischen Epidemiologie seit der Mitte des letzten Jahrhunderts (Hollingshead & Redlich, 1958).

Ein anderer – und teils noch brutalerer – Aspekt der sozialen Exklusion war die Tatsache, dass viele Betroffene in Institutionen wie psychiatrischen Anstalten und Heimen lebten – und damit segregiert von der Allgemeinbevölkerung (Scull, 2015). Dies geschah überwiegend gegen ihren Willen, und die Aufenthalte dauerten Jahre bis Jahrzehnte. In dieser Phase der psychiatrischen Versorgung gab es so gut wie keine Anstrengungen zur Überwindung der Exklusion und der damit einhergehenden Rechtlosigkeit der betroffenen Menschen.

¹ Überarbeiteter Blog-Beitrag des Verfassers (<https://www.knoten-maschen.ch/psychiatrische-rehabilitation-verhinderung-von-armut-und-exklusion>)

Von der Exklusion zur Integration

Im Rahmen der Psychiatrie-Reformen ab den 1970er-Jahren änderte sich dies (Forster, 1997). Die psychiatrischen Kliniken wurden verkleinert und teils aufgelöst. Menschen mit psychischen Problemen sollten »in der Gemeinde« leben und sich sozial integrieren. Wie auch in der Medizin allgemein sollte dies über ein rehabilitatives Stufenleiter-Modell geschehen (Ciompi, 1988). Im Arbeitsbereich etwa sollten Fertigkeiten erlernt und Belastungen zunehmend erprobt werden, indem über eine Werkstatt oder eine Sozialfirma ein Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden werden sollte. Im Wohnbereich existierte ein analoges Modell: vom Wohnheim über eine betreute Wohngemeinschaft bis hin zur eigenen Wohnung.

Die empirische Forschung zeigte jedoch, dass nur ein kleiner Teil der betroffenen Menschen es über diese Stufenleitern schaffte, seine Ziele zu erreichen. Nur rund 10 bis 15 % der Personen konnten auf diese Weise den Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt und in die eigene

Wohnung finden. Daher verwundert es nicht, wenn heute ein großer Teil von Menschen mit schweren psychischen Problemen nach wie vor von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen lebt. Armut sowie soziale Isolation und Einsamkeit kennzeichnen die Lebensrealität vieler Menschen mit psychischen Problemen (Richter & Hoffmann, 2019b).

Von der Integration zur Inklusion

Neuere Ansätze, welche auf Inklusion statt Integration fokussieren (Richter, Hertig & Hoffmann, 2016), sind aktuell unzureichend in der westlichen Welt etabliert. Dies gilt auch für Deutschland, wo – trotz des Bundesteilhabegesetzes aus dem Jahr 2015 – nach wie vor zu wenig auf Inklusion gesetzt wird. Es mangelt beispielsweise an Programmen zur unterstützten Beschäftigung (»supported employment«, SE), die darauf abzielen, Menschen mit psychischen Problemen unter Umgehung der Stufenleiter direkt im allgemeinen Arbeitsmarkt zu platzieren. SE-Programme sind deutlich erfolgreicher als die konventionelle Arbeitsrehabilitation und schaffen es, dass langfristig etwas mehr als 40 % der Programmteilnehmenden im Arbeitsmarkt verbleiben (Richter & Hoffmann, 2019a; Suijkerbuijk et al., 2017).

Ein ähnlich hoher Prozentsatz der Betroffenen ist auch in der Lage, in einer eigenen Wohnung zu leben. Die sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen des Lebens in der eigenen Wohnung sind nicht schlechter als das Wohnen in stärker betreuten Settings (Adamus, Mötteli, Jäger & Richter, 2022). Entscheidend ist zudem, dass sowohl die eigene Wohnung als auch der Job im ersten Arbeitsmarkt klar zu den Präferenzen der betroffenen Menschen zählen (Richter & Hoffmann, 2017b).

Allerdings kommt nur ein kleiner Teil der in Frage kommenden Personen in den Genuss solcher Programme. Diese Situation wird nicht nur von Betroffenen als problematisch angesehen, sie widerspricht auch den Zielen der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-BRK), welche Deutschland unterzeichnet hat. Der Evaluationsbericht zur Umsetzung der UN-BRK aus dem Jahr 2015 hat eine mehr oder minder vernichtende Bilanz gezogen (Committee on the Rights of Persons with Disabilities, 2015). Die konventionellen Rehabilitationsinstitutionen im Heimsektor und im Bereich der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zeigen eine bemerkenswerte Zurückhaltung und ein Beharrungsvermögen bei der Umsetzung der UN-BRK im Land.

Von der Inklusion zur Verhinderung von Exklusion

Doch selbst mit der nur in Ansätzen angestrebten Inklusion vergibt sich das Gesundheits- und Sozialwesen ein erhebliches Potenzial. Psychische Probleme entstehen in aller Regel nicht über Nacht, sondern haben zumeist eine relativ lange Entwicklung.

Bekanntermaßen haben Jugendliche und junge Erwachsene ein sehr großes Risiko, erstmalig unter solchen Problemen zu leiden (McGrath et al., 2023). Dahinter

stecken nicht nur biologische Veränderungen, sondern auch Sozialisationsschwierigkeiten wie Ablöseprobleme von den Eltern. Im sozialen Bereich zeigen sich diese Schwierigkeiten u. a. durch den Zusammenhang von Schulabsenzen und Ausbildungsabbrüchen mit psychischen Problemen (Gubbels, van der Put & Assink, 2019).

Bis heute existiert jedoch keine flächendeckende schulpsychologische Versorgung oder wirksame Schulsozialarbeit, die sich effektiv um psychische Probleme von Jugendlichen kümmert. Noch weniger Unterstützung ist in der Berufsausbildung vorhanden. Viele Lehrpersonen und Ausbildungsverantwortliche tun sich zudem sehr schwer im Erkennen und im Ansprechen von psychischen Problemen. Dabei stehen mittlerweile vergleichbare Programme wie für Erwachsene zur Verfügung, welche sich auf Schul- und Ausbildungsprobleme (»supported education«) fokussieren (Bond et al., 2023).

Eine ähnliche Situation existiert im Umgang mit psychischen Belastungen im Arbeitsleben Erwachsener. Wirksame präventive Maßnahmen und Angebote werden eher selten in Anspruch genommen, wenn sie überhaupt vorhanden sind. Frühzeitige Interventionen und Unterstützung sind jedoch in der Lage, eine große Zahl Betroffener im Job zu halten. Solche Interventionen sind schlussendlich wesentlich effektiver als die Wiedereingliederung nach erfolgtem Jobverlust (Zürcher, Zürcher, Burkhalter & Richter, 2023). Sie tragen nicht nur zur Reduktion psychischer Probleme bei, sondern helfen auch den Systemen der sozialen Sicherung durch Einsparungen und leisten einen Beitrag gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel.

Unterstützung bei Alltagsproblemen durch Wohnbegleitung im Wohnumfeld ist sicherlich stabilisierend für die Situation der von psychischen Problemen betroffenen Menschen. Gleichzeitig helfen derartige Programme jedoch auch, die Wohnstabilität zu sichern und den Wohnungsverlust und drohende Obdachlosigkeit zu vermeiden (Richter & Hoffmann, 2017a). Allerdings wird auch im Wohnsektor nach wie vor zu stark auf Wohnsettings gesetzt, welche nicht hinreichend inklusiv sind und Autonomie für die betroffenen Menschen sicherstellen.

Schlussfolgerungen

Der Paradigmenwechsel von der Integration zur Inklusion könnte deutlich mehr Menschen mit psychischen Problemen vor Armut und sozialer Exklusion bewahren. Noch besser und wirksamer wäre es jedoch, wenn es gelänge, Prävention und Rehabilitation zu kombinieren. Die genannten Beispiele sollten deutlich gemacht haben, dass großes Potenzial darin liegt, gegen die soziale Marginalisierung von Menschen mit psychischen Problemen anzugehen. Dies würde nicht nur die Kranken- und Rentenversicherungen entlasten, sondern dem Willen und den Präferenzen der meisten Betroffenen entsprechen – und dies ist die menschenrechtliche Intention der UN-BRK.

Prof. Dr. Dirk Richter



Prof. Dr. Dirk Richter ist Pflegefachmann, habilitierter Soziologe, Professor im Departement Gesundheit der Berner Fachhochschule und Leiter Forschung und Entwicklung am Zentrum Psychiatrische Rehabilitation der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern.

Literatur:

Die Literaturliste kann per E-Mail beim Verlag angefordert werden: s.koch@psychologenverlag.de



Wohnungslosigkeit

Einführung in die Lebenswelt der »Unsichtbaren« im Schatten der Gesellschaft

Der erste Wohnungslosenbericht der Bundesregierung ging zum Jahresende 2022 von 236.000 wohnungslosen Personen in Deutschland aus. Unterschieden werden dabei drei Gruppen: verdeckte und untergebrachte wohnungslose Menschen sowie Menschen ohne jede Unterkunft. Sie alle eint, dass sie über keinen eigenen Wohnraum verfügen. Nicht alle schlafen jedoch im Freien, wie es landläufige Klischees vermuten lassen. Einige kommen noch bei Bekannten unter. Andere nächtigen in Notunterkünften oder kommunalen Wohnprogrammen, wieder andere schlafen in leer stehenden Immobilien, zelten oder legen sich doch in Parks, Wohneingänge oder U-Bahn-Schächte.

In den Verwaltungen wird oft noch zwischen Wohnungs- und Obdachlosigkeit unterschieden. Diese Unterscheidung zielt vor allem darauf, wo betroffene Menschen die Nacht verbringen. Wer im Freien schläft, gilt als »obdachlos«, wer noch irgendwo unterkommt als »wohnungslos«. Mit der Lebensrealität vieler Menschen hat diese Differenzierung wenig zu tun. Sehr häufig findet ein Mix statt: Für eine Nacht findet sich noch irgendwo ein Sofa, für die kommende Nacht jedoch nicht, und es geht in den Park.

Diese kleine Begriffsdefinition zeigt ein Problem auf: Das Wissen über die Lebenslagen und -welten be-

troffener Menschen ist erstaunlich begrenzt. Sie leben oft mitten in den Innenstädten, sind sichtbar und unauffällig zugleich. Sie gehören zum Stadtbild und sind doch aus vielen Gemeinschaften ausgeschlossen. Der folgende Beitrag soll einen Einblick ins Themenfeld geben. Wie leben diese Menschen? Wie war ihr Lebensweg? Was sind die Ursachen der Wohnungslosigkeit? Wie verarbeiten Betroffene diese? Und welche Wege gibt es zurück ins Wohnen?

Dabei fußt der Beitrag wesentlich auf einer größeren empirischen Erhebung in Dortmund (vgl. Borstel, Sonnenberg & Szczepanek, 2021; Sonnenberg, 2021). Im Mai 2019 starteten dort Studierende und Lehrende der Fachhochschule an einem Aktionsforschungstag eine Zähl- und Zuhöraktion zum Thema. Den ganzen Tag über wurden im Stadtgebiet nach intensiver Vorarbeit und Recherche über 600 Menschen in der Wohnungslosigkeit gezählt und nach ihrem Leben befragt. Wer erzählen mochte, erhielt dafür Raum, wer nicht mochte, wurde in Ruhe gelassen. Die Resonanz auf diese Aktion von Seiten der befragten Menschen war beeindruckend: Sie waren größtenteils dankbar, weil ihnen respektvoll begegnet wurde und sich jemand für sie und ihr Leben interessierte – ein Gefühl, welches viele von ihnen nicht mehr kannten und doch vermissen.

Typische Wege in die Wohnungslosigkeit

In den Gesprächen mit den Betroffenen wurde schnell klar: Wohnungslosigkeit kann jede und jeden treffen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommen, sexueller Orientierung oder politischer Verortung. Wichtig ist dabei, dass Wohnungslosigkeit nicht der Beginn einer Lebenskrise ist, sondern das Ergebnis eines längeren Prozesses und damit eine neue Krisenstufe im Leben dieser Menschen. Grundsätzlich lassen sich dabei zwei Gruppen unterscheiden: Die Mehrheit der Betroffenen rutscht aus integrierenden Systemen heraus, eine Minderheit kommt gar nicht erst in integrierende Systeme hinein.

Ein »Klassiker« des Herausrutschens aus dem System ist die Nichtverarbeitung, Traumatisierung und Paralyse nach besonderen Schicksalsschlägen. Das können schwere Krankheiten sein, Todesfälle im engsten Umfeld, gescheiterte Beziehungen oder anderweitige Verluste von geliebten Menschen. Betroffene verlieren die Kontrolle über ihren Alltag, aber auch über ihre eigene Struktur. Einige können nicht mehr arbeiten, verlieren ihren Job, öffnen Briefe, Mahnungen, Kündigungsschreiben und Klagen nicht mehr, können ihre Miete nicht mehr zahlen, wenden sich nicht rechtzeitig an Beratungsstellen, verdrängen und unterschätzen die drohende Räumungsgefahr und verlieren so ihr Zuhause. Viele wohnungslose Menschen hätten vorher nie damit gerechnet, dass ihnen das passieren könnte.

Eine andere Gruppe von Menschen verliert zunächst ihren Stolz und tieferen Lebenssinn und dadurch die Wohnung. Typisch sind im Ruhrgebiet z. B. ältere Männer, die in jüngeren Jahren stolze Arbeiter, etwa in der

Stahlindustrie, waren. Der Strukturwandel der Region machte ihre Arbeit überflüssig, und sie konnten Möglichkeiten der beruflichen Neuorientierung nicht gewinnbringend für sich nutzen. So verloren sie nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihren Stolz, ein Aushängeschild einer ganzen Region (»Malocher«) zu sein. Sie wurden zu den Übriggebliebenen und »Untoten« einer nicht mehr existierenden Welt – ein Schicksal, das auch viele ostdeutsche Biografien in den 1990er-Jahren geprägt hat (vgl. Bude & Wilisch, 2007) – und verloren darüber die Kraft, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Manchmal führte der Weg dann über unkontrollierten Alkoholkonsum, der bereits in der Arbeitswelt angelegt war, in den Verlust des Wohnraums.

Eine besondere Gruppe sind wohnungslose Jugendliche und Kinder. Viele von ihnen blicken auf eine lange Jugendamts-geschichte zurück. Sie berichteten von Gewalt und Verwahrlosungen in den Familien, gescheiterten Versuchen, in Pflegefamilien heimisch zu werden, und dem Gefühl, von den zuständigen Ämtern nur »verwaltet« zu werden. Sie empfinden sich als ungeschützte und verletzte Objekte anonymen Verwaltungshandelns, erleben auch Ärztinnen/Ärzte, Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter oder Psychologinnen/Psychologen als bevormundend und ziehen ein Leben auf der Straße diesen Erfahrungen vor. Dies erfolgt nicht als romantische Flucht in die Freiheit, sondern aus purer Not heraus und mündet oft in wiederum gewalttätigen Strukturen auf der Straße. Dort bilden sich oft Peer-groups mit autoritären Strukturen und neue Abhängigkeiten. Vor allem Mädchen und junge Frauen erleben auf der Straße oft neue Formen sexualisierter Gewalt unter den Jugendlichen selbst. Trotzdem fühlen sie sich dort geschützter als in den Maßnahmen der Jugendämter oder der sozialen Arbeit.

Eine andere Gruppe kommt zunächst gar nicht in die Systeme des Wohnens oder des Sozialstaats hinein. In vielen westdeutschen Großstädten hat sich zusätzlich eine Gruppe von Menschen in prekären Wohnsituationen gebildet. Oft sind es migrantische Familien osteuropäischer Herkunft, meist aus Rumänien, Bulgarien und Teilen Ungarns. Viele von ihnen sind Roma oder Romnja und fliehen vor der Armut, sozialer und ökonomischer Perspektivlosigkeit, aber auch vor der rassistischen Diskriminierung und Verfolgung in ihren Heimatländern. Gemäß den Regeln der europäischen Freizügigkeit dürfen sie sich in Deutschland aufhalten und auch arbeiten, haben jedoch in der Regel und mit Ausnahme des Kindergelds zunächst keinen Zugang zum deutschen Sozialsystem. Fehlende formale Bildung sowie nicht anerkannte Ausbildungen und Praxisnachweise früherer Arbeitsstellen erschweren den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Die Folge ist die Bildung von Subsystemen mit vereinzelt Schnittstellen zu prekären Wohnlagen, Unterkünften in menschenunwürdigen Verhältnissen, illegalen Arbeitsverhältnissen, Formen der Beschaffungskriminalität (auch von Kindern und Jugendlichen) sowie der Prostitution, besonders, aber nicht nur von Frauen. Detailuntersuchungen z. B. aus

Gelsenkirchen zeigen aber auch die mehrheitlichen Bemühungen dieser Menschen um legale Arbeit, Integration in der Nachbarschaft, ins Wohnen usw. (vgl. Bulic, 2023).

Verarbeitungsformen und Kennzeichen der Lebenswelt Wohnungslosigkeit

Auf der Straße sind wohnungslose Männer deutlich häufiger zu sehen als Frauen. Weibliche Wohnungslosigkeit findet häufiger verborgen und weniger öffentlich statt. Frauen fällt es leichter, kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten zu bekommen, viele zahlen jedoch einen hohen Preis dafür. Meist sind es sehr ungleiche Beziehungen, die sie mit Männern eingehen, und oft werden für die Übernachtungsoption sexuelle Gegenleistungen erwartet. Die Männer bestimmen die Spielregeln der Beziehung auf Zeit und können ihre Macht jederzeit dazu nutzen, die Beziehungen spontan zu beenden. Es ist für die betroffenen Frauen somit ein Wohnen auf Zeit unter hochprekären Bedingungen und bedingt eine Unterwerfung unter die Kontrolle und Machtverhältnisse von Männern, denen diese Vorteile bewusst sind und die sie nicht selten auch gezielt ausspielen.

Das Leben ohne Wohnung ist grundsätzlich ein täglicher Kampf um Struktur und vor allem ums Überleben. Viele der betroffenen Menschen bemühen sich um eine gewisse Systematik im Tagesablauf. Beispielsweise gehen sie zu ähnlichen Zeiten zu Hilfestellen, wie z. B. Suppenküchen, kümmern sich um Einnahmen oder suchen ihre Schlafplätze zu ähnlichen Zeiten auf. Diese Struktur ist aber zu jeder Zeit gefährdet. Nie gibt es Phasen der Sicherheit, der Ruhe oder der Gelassenheit. Viele Menschen stehen dauerhaft unter enormen Stress und haben massive und grundsätzliche Ängste um ihr Leben. Sie haben keinen Rückzugsort für sich, keine Momente sicherer Intimität oder des Geborgenseins. Nichts auf der Straße ist sicher, und immer muss schnell und spontan auf neue Gegebenheiten reagiert werden.

Viele wohnungslose Menschen verlieren in ihrem Sein auch ein Verständnis von Zukunft. Sie leben in den Tag und haben manchmal weder die Kraft noch die Ressourcen für eine langfristige Planung. Oft beklagen z. B. Behörden eine fehlende Mitwirkung, weil Terminvereinbarungen nicht eingehalten werden. Tatsächlich ist es derweil für viele Menschen ohne Handy, sichere Stromreserven und stabiles Internet schwierig, überhaupt noch einen Termin z. B. auf Ämtern oder auch bei Ärztinnen/Ärzten sowie Therapeutinnen/Therapeuten zu bekommen bzw. diesen dann auch einzuhalten oder rechtzeitig abzusagen.

Untereinander gibt es nur selten Solidarität. Beim Leben auf der Straße kämpfen die meisten Menschen primär für sich allein, obwohl Gruppen in der Öffentlichkeit oft sichtbar sind. Dies sind Kollektive auf Zeit, aber keine Solidargemeinschaften oder gar »Kampfverbünde« zur Verbesserung der Situation. In den Gesprächen wurde immer wieder von Diebstählen untereinander berichtet, gute Schlafplätze werden mit Gewalt geräumt oder ver-

teidigt. Oft setzt sich im Kleinen der Starke gegen den Schwachen durch und erkämpft sich so ein kleines Plus im täglichen Überlebenskampf. Dies schürt Misstrauen und verhindert den Aufbau fester Freundschaften.

Der Konsum von Drogen dient einigen wohnungslosen Menschen dazu, diese Lebenswelt zu verkraften. Drogen versprechen kleine Momente der Flucht, Wärme und Entspannung. Interessant war dabei in den Gesprächen, dass Drogenkonsum innerhalb der Gruppe der wohnungslosen Menschen kritisch gesehen und kontrovers diskutiert wird. Einige Betroffene berichteten glaubhaft, dass sie bewusst auf jeden Drogenkonsum verzichteten. Sie befürchteten neue Abhängigkeiten und Kontrollverluste und grenzten sich stark von Drogennutzerinnen und -nutzern ab. Andere Personen konsumieren Drogen nur selten und zu besonderen Anlässen. Wieder andere konsumieren erkennbar regelmäßig und unkontrolliert, greifen, wenn es möglich ist, auch zu unterschiedlichen Konsumangeboten und konzentrieren sich auf deren Erwerb. Bei einigen bestanden die Abhängigkeiten bereits vor der Wohnungslosigkeit, mehrheitlich veränderte sich das Konsumverhalten jedoch erst in der Wohnungslosigkeit.

Sehr ähnlich verhält es sich mit psychischen Erkrankungen und Störungen. Münchner Forscherinnen und Forscher untersuchten entsprechende Zusammenhänge in der bekannten »SEEWOLF«-Studie (vgl. Bäuml, Bröner, Baur, Pitschel-Walz & Jahn, 2017). In dieser wurden 74,5 % der befragten wohnungslosen Menschen als psychiatrisch behandlungsbedürftig eingestuft. Ein gutes Viertel dieser Menschen zeigte jedoch keine Krankheitseinsicht. Lediglich 6,7 % der Befragten wurden als bisher frei von psychopathologischen Beeinträchtigungen, die eine Diagnose benötigen, eingeschätzt.

Praktikerinnen und Praktiker zweifeln jedoch zunehmend die Methodik und die Ergebnisse dieser Erhebung an. In den Selbsteinschätzungen der Betroffenen in Dortmund wurde immer wieder betont, dass das Leben in der Wohnungslosigkeit krank mache. Nur eine Minderheit berichtete, dass ähnlichen Probleme bereits in den stabilen Phasen ihrer Lebensgeschichte bestanden hätten. Die Schwierigkeiten hätten sich, so die Mehrheit, erst in der Wohnungslosigkeit entwickelt. Konsens besteht somit zwischen Wissenschaft und Praxis, dass die Lebenswelt Wohnungslosigkeit psychisch massiv belastend ist.

Kontexte der Wohnungslosigkeit

Bei der Betrachtung des Phänomens an sich, vor allem aber im direkten Kontakt mit Menschen in der Wohnungslosigkeit sind drei Kontextbedingungen in besonderer Weise zu bedenken. Betroffene sind sowohl stark desintegriert, diskriminiert als auch von menschenfeindlichen Ideologien in besonderer Weise betroffen. Was ist damit gemeint?

Alle Menschen streben nach Anerkennung. Ohne Anerkennung ist weder eine Subjektwerdung noch eine

Kommunikation untereinander möglich. Laut Heitmeyers Integrationstheorie (vgl. Anhut & Heitmeyer, 2000) sammeln Menschen in drei Bereichen Anerkennung oder Nichtanerkennung. Im ersten Bereich geht es um ökonomische Ressourcen, die Deckung der Grundbedürfnisse sowie die eigenen Perspektivchancen. Im zweiten Bereich streben wir nach Mitbestimmung – zumindest über die Angelegenheiten in unserem privaten Nahfeld. Soziale und kulturelle Einbindungen, z. B. in Familien, Religionsgemeinschaften und Freundeskreise, machen den dritten Bereich aus. Menschen in der Wohnungslosigkeit verlieren Anerkennung in allen drei Bereichen. Nicht alle, aber viele verlieren ihre Arbeit; das Grundrecht auf sicheres Wohnen ist sowieso unerfüllt. Viele verlieren auch bisherige Freundinnen und Freunde, Teile der Familie oder frühere Einbindungen, z. B. in Vereine oder Nachbarschaften. Sie erfahren auch oft eine Objektivierung ihrer selbst anstelle einer Subjektstärkung. Laut Heitmeyer sind Menschen in Wohnungslosigkeit in besonderer Weise desintegriert, das heißt gesellschaftlich ausgeschlossen und entwurzelt aus integrativen Netzen.

Hinzu kommen starke Diskriminierungserfahrungen (vgl. Scherr & Breit, 2020). Betroffene erfahren offene Abwertungen und teilweise auch direkte Gewalt. Viele reagieren darauf mit einem Rückzug aus der Öffentlichkeit und versuchen, sich möglichst unsichtbar zu machen, um der Diskriminierung zu entgehen. Weitere Folgen sind ein schwindendes Selbstvertrauen sowie ein verstärktes Misstrauen – auch gegenüber den Hilfsstrukturen.

Eng verbunden mit der Diskriminierung sind ausgeprägte menschenfeindliche Einstellungen gegenüber wohnungslosen Menschen. In einer Bielefelder Langzeituntersuchung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von 2002 bis 2012 (vgl. Heitmeyer, 2002–2012) forderte z. B. jährlich und ziemlich konstant über ein Drittel der Befragten die autoritäre Entfernung von wohnungslosen Menschen aus den Innenstädten. Neuere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Die Folgen für betroffene Menschen sind offensichtlich: Sie fühlen sich massiv ausgegrenzt, sind auch objektiv aus vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen und betrachten sich als abgewertet und zum Teil offen bedroht. Dies erschwert zusätzlich zur allgemeinen Unsicherheit und Strukturlosigkeit das Leben ohne Wohnung und ist auch eine Quelle der mangelnden Solidarität untereinander. Diskriminierte Menschen sind selbst nicht immer frei von diskriminierendem Verhalten. Dies zeigt sich z. B. darin, dass sich innerhalb der Gruppe der wohnungslosen Menschen einige Personen gegenüber anderen abgrenzen, indem sie Differenzen zwischen ihnen betonen. Eine typische Abgrenzung erfolgt z. B. von Menschen ohne Suchtverhalten gegenüber Menschen mit Suchtverhalten.

Diskriminierung erschwert aber auch den kommunikativen Zugang. Das Misstrauen ist allgemein verbreitet und nicht immer zielgerichtet. Enttäuschungen wiegen

oft genauso schwer wie gebrochene Hilfeversprechen. Es braucht somit auch in den Hilfsstrukturen bzw. in therapeutischen Bereichen oft einen längeren Vorlauf zum Aufbau stabiler und vertrauensvoller Beziehungen.

Wege ins Wohnen

Wohnungslose Menschen konkurrieren mittlerweile mit vielen gesellschaftlichen Gruppen, wie z. B. Studierenden, Normalverdienenden oder Geflüchteten, um bezahlbaren Wohnraum. Vor allem in vielen Großstädten fehlt es schlicht an ausreichend bezahlbarem Wohnraum für diese Menschen.

Dabei ist eine Wohnung an sich noch kein Allheilmittel. Erinnert sei an die Ursachen der Wohnungslosigkeit. Diese ist nicht der Beginn der Krise, sondern ein Höhepunkt in einem krisenhaftem Prozess und gleichzeitig ein massiver Verstärker der individuellen Probleme. Eine Wohnung allein löst die grundlegende Krise nicht, die zur Wohnungslosigkeit führte.

Bei einigen Menschen kommt hinzu, dass wohnen auch verlernt werden kann. Auf der Straße schlafen viele Menschen »mit einem offenen Auge« (vgl. Juvonen, 2021), ruhelos und fluchtbereit, um möglichen Angriffen schnell ausweichen zu können. Geschlossene Wohnungen versperren für einen Teil der betroffenen Menschen scheinbar die Fluchtoptionen, die sie sich antrainiert haben. Sie erleben Wohnungen deshalb zunächst nicht als sichere Orte, sondern vor allem als Fluchterschwernis.

Viele kommunale Wohnprogramme sind auch mit Erwartungen bzw. vorab zu erbringenden Leistungen verbunden. Typisch ist z. B. die Forderung nach Drogenabstinenz oder vorherigem Entzug als Bedingung des neuen Wohnens. Nicht alle wohnungslosen Menschen können diese Bedingungen unter den Voraussetzungen auf der Straße erfüllen, und so erleben sie hier einen erneuten Ausschluss. Besser evaluiert sind dagegen sogenannte »Housing-First-Ansätze« (vgl. Tsemberis, 2015). Hier wird ohne vorherige Leistungserwartungen zuerst Wohnraum zur Verfügung gestellt. Soziale Arbeit bietet zusätzlich mit Netzwerkpartnerinnen und -partnern, wie z. B. Ärztinnen/Ärzten oder Psychologinnen/Psychologen, freiwillige Unterstützungen und Hilfen an.

Vor jeder Hilfe, Behandlung oder Therapie muss sowieso eine zentrale Hürde genommen werden: der Kommunikationsaufbau (vgl. Nübold & Sonnenberg, 2023). Das klingt banal, tatsächlich sind aber Ängste und Vorurteile gegenüber den betroffenen Personen so weitverbreitet, dass viele Menschen Unsicherheiten spürten oder gar Angst vor einer Kontaktaufnahme hatten. In den Gesprächen der Dortmunder Untersuchung war dies ein oft angesprochenes Problem, und die Antwort lautete fast immer gleich: Die wohnungslosen Menschen wollten respektvoll behandelt und angesprochen werden, nicht mehr, nicht weniger – und vor allem nicht anders als alle anderen Menschen auch.

Prof. Dr. Dierk Borstel, Laura Nübold



Foto: FH Dortmund

Prof. Dr. Dierk Borstel ist Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund. Er forscht und lehrt u. a. zur Wohnungslosigkeit, zu Rechtsextremismus und Fragen von gesellschaftlicher Integration und Desintegration.



Foto: privat

Laura Nübold ist Master-Studentin und freie Mitarbeiterin an der Fachhochschule Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind soziale Arbeit und Wohnungslosigkeit.

Literatur:

Die Literaturliste kann per E-Mail beim Verlag angefordert werden: s.koch@psychologenverlag.de



Psychologischer Fachdienst in Kirgisistan

Photo: Rashid Saalyev - unsplash.com

Kirgisistan ist – wie die folgende Auflistung schon zeigt – als postsowjetisches, zentralasiatisches, moslemisches und demokratisches Land ein Ort voller Widersprüche. Was leistet Entwicklungshilfe dort? Wie sieht aktuell die gesundheitliche Versorgung aus und wie die Situation behinderter Kinder? Die Diplom-Psychologin und Physiotherapeutin Marianne Miller arbeitet seit 2021 im Auftrag der Organisation »Brot für die Welt« im »Center Hand in Hand« für autistische Kinder in der Hauptstadt Bischkek und gibt einen persönlichen Einblick in ihre Arbeit.

Psychologie und Psychotherapie gelten tendenziell als moderne Zeiterscheinung der westlichen Welt. Wie funktioniert psychologische Arbeit in einem Land des »globalen Südens«? In diesem Beitrag soll es um psychologische Ansätze im Rahmen von Entwicklungshilfe und internationale Zusammenarbeit in Kirgisistan gehen.

Aktuelle Situation im Land

Zur Einführung und zum Verständnis der aktuellen Situation möchte ich kurz einen Einblick in die aktuelle Situation im Land und die Hintergründe geben. Kirgisistan war Teil des ehemals größtenteils asiatischen So-

wjetreiches und gehört heute zu den ärmsten Ländern der Welt. Es ist ein gebirgiges Land mit wenig Industrie, viel Landwirtschaft, hoher Korruption, schlechten Straßenverhältnissen und einem wenig ausgebauten Gesundheitssystem. Armut und politische Unbeständigkeit haben tiefgreifenden Einfluss auf den Alltag. Lebensplanung und -organisation sind grundlegend anders als in Deutschland. Es gibt keine Krankenkassen, kein Rentensystem, keine Absicherung bei Arbeitslosigkeit.

In den vergangenen Jahren und im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine hat

sich die Lage im Land noch verschärft. Maßgeblich verantwortlich dafür sind mehrere Bevölkerungsbewegungen, die besonders in der Hauptstadt Bischkek zum Tragen kamen. Zunächst hatte es postsowjetisch über viele Jahre hinweg eine Migrationsbewegung nach Russland hin gegeben. Viele, vor allem junge Menschen zog es in den wirtschaftlich besser gestellten Norden. Es gab Geldrücksendungen aus Russland zu den in Kirgisistan verbliebenen Familien. Eine erste Rückmigrationswelle erreichte Kirgisistan im Rahmen der COVID-19-Pandemie, eine zweite Welle konnte beobachtet werden, als der Ukraine-Krieg begann. Schließlich kam es zu einer dritten »Männer-Welle« im Herbst 2022, als die Teilmobilmachung in Russland eine regelrechte Flucht von Männern auslöste.

Durch die zusätzlichen ins Land gekommenen Menschen kam es zu einer starken Erhöhung sämtlicher Lebenshaltungskosten, wie z. B. Mieten und Preise für Nahrungsmittel. Die aus Russland Geflüchteten sind meist besser ausgebildet als die lokalen Arbeitenden, was die Konkurrenz um gute Arbeitsplätze verschärft. Zur seit Langem bestehenden Armut kamen folglich in den vergangenen beiden Jahren die nun fehlende finanzielle Unterstützung aus Russland sowie ein enormer Zuzug von Männern – sowohl von Kirgisen, die in Russland keine Arbeit mehr finden, also auch von Russen, die vor dem Krieg geflohen sind.

Ein weiterer Problemherd in Kirgisistan ist der immer wieder ausbrechende Konflikt in den Grenzgebieten zu Tadschikistan. Es besteht ein fragiler Waffenstillstand.

Situation behinderter Kinder

In Kirgisistan geht es für viele Menschen ums Überleben, was auch den Umgang mit den schwachen Mitgliedern der Gesellschaft belastet. Ein behindertes Kind ist in jedem Land der Welt eine Herausforderung und eine besondere Aufgabe. In Deutschland wird diese wesentlich erleichtert durch gesellschaftliche und soziale Strukturen, deren Ziel es ist, betroffene Kinder zu fördern und Familien zu entlasten. Es gibt von Krankenkasse finanzierte Therapieangebote, spezielle Schulen, die Jugend- und Behindertenhilfe.

In Kirgisistan hingegen sind Hilfsangebote abhängig vom guten Willen und dem Engagement Einzelner. Es gibt kaum staatliche Unterstützung bei Behinderungen, wie z. B. Autismus. Therapie und außerfamiliäre Versorgung müssen privat bezahlt werden. Hinzu kommt, dass ein behindertes Kind oft als Fehlleistung der Mutter angesehen wird, was manche Väter dazu bringt, die Familie zu verlassen. Kindergärten und Schulen sind nicht auf die Bedürfnisse betroffener Kinder eingerichtet, mit der Folge, dass diese in der Regel nicht in Kindergarten oder Schule gehen, sondern die meiste Zeit zu Hause bzw. im häuslichen Umfeld verbringen. In Fällen alleinerziehender Mütter, die in irgendeiner Weise Geld verdienen müssen, verbringen die Kinder ihre Zeit unter der Aufsicht anderer Familienangehöriger, zum Teil ihrer minderjährigen Geschwister. Viele der betroffenen Kin-

der sind psychisch hoch auffällig, aggressiv und/oder autoaggressiv. Es gibt Fälle, in denen die Handflächen und Unterarme der Kinder regelrecht vernarbt sind von den Bissen, die sie sich selbst zufügen.

Ein weiterer Punkt in diesem Kontext ist die Gewalt in den Familien. Das Patriarchat ist stark, physische Gewalt Frauen und Kindern gegenüber nicht selten. Die Gewalt prägt die Kinder und führt unweigerlich an einen Punkt, in dem sie ebenfalls handgreiflich werden und (zurück) schlagen. Wenn kognitiv retardierte oder autistische Menschen gewohnt sind, mit Aggression oder Autoaggression auf Frustrationen zu reagieren, führt das im häuslichen Umfeld zu Eskalationen, denen vor allem die Mütter ausgesetzt sind.

Kinder sind in Kirgisistan langfristig dazu da, ihre Eltern zu versorgen. Die Investition in ihre Ausbildung soll sich auszahlen. In die Ausbildung eines behinderten Kindes zu investieren, macht jedoch für die Menschen vor Ort keinen Sinn, und solche Anstrengungen werden nur unternommen, wenn Resultate und Erfolge schnell sichtbar sind. Diese Einstellung prägt auch die Arbeit von Therapeutinnen und Therapeuten und erhöht den (Zeit-)Druck. Beziehungsaufbau und Vertrauensgewinn als wesentliche Grundlagen der therapeutischen Arbeit bleiben dabei auf der Strecke.

Arbeitsbedingungen der Therapeutinnen und Therapeuten vor Ort

Das »Center Hand in Hand«, in dem ich seit März 2021 als integrierte Fachkraft tätig bin, ist im Jahr 2012 aus einer Elterninitiative heraus entstanden. Zuvor gab es laut Aussage meiner Kolleginnen und Kollegen in Kirgisistan keine Einrichtung, in der behinderte bzw. autistische Kinder behandelt wurden. Ziel der Gründung des Centers war es, autistische Kinder im Alter von ca. zwei Jahren bis zum Teenageralter zu therapieren. Dabei muss hinzugefügt werden, dass es sich derzeit bei den im Center behandelten Menschen durchweg um geistig retardierte oder schwer geistig behinderte Kinder handelt, die meist zusätzlich autistisch sind. Es ist schwer zu sagen, ob das Fehlen von sozial angepasstem Verhalten eine autistische Störung per se darstellt oder eine Folge der Lebensbedingungen der Betroffenen ist.

Das private Engagement und die Energie sind auch zehn Jahre nach der Eröffnung des Centers noch spürbar und zeigen sich in den Strukturen der Einrichtung. So gibt es z. B. Eltern behinderter Kinder, die im Center arbeiten und ihre Kinder mitbringen, damit sie dort behandelt werden. Manche Kinder sind regelrecht im Center groß geworden, die Eltern haben miteinander stützende Beziehungen aufgebaut.

Mit Blick auf eine zunehmende Professionalisierung und Orientierung an westlichen Standards gibt es noch einige Stolperfallen, angefangen bei der Qualifikation der Therapeutinnen und Therapeuten. Eine Ausbildung läuft derzeit so ab, dass Personen, die bereit sind, im Center zu arbeiten, lediglich einige Wochen »mitlaufen«, um

sie zu befähigen, das Programm der »Applied Behavioral Analysis«-Therapie (ABA-Therapie) durchzuführen. Zusätzlich gibt es inzwischen einige Online-Programme, an denen teilgenommen werden kann, etwa zu Themen wie »Sensory Integration«.

Einen Urlaubsanspruch, wie er in Deutschland üblich ist, gibt es nicht. Das Center schließt im August für vier Wochen, zwei davon werden bezahlt, die anderen zwei nicht. Immer wieder kommt es vor, dass Kolleginnen und Kollegen einfach mal einen Monat lang nicht da sind und dann wieder auftauchen. Schuld sind andere Jobs, bedürftige Verwandte in anderen Städten, Reparaturarbeiten am Haus usw. Hinzu kommt, dass einige der Kolleginnen und Kollegen mehrere Jobs machen müssen, um im für Kirgisistan teuren Bischkek über die Runden zu kommen. Es ist also möglich, dass jemand nach acht Stunden in einem Job weitere acht Stunden mit den schwierigen Kindern im Center arbeitet. Die Leitung des Centers achtet darauf, dass die Kinder gut behandelt werden; Beschwerden von Eltern werden sehr ernst genommen. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Situation kann man allerdings von einer chronischen Überforderung der Kolleginnen und Kollegen sprechen.

Die Therapieräume sind vergleichsweise gut ausgestattet. In meinem Arbeitsfeld gibt es eine Schaukel, ein Bällebad, Matten, Therapiebaumaterial, Steckspiele, Bälle, kleine Kinderklappstühle und einen Tisch. In diesem Raum werden allerdings mehrere Kinder gleichzeitig behandelt. Manchmal befinden sich bis zu zehn Personen im Raum, bewegen sich, machen kleine Sachen am Ort, werfen Bälle oder sitzen auf dem Pezziball. Der ganze Raum gleicht einem großen, bewegten Puzzle, in dem sich Menschen umeinander bewegen, einander aus dem Weg gehen, den Platz einnehmen, der gerade frei geworden ist, oder ein Spielzeug holen, das ein anderer gerade weggestellt hat. Es ist laut, im Sommer heiß und im Winter kalt.

Aus Deutschland kommend, TÜV und Sicherheitsvorkehrungen im Kopf, stellen sich mir manchmal die Haare auf, wenn kleine Kinder herumkrabbeln, während große schaukeln und daneben noch ein anderes Kind mit allem um sich wirft, was es gerade in die Finger bekommt. Als eines der Kinder einmal die Vorhänge heruntergerissen hatte, wurde ein Kinderklappstuhl auf einen Bürostuhl ohne Lehne gestellt, von allen anwesenden Personen gehalten, und der größte Therapeut machte sich auf dieser wackeligen Konstruktion daran, die Vorhänge wieder einzufädeln.

Ein weiterer Punkt sind die ungesicherten Steckdosen. Als ich hierzu eine Bemerkung machte, waren meine Kolleginnen und Kollegen amüsiert und erstaunt zugleich. Was diese deutschen Menschen alles haben: Kindersicherungen für Steckdosen ... Alle Kolleginnen und Kollegen erzählten mir dann ihre Geschichten, wie sie das erste und einzige Mal in ihrem Leben in eine Steckdose gefasst hatten.

Und doch und immer wieder muss ich betonen, wie sehr ich meine Kolleginnen und Kollegen respektiere. Auch nach einem Tag mit den Kindern, den Ansprüchen der Eltern, der Müdigkeit und den vielen Widrigkeiten des kirgisischen Alltags sind sie meist empathisch und liebevoll im Umgang mit den Kindern, lächeln und halten die Belastung mit einer pragmatischen Fröhlichkeit aus, die bewundernswert ist.

Eingesetzte Methoden

Der Umgang mit den Kindern im Center ist in der Regel sehr direktiv, und kindliches Spiel wird abgewertet. Spielerisches Lernen ist ein noch fremder Gedanke, der nur langsam Fuß fasst.

Ein wichtiger Bestandteil der Therapie im Center ist die genannte ABA-Therapie. Sie ist aus der kognitiven Verhaltenstherapie heraus entstanden und nutzt positive Verstärker, um Verhalten aufzubauen. So werden bestimmte Verhaltensweisen, wie z.B. das An- und Ausziehen von Kleidungsstücken oder das Benennen von Gegenständen, eingeübt und positiv verstärkt. Auch Begrüßungen oder andere soziale Interaktionen werden so trainiert.

Es gibt zwei Räume mit mehreren Tischen, an denen je eine Therapeutin bzw. ein Therapeut einem Kind gegenüber sitzt. Zeigt das Kind das erwünschte Verhalten, erhält es kleine Stücke Schokolade oder Chips als Verstärker. Dazu gibt es ein Programm, das konsequent abgearbeitet wird. In Kirgisistan ist die ABA-Therapie ein großer Erfolg, die Methode ist pragmatisch, schnell zu erlernen und auch für Eltern im häuslichen Umfeld umsetzbar. In Deutschland wird die ABA-Therapie als Methode in den vergangenen Jahren wohl ebenfalls verstärkt angewendet, allerdings auch kritisch gesehen.

Mein Arbeitsbereich ist die »Sensory Integration«. Im oben beschriebenen Raum sollen die Wahrnehmung und die Bewegungsfähigkeit der Kinder gefördert werden. In vielen Fällen werden die Kinder so zum einen aus einer passiven Haltung herausgeholt und dazu gebracht, sich überhaupt zu bewegen, zum anderen werden Interaktionen sowohl mit den Therapeutinnen und Therapeuten als auch mit anderen Kindern geübt.

Arbeitskontext und Ziel

Entwicklungszusammenarbeit ist ein hochkomplexes Konstrukt, gleichzeitig eingebettet in deutsche wie in lokale Strukturen. Ich bin als integrierte Fachkraft angestellt bei der Organisation »Brot für die Welt«, unterstehe aber einer lokalen Nichtregierungsorganisation, in meinem Fall ist das das »Center Hand in Hand« selbst. Ziel meiner Tätigkeit ist es, die bestmögliche Therapie für die betreffenden Kinder zu finden, die Therapeutinnen und Therapeuten anzuleiten und die Eltern im Umgang mit den Kindern zu unterstützen.

Meine Qualifikation umfasst sowohl Physiotherapie als auch eine langjährige Erfahrung im psychologischen

Fachdienst in einer heilpädagogischen Tagesstätte. Ich kann also auf zwei Ebenen arbeiten: der physiotherapeutischen wie der psychologischen. Hinzu kam eine dreimonatige Vorbereitung auf die Tätigkeit als Entwicklungshelferin, die von »Brot für die Welt« organisiert war.

Ich sehe meine Arbeit in Kirgisistan unter dem Fokus des »Do-no-harm-Prinzips«. Dieses Prinzip wird in der Vorbereitungszeit gelehrt und auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vertreten. Es geht darum, Prozesse zu begleiten und negative Effekte möglichst zu vermeiden. Kultursensibles Vorgehen und Hilfe zur Selbsthilfe stehen dabei im Vordergrund. Im Sinne dieser Begleitung behandle ich als Modelltherapeutin Kinder in der Einrichtung und versuche, einen anschaulichen Gegenpol zur in Kirgisistan üblichen direktiven Erziehung und Vorgehensweise zu setzen, indem ich z. B. den Kindern Wahlmöglichkeiten gebe, insbesondere mit den jüngeren Kindern einen spielerischen Umgang pflege und Beziehungsaufbau und Motivation als Grundlage der Arbeit verstehe.

Ein Schwerpunkt ist – im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Arbeit – zudem die Weitergabe von fachlichen Grundlagen und die Erstellung eines Manuals. Ich habe Entwicklungsleitlinien eingeführt in Zusammenhang mit verschiedenen Inputs zu Themen wie Trauma, Autoaggression oder Spieltherapie. Weitere Pläne sind eine differenziertere Diagnostik (z. B. mit Hilfe eines non-verbalen IQ-Tests) sowie die Idee, auch in die kleineren Städte Kirgisistans wie Karakol oder Osch zu gehen und dort zu arbeiten, um eine Verbesserung der Situation der Kinder dort zu bewirken.

Anekdoten

Zum Abschluss dieses Artikels möchte ich noch einige Ereignisse schildern, die mir besonders im Kopf geblieben sind. Diese Anekdoten sollen nicht die Unkenntnis im Lande zeigen, sondern illustrieren, wie schwierig die Arbeit z. T. sein kann.

Wie bereits erwähnt, gibt es in Kirgisistan keine für alle Menschen zugängliche Kranken- und Behindertenversorgung. Meiner Meinung nach ist dies u. a. ein Grund dafür, dass eine Reihe von »Wunderheilern« gute Geschäfte machen können, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Ein prägendes Erlebnis war für mich die Begegnung mit »Antibiotics«. Als ich von einer kirgisischen Kollegin hörte, dass einige der Kinder mit »Antibiotics« gegen Autismus behandelt würden, war ich zunächst irritiert und glaubte, etwas falsch verstanden zu haben. Doch dann machte ich mich im Internet schlau über »Dr. Ken«, einen kasachischen Arzt. Er behauptet, er habe seinen eigenen Sohn von Autismus geheilt – mit Hilfe eines von ihm entwickelten und verabreichten Wundermedikaments. Die Konsultation von »Dr. Ken« muss nicht bezahlt werden, die Medikation durchaus. Verbunden ist sie mit einer Diät, die beinhaltet, dass

einige Lebensmittel, wie z. B. Zucker, nicht mehr auf dem Speiseplan stehen dürfen.

Ein stark verhaltensauffälliges und autoaggressives zwölfjähriges Mädchen wurde auf diese »Antibiotics-Diät« gesetzt. Es suchte jede einzelne Tasche nach Süßigkeiten ab, wurde immer schmäler, aber nicht weniger auffällig. Als ich wieder einmal die Einnahme der Pillen beobachtete, wollte ich zumindest mit der Mutter reden und nachfragen, vor allem weil ich mit einer Antibiotika-Einnahme über Monate hinweg auch eine ernsthafte Gefährdung des Kindes verband. Im Gespräch mit einem Dolmetscher konnte ich herausfinden, dass »Antibiotics« in diesem Falle »Probiotics« sind, Nahrungszusätze, die dem Kind zumindest keinen Schaden zufügen. Ob damit eine geistige Behinderung beeinflusst werden kann, ist mir nicht bekannt.

Ein weiteres Problem, das es in ganz Zentralasien gibt, ist die erschreckende Alltäglichkeit von Gewalt in der Familie. Eine Fallgeschichte dazu: Eine Therapeutin bat mich zu einer Konsultation mit einem achtjährigen Jungen. Das Kind war sehr unruhig und autoaggressiv, schlug sich mit den Fäusten ins Gesicht und warf den Kopf gegen die Wand. Als ich nachfragte, wann diese Unruhe des Kindes am schlimmsten sei, war die Antwort: immer dann, wenn sein Vater ihn geschlagen habe. In Deutschland wäre es in so einem Fall möglich, das Jugendamt hinzuziehen. Dabei kann der Familie Entlastung angeboten werden, bis hin zu einer stationären Aufnahme des Kindes, wenn sich die Situation nicht entspannt. Als ich das Problemfeld weiter erfragte, ergab sich ein noch erschreckenderes Bild. Es stellte sich heraus, dass nicht nur der Vater, sondern auch der Großvater das geistig behinderte Kind regelmäßig schlugen. Der Junge wiederum hatte in den vergangenen Wochen angefangen, auf die Mutter loszugehen. Meine »Lösung« musste sich darauf beschränken, die Mutter zu stärken und ihre Ressourcen zu aktivieren – ein unbefriedigendes Ergebnis, zumal der dringende Verdacht bestand, dass die Gewalt der Männer bei dem behinderten Sohn nicht aufhörte, sondern sich ebenfalls auf die Mutter erstreckte.

Zum Abschluss ein positives Ergebnis meiner bisherigen Tätigkeit. Sowohl nach Aussagen meiner Kolleginnen und Kollegen wie auch nach eigener Beobachtung kann festgestellt werden, dass das Ausmaß der Aggressionen und Autoaggressionen der Kinder in den vergangenen beiden Jahren meiner Tätigkeit spürbar zurückgegangen ist.

Zusammenfassung

Psychologische Arbeit kann in vielen verschiedenen Anwendungsfeldern stattfinden. In der internationalen Zusammenarbeit in Kirgisistan sehe ich ein Beispiel dafür, wie sich das gesellschaftliche Umfeld auf die Art und die Umsetzung von Therapie auswirkt, aber auch wie die Vermittlung psychologischen Wissens Veränderungen möglich macht.

Marianne Miller



Foto: privat

Marianne Miller studierte nach einer Physiotherapie-Ausbildung Psychologie in Trier. Nach einem Jahr der Arbeit mit schwerstbehinderten Kindern war sie von 2002 bis 2021 in einer heilpädagogischen Tagesstätte in Augsburg als psychologische Fachdienst in der Jugendhilfe tätig. Sie ist viel gereist, hatte stets Interesse an interkultureller Arbeit und studierte im Nebenfach Ethnologie.

Literatur:

- Anderson, M. B. (1999). *Do no harm: How aid can support peace – or war*. Boulder (CO): Lynne Rienner Publishers.
- Flehtner, S. (2019). *Kirgisistan* (6. Aufl.). Berlin: Trescher.
- Kiphardt, E. J. (1975). *Wie weit ist ein Kind entwickelt?* (11. Aufl.). Dortmund: Verlag Modernes Lernen.
- Psychology Today (2022). *Applied Behavior Analysis*. Verfügbar unter (am 14.07.2023): <https://www.psychologytoday.com/intl/therapy-types/applied-behavior-analysis>

Lumina Spark

DIAGNOSTIK- UND TESTKURATORIUM der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen

Das Diagnostik und Testkuratorium (DTK) hat das Verfahren »Lumina Spark« für eine Rezension nach dem Testbeurteilungssystem des Diagnostik- und Testkuratoriums der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen (in der revidierten Fassung vom 3. Januar 2018, Diagnostik- und Testkuratorium, 2018, im Folgenden: »TBS-DTK-Reze n s i o n«) ausgewählt.

Das Verfahren »Lumina Spark« wird auf der Website <https://luminalearning.com/de/> unter »Produkte« beworben. Auf der Website wird der Hinweis »Lumina Learning Ltd © 2023. All Rights reserved« gesetzt, und als Anschrift wird »Lumina Learning Ltd., The Columbia Centre, Station Road, Bracknell, RG12 1LP, United Kingdom« genannt. (Alle Zitate und Angaben von der Website erfolgen aufgrund eines Webseitenaufrufs vom 3. April 2023.)

Auf der Website wird ausgeführt, »Lumina Spark« zeichne ein »einzigartiges Portrait Ihrer Persönlichkeit mit all ihren Facetten und in ihrer Gesamtheit«. Weiter heißt es u. a., »Lumina Spark« biete einen »genauen und personalisierten Blick auf die Stärken und Entwicklungsbereiche einer Person«, sowie: »Die Lumina Spark-Methodik vermeidet die Verzerrungen, die vielen anderen gängigen psychometrischen Instrumenten innewohnt.«

Es wird ausgeführt, das »begehrte Produkt« sei von Dr. Stewart Desson entwickelt worden. Es werden Expertinnen und Experten für das Produkt aufgezählt, mit denen

man Kontakt aufnehmen kann. Für Deutschland wird Ingrid Wouda Kuipers in Hamburg gelistet.

Das DTK hat sowohl »Lumina Learning Ltd.« als auch Ingrid Wouda Kuipers über das Vorhaben, das Verfahren »Lumina Spark« zu rezensieren, informiert und mehrfach um die Zusendung der Verfahrenshinweise gebeten. »Lumina Learning Ltd.« hat nicht reagiert, Frau Wouda Kuipers verwies auf eine dritte Person, die nicht auf die Anfrage reagiert hat.

In Übereinstimmung mit der in der DIN 33430 (2016) formulierten Position müssen nach Ansicht des DTK Verfahrenshinweise nicht nur Anwenderinnen und Anwendern, sondern in Sonderfällen auch Außenstehenden zugänglich sein. Eine Testrezension ist nach Ansicht des DTK ein solcher Sonderfall. »Lumina Learning Ltd.« hatte ausreichend Zeit, die Verfahrenshinweise zu übersenden, und hat die gesetzten Fristen zur Übersendung verstreichen lassen.

Das DTK stellt fest, dass die Anforderungen der DIN 33430 (2016) an Verfahrenshinweise für »Lumina Spark« nicht erfüllt sind, da die Verfahrenshinweise nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Daher ist »Lumina Spark« nach Ansicht des DTK nicht »prüffähig«. Entsprechend den TBS-DTK-Richtlinien wird »Lumina Spark« aufgrund der Tatsache, dass die Anforderungen der DIN 33430 (2016) an Verfahrenshinweise nicht erfüllt sind, ohne weitere Prüfung wie folgt beurteilt:

»Lumina Spark erfüllt die in den »Richtlinien des Diagnostik- und Testkuratoriums für die Beurteilung von Tests zur Erfassung menschlichen Erlebens und Verhaltens« festgelegten Anforderungen bezüglich Information und Dokumentation nicht.«

INFORMATIONEN

Diese Testrezension wurde im Auftrag des Diagnostik- und Testkuratoriums der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen (DGPs und BDP) gemäß TBS-DTK (Diagnostik- und Testkuratorium, 2018) erstellt.

Diagnostik- und Testkuratorium (2018). TBS-DTK. Testbeurteilungssystem des Diagnostik- und Testkuratoriums der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen. Revidierte Fassung vom 3. Januar 2018. *Report Psychologie*, 43(3), 106–113.

Diagnostik- und Testkuratorium (2018). TBS-DTK. Testbeurteilungssystem des Diagnostik- und Testkuratoriums der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen. Revidierte Fassung vom 3. Januar 2018. *Psychologische Rundschau*, 69(2), 109–116.

Rezensierter Test: Quellenangabe und Bezugsmöglichkeit

»Lumina Spark«: <https://luminalearning.com/de/>; Lumina Learning Ltd., The Columbia Centre, Station Road, Bracknell, RG12 1LP, United Kingdom

Literatur

DIN (2016). *DIN 33430: Anforderungen an berufsbezogene Eignungsdiagnostik*. Berlin: Beuth.

Bitte zitieren Sie diesen Artikel wie folgt:

Diagnostik- und Testkuratorium (DTK) der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen (2023). TBS-DTK Rezension: »Lumina Spark«. *Report Psychologie*, 48(9), 20.

Kammerwahlen 2023

Unsere Wahlempfehlungen

Foto: Edmond Danies - pexels.com

2023 werden in drei verschiedenen Landespsychotherapeutenkammern die Vertreterinnen und Vertreter neu gewählt. Der VPP im BDP e.V. engagiert sich mit aktiven Mitgliedern aus verschiedenen Verfahren und verschiedenen Arbeitsgebieten (in Ausbildung, angestellt, in privater Praxis oder mit Kassenpraxis tätig). In Baden-Württemberg und im Saarland kooperieren wir mit bereits etablierten Listen. Die Vertreterwahl in der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer hingegen ist eine Personenwahl.

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK): Kandidat Hans-Jürgen Papenfuß

Profil von Hans Jürgen Papenfuß: Vorstandsmitglied des VPP, PP, Mecklenburg-Vorpommern. »Ich habe meinen Fokus auf angestellte und verbeamtete Psychotherapeutinnen und -therapeuten gelegt. Mir ist es wichtig, mich weiterhin dafür zu engagieren, dass Psychotherapeutinnen und -therapeuten die Gleichstellung zu Fachärztinnen und -ärzten (für Psychiatrie und Psychotherapie) erfahren. Auch bin ich gewerkschaftlich eingebunden im »DBB Beamtenbund und Tarifunion.«

Allgemeines zur Wahl: Die Stimmabgabe kann bis zum 14. Dezember 2023 erfolgen. Die OPK hat aktuell rund 6.200 Mitglieder aus den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Wahl im Gebiet der OPK ist eine reine Personenwahl. Mitglieder können jede in ihrem Bundesland kandidierende Person wählen, unabhängig vom Versorgungsfeld.

Saarland: Liste »Verfahrensvielfalt sichern!«

Unsere VPP/BDP-Kandidatinnen und -Kandidaten:
Liz Lorenz Wallacher, Saarbrücken, PP
Gereon Lex, Nonnweiler, PP

Profil der Liste: Wir setzen uns ein für: Stärkung und Weiterentwicklung der psychotherapeutischen Versorgung; Qualitätssicherung durch Erhalt der Verfahrensvielfalt; Befürwortung der Aufnahme wissenschaftlich fundierter Methoden in die neue Weiterbildungsordnung (z. B. Hypnotherapie); kritische Reflexion digitaler Behandlungsangebote; Vernetzung ambulanter und stationärer Versorgungsangebote mit psychosozialen Hilfsangeboten.

Allgemeines zur Wahl: Vom 19. September bis 9. Oktober 2023 werden die Wahlen zur fünften Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer des Saarlands stattfinden. Wahlberechtigt sind rund 700 Mitglieder. Die 23 Vertreterinnen und Vertreter werden über eine Listenwahl gewählt. PP und KJP kandidieren in getrennten Listen.

Baden-Württemberg: Liste »VT & mehr – gemeinsam für frischen Wind!«

Unsere VPP/BDP-Kandidatinnen und -Kandidaten:

- Dr. Kerstin Lutz, Esslingen, PP
- Dr. Jürgen Wild, Bad Säckingen, PP
- Sabine Luttinger, Freiburg im Breisgau, PP
- Erika Tittmann, Lörrach, KJP
- Manuela Timme, Radolfzell, PP

Profil der Liste: Es gibt einen grundsätzlichen Modernisierungsbedarf der Landespsychotherapeutenkammer: Wir stehen für eine bessere Kommunikation, mehr Serviceorientierung und eine zeitgemäßere Außendarstellung. Wichtig ist uns zudem ein gemeinsamer Auftritt aller Berufsfelder (angestellt, Privat- oder Kassenpraxen) und eben auch aller Verfahren.

Allgemeines zur Wahl: 40 der 43 Vertreterinnen und Vertreter der Landeskammer Baden-Württemberg werden von Ende Oktober bis 28. November 2023 per Listenwahl gewählt. Wahlberechtigt sind rund 7.000 Mitglieder. Zwei Sitze werden in gesonderten Wahlverfahren an Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten in Ausbildung und Master-Studierende vergeben, ein weiterer Sitz an Vertretungen der Hochschulen.

Susanne Berwanger
Vorsitzende des VPP



Foto: Ben Guerin – unsplash.com

»Uniting communities for a sustainable world«

ECP 2023 und EFPA-Generalversammlung

Bereits ein Jahr nach dem 17. Kongress der »European Federation of Psychologists Associations« (EFPA) in Ljubljana fand vom 3. bis 6. Juli 2023 im britischen Seebad Brighton der 18. EFPA-Kongress statt (European Congress of Psychology, ECP).

Hintergrund für den ungewöhnlich kurzen Abstand von einem statt zwei Jahren war wie in so vielen Fällen die Corona-Pandemie. Der ECP in Ljubljana war aufgrund der Unwägbarkeiten bei Großveranstaltungen im Sommer 2021 um ein Jahr verschoben worden. Die Freude über das Präsenztreffen in Ljubljana war entsprechend groß, und auch in Brighton wurde bewusst das Präsenzformat gewählt – zur Förderung des intensiven persönlichen Austauschs unter den Berufsangehörigen und des Gefühls von Gemeinsamkeit.

Ausgerichtet wurde der Kongress von der »British Psychological Society« (BPS), die als Fachgesellschaft und Berufsverband unsere Disziplin in Großbritannien repräsentiert.

Gemeinschaft und Klimaschutz

Im Motto des Kongresses 2023 wurden zwei große Themen und programmatische Aufgaben unserer Zeit aufgegriffen, zu der unsere Disziplin wertvolle Beiträge liefert: zum einen die Unterstützung von Gemeinden und Gruppen und zum anderen die Orientierung menschlichen Verhaltens und gesellschaftlichen Strebens auf die dauerhafte Erhaltung der Natur und somit der Grundlagen des Lebens.

Vor dem Hintergrund dieser Fokussierung auf Nachhaltigkeit und die Klimaziele wurde beim Kongress auf ökologische Aspekte geachtet. So wurden u. a. keinerlei Plastikbecher verwendet, lediglich elektronische Programme zur Verfügung gestellt, und es wurde ausschließlich nachhaltig produziertes Essen angeboten. Die Teilnehmenden des Kongresses waren zudem angehalten, für ihre Anreise sowie vor Ort öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden.

Im Vorprogramm und im Hauptkongress wurden den etwa 1.500 Teilnehmenden über 1.200 Beiträge, Hunderte von Symposien, Panels, Vorträgen und natürlich spannende Keynote-Vorträge präsentiert.

Die Beiträge wurden insgesamt 22 Themenfeldern zugeordnet. Dazu gehörten natürlich die üblichen klassischen und die gut bekannten kleineren Anwendungsfelder, aber auch speziellere und stark aufstrebende Themenfelder wie Cyber-Psychology und Community Psychology. Kontrastiert wurde das Programm durch eine starke Betonung transdisziplinärer Themenfelder: Armut und Ungleichheit, Klimawandel und Nachhaltigkeit, Konflikte, Diplomatie und Friedensbemühungen sowie psychologische Antworten auf die Pandemie. Mit diesen breiteren Themenfeldern stellt sich die Disziplin der Verantwortung für die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der heutigen Zeit.

Ausschnitthaft soll hier über einzelne Veranstaltungen berichtet werden.

Aus dem Kongressprogramm

Am 5. Juli 2023 wurden die vorläufigen Ergebnisse eines europäischen Projekts, das von der EFPA geleitet wurde, vorgestellt (www.mentalhealth-atwork.eu). Beteiligt waren insgesamt fünf Universitäten, in Deutschland nahm die Technische Universität Braunschweig teil. Zentrales Thema war Gesundheit am Arbeitsplatz, und es wurden die drei Ebenen »Bedarfsanalyse«, »Implementierung« und »Evaluation der Wirksamkeit« bearbeitet. Weitere Themenaspekte waren Gesundheitswissen und Stressprävention. Eingesetzt wurden digitale Trainingsmittel u. a. zu den Themen »Führung«, »Stressmanagement« und »Sozialklima«. Die Vorschaltung der Bedarfsanalyse führte zu einer besseren Passung der eingesetzten Maßnahmen, u. a. da Burnout-Prävention den Besonderheiten der Sektoren bzw. Arbeitsfelder Rechnung tragen sollte. Die Effektivität der Präventionsmaßnahmen hing insbesondere davon ab, wie gut Mitarbeitende die Ergebnisse in ihren Arbeitsalltag

überführen können, was durch die Unterstützung der Führungskräfte moderiert wurde.

In seiner Keynote »Relationships and mental health: The role of social and emotional learning at school« stellte Robin Banerjee, Entwicklungspsychologin aus Großbritannien, Zusammenhänge zwischen psychischer Gesundheit und dem Beitrag von sozialem und emotionalem Lernen in der Schule dar. Im Zusammenhang mit der Bedeutung von positiven Erfahrungen in der Schule betonte er, dass ein positives Miteinander ein starker Faktor sei. Freundlichkeit im Miteinander bilde die Basis für Beziehungen, diese wiederum seien die Grundlage für psychische Gesundheit und Wohlbefinden, und beides zusammen forme den gemeinsamen Ausgangspunkt für Lernprozesse.

Im Panel »Climate change and sustainability and the important role that psychology has in finding solutions to these problems« beleuchtete Irina Feygina, Repräsentantin der American Psychological Association (APA) bei den United Nations, die zwei psychologischen Hauptthemen im Zusammenhang mit dem Klimawandel: einerseits die Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels und andererseits die Verringerung von dessen Auswirkungen sowie die Anpassung.

Typisch für die EFPA-Kongresse sind neben fachlichen Beiträgen auch berufspolitische Veranstaltungen. So widmeten sich einige Veranstaltungen der »International Declaration of Core Competences in Professional Psychology«, einem seit 2013 international entwickelten System, das mit einem Satz weltweit anerkannter psychologischer Kompetenzen nicht nur die Grundlage für eine gemeinsame berufliche Identität darstellen soll, sondern auch der Vergleichbarkeit von Zertifizierungen, Akkreditierungen und beruflichen Regelungen dienen kann. Kolleginnen und Kollegen berichteten über Ausbildungs- und Kompetenzniveaus in ihren Ländern und Erfahrungen mit dem Kompetenzsystem als Rahmen für eigene Zertifizierungszwecke.

Rahmenprogramm

Die Kongress-Website warb mit dem Spruch: »Get ready for sun, sea, sand and psychology at the ECP 2023 in Brighton!« Angenehme Temperaturen und Sonnenschein lockten an den Strand, die EFPA lud zu Fish and Chips auf die Vergnügungsmeile auf dem Brighton Pier ein, und auch die APA und weitere Organisationen baten zu Social Events. Die Delegierten der General Assembly wurden von der BPS in den Royal Pavilion, die königliche Sommerresidenz von George IV., geladen, um bei Bier und Snacks im prächtigen Ambiente des Bankettsaals mit Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Generalversammlung der EFPA

Im Anschluss an die europäischen Kongresse findet in der Regel auch die zweitägige Generalversammlung (GA) der EFPA statt. Rund 90 Delegierte und Gäste besprachen in sehr harmonischer Atmosphäre die Erledigung der Vorhaben aus den vergangenen Jahren, diskutierten neue Aktivitäten und Vorschläge und beschlossen einen Plan über die Aktivitäten der kommenden zwei Jahre.

Geplant ist u. a. für den Herbst 2023 der Start einer Webinar-Reihe der Projektgruppe »E-Health« mit insgesamt neun Veranstaltungen zum Umgang mit digitalen Mitteln (Video, Apps, KI, VR usw.), einschließlich möglicher Nebenwirkungen. Beim europäischen Psychologie-Diplom (»EuroPsy«) der EFPA wurde die bisherigen curricularen Inhalte um ein Kompetenzmodell erweitert und ergänzende Bestimmungen zur angeleiteten Praxisphase nach dem Studium beschlossen.

Für eine Überraschung und Freudentränen sorgte der Beschluss der GA, ein »EuroPsy«-Zertifikat »Sportpsychologie« einzuführen. Tränen auch deshalb, weil die scheidende »EuroPsy«-Kommissionsvorsitzende Rosaleen McElvaney sich mit ihrer letzten flammenden Rede für die Einführung dieses Zertifikats einsetzte. Große Freude gab es bei dem Kolleginnen und Kollegen aus Österreich und den Aktiven der Sektion »Sportpsychologie« im BDP, die sich seit Jahren für dieses Zertifikat eingesetzt hatten. Verlängert wurde hingegen die Pilotphase zum Fachpsychologie-Titel »Klinische Neuropsychologie«.

Weiterhin wurde die GA über die Planungen zum nächsten EFPA-Kongress 2025 in Zypern informiert und stimmte der Bewerbung Serbiens für den Kongress 2027 in Belgrad zu.

Auch personell gab es an der EFPA-Spitze einige Veränderungen: Mit Eleni Karayianni (Zypern) und Koen Lowet (Belgien) verabschiedeten sich zwei EFPA-Vorstandsmitglieder. (Wieder)gewählt in den EFPA-Vorstand wurden Ole Tunold (Norwegen) als neuer Vizepräsident Governance, John Francis Leader (Irland), Robertas Povilaitis (Litauen) und Caterina Arcidiacono (Italien).

Neues gibt es im Kreis der EFPA-Mitglieder: Der Dachverband EFPA umfasst die repräsentativen Psychologinnenvereinigungen aus 38 Ländern in Europa, darunter auch alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die EFPA vertritt damit 350.000 professionelle Psychologinnen und Psychologen in Forschung und Praxis in Europa. Angehören an den Dachverband der EFPA können andere Verbände als assoziierte Mitglieder aufgenommen werden, wenn diese überwiegend Psychologinnen und Psychologen als Mitglieder haben. In Brighton wurden als neue Mitglieder die European Association for Research and Adolescence (EARA) und die European Academy of Occupational Health Psychology (EAOHP) aufgenommen.

Das nächste Treffen in der EFPA-Community, das »Presidents' Council Meeting«, steht am 23. und 24. November 2023 in Neapel auf dem Programm. Es ist eingebettet in Veranstaltungen des »Europäischen Semesters in Psychologie«, das in Italien stattfindet (www.inpa-europsy.it/italian-semester-2023).

Thordis Bethlehem
Präsidentin des BDP

Fredi Lang
Referatsleiter Fach- und Bildungspolitik



Wir feiern 77 Jahre BDP ...

... und planen dabei schon mal die Zukunft

Der Workshop »Unseren BDP gemeinsam gestalten« war ein toller Erfolg und hat Synergieeffekte geschaffen. Ein Blick zurück und viele nach vorn.

Als größte bundesweit agierende Interessenvertretung des Berufsstands setzt sich der BDP seit mehr als sieben Jahrzehnten für die Interessen von Psychologinnen und Psychologen in Deutschland ein, beteiligt sich am gesellschaftlichen Diskurs zu berufs- und fachspezifischen Themen unserer Zeit, bringt politische Positionen in Gesetzgebungsverfahren ein und fördert die Wissenschaft und Forschung sowie den psychologischen und psychotherapeutischen Nachwuchs. Und das soll so bleiben!

Auch das mediale Interesse an Expertinnen und Experten für psychologische Fragestellungen quer durch alle Fachgebiete der Psychologie sowie die Einbeziehung eines psychologischen Blickwinkels in der aktuellen sowie hintergründigen Berichterstattung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Wir als BDP begrüßen diese Entwicklung und verstehen es als eine unserer Aufgaben, fachspezifische Expertise zu verbreiten und Expertinnen und Experten für Interviews zu vermitteln.

Um den BDP nun auch für die Zukunft fit zu machen und weiterhin als starker Berufsverband in all diesen Bereichen agieren zu können, bedarf es – was sicher derzeit für viele Organisationen und Verbände eine Herausforderung darstellt – einer strategischen Justierung sowie partiellen Neuausrichtung aktueller Strukturen. Im vergangenen Jahr hat der BDP deshalb seine Mit-

glieder befragt, wie zufrieden sie mit der Arbeit des Verbands zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind, und viele interessante und relevante Antworten erhalten, die in Richtung einer Neuausrichtung weisen. Auch das kontinuierliche Mitgliedermonitoring zeigt deutlich: Die Motivation für eine Mitgliedschaft in Interessenverbänden wie dem BDP hat sich grundsätzlich verändert.

So war es nur logisch, nach der Befragung den nächsten Schritt zu gehen. Der Verbandsvorstand und die Steuerungsgruppe luden interessierte Mitglieder zum Workshop »Die Zukunft des Berufsverbands gemeinsam gestalten« ein. BDP-Präsidentin Thordis Bethlehem war es dabei wichtig, alle mit ins Boot zu holen: »Wir wollen alle mitnehmen. Das ist eines unserer Ziele für das Jahr 2023 und natürlich auch für die Zukunft.«

Am virtuellen Kaffeetisch wurde mit Blick auf alle wichtigen Themen des BDP diskutiert, beraten, gebraint und entwickelt – getragen von den Hauptfragestellungen: »Was brauchen wir am dringendsten?«, und: »Was wünschen wir uns am meisten?« Herausgekommen sind viele neue Ideen, Impulse und Ansätze, die wir nun aufgreifen können, um daraus Leitsätze und Maßnahmen für eine innovative Neuausrichtung abzuleiten und den Verband für die Zukunft gut aufzustellen. Dann wollen wir also gemeinsam den BDP

entstauben! Denn – da waren sich alle einig – das ist der erste Schritt in Richtung Zukunft.

2023 ist das Jahr, in dem wir die Herausforderungen mit viel Energie angehen wollen. Hier zunächst ein Überblick über die Ergebnisse des Workshops:

Einigkeit gab es vor allem mit Blick auf die gesellschaftliche Situation im Allgemeinen. In Zeiten multipler Krisen und starker Veränderungen steigt der Bedarf an adäquater psychologischer Versorgung in der Bevölkerung. Diese bietet Hilfestellung bei der Bewältigung von Unsicherheiten, Gefühlen der Überforderung oder Zukunftsängsten. Mehr denn je brauchen Menschen Unterstützung bei der Entwicklung neuer Strategien im Umgang mit persönlichen sowie globalen Herausforderungen. Die Versorgung der Bevölkerung mit psychologischen und psychotherapeutischen Leistungen und Angeboten wird dementsprechend immer wichtiger. Und eine zentrale Aufgabe des BDP besteht in der berufspolitischen Mitgestaltung der Rahmenbedingungen. Die Ergebnisse zeigen: Da ist noch Luft nach oben!

Gleiches gilt für den Bereich der Wissenschaft und Lehre. Service und Angebote, z. B. Studierendenberatung oder Praktikumsbörse, werden gut angenommen. Gleichzeitig besteht ein starkes Interesse daran, dass der Verband stärker als Organ einer Interessenvertretung sowie auch Wegbegleiter im Studien- oder Berufsalltag durch entsprechende Mentoring-Programme oder ein individuelles Onboarding in Erscheinung tritt. Eine erste Maßnahme mit Blick auf diese Wünsche wird unser regelmäßiger verbandsweiter »Abend der Neuen« sein, an dem wir alle herzlich willkommen heißen und viele Fragen beantworten werden. (Die Premiere fand am 1. August 2023 statt.)

Seit der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG) im September 2020 gibt es gesetzliche Neuregelungen für Studierende im Bereich der psychologischen Psychotherapie. Diese bringen einige Vorteile, aber auch viele Nachteile – gerade in der Übergangsphase – mit sich. Zudem ist die Finanzierung des psychotherapeutischen Nachwuchses in Gefahr. Auch hier besteht der Wunsch nach einer kontinuierlichen und aktiven interessensvertretenden Arbeit des Verbands in Richtung der Verbesserung der unscharfen oder fehlenden gesetzlichen Regelungen. Der BDP hat direkt reagiert und ist seit einigen Monaten Teil eines breiten bundesweiten Bündnisses, das sich für eine sinnvolle Finanzierung für den psychotherapeutischen Nachwuchs einsetzt. Die Auswirkungen des »neuen« Studiengangs mit Approbation sind von zentraler Bedeutung für den Berufsstand und werden daher selbstverständlich auch in den relevanten Verbandsgruppen diskutiert.

Oft hilft es Menschen schon, sich über die eigene Situation austauschen zu können. Der Wunsch danach wurde sowohl von Studierenden als auch von Berufstätigen klar kommuniziert. Als Berufsverband planen wir daher für die Zukunft, Austauschmöglichkeiten unter verschiedenen Überschriften und für unterschiedliche Zielgruppen anzubieten.

Machen ist wichtig, dass das Tun und seine Ergebnisse wahrgenommen werden, aber auch. Effiziente Medienarbeit hat großen Anteil am Erfolg des Verbands. Auch hier wurde vieles gelobt und gleichzeitig der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit vor allem im Bereich der berufspolitischen Arbeit geäußert. Und noch etwas fiel

auf: Um in Zukunft unsere relevante(n) Zielgruppe(n) zu erreichen, braucht es ein konsequentes Monitoring bezüglich der Nutzung von digitalen Medien und Social-Media-Kanälen.

Nur gemeinsam sind wir stark – eine weitere wichtige Erkenntnis. Diese ist sicher nicht neu, entscheidend ist es aber, Strukturen zu schaffen, die alle mitnehmen und vorhandene Kräfte bündeln. Das gilt intern ebenso wie für die Suche nach starken Bündnispartnern für Kooperationen. Eine effiziente und erfolgreiche Berufspolitik kann man am ehesten in einem Netzwerk aus Playern gestalten, die an relevanten Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

Mit diesen Erkenntnissen gehen wir gestärkt und optimistisch in die nächste Runde. Wir reflektieren die Ergebnisse intern und leiten die weiteren Schritte ab. Wichtig ist uns dabei die Bündelung aller Themen an zentraler Stelle, um eine sinnvolle, ressourcenschonende Priorisierung und Verknüpfung von Maßnahmen zu ermöglichen, denn damit verbunden ist immer auch die Verteilung der finanziellen Mittel des Verbands. Alle erarbeiteten Gestaltungsvorschläge werden in einem nächsten Schritt in Gesprächs- und Beschlussrunden auf der Präsidiumssitzung sowie der Delegiertenkonferenz diskutiert und gegebenenfalls beschlossen.

Bleiben auch Sie gespannt und mit dabei! Die nächsten Treffen mit Informations- und Diskussionsmöglichkeiten sind in Planung. Denn auch das haben wir gelernt: Viele Mitglieder möchten sich einbringen und in der Berufspolitik mitwirken. Wir arbeiten an Strukturen, die Ehrenamtlichen eine bessere Vereinbarkeit des berufspolitischen Engagements mit dem persönlichen Lebensalltag ermöglichen. Lassen Sie uns den BDP der Zukunft gemeinsam gestalten! Die Zukunft beginnt jetzt – und wir haben noch viel vor.

Wer Interesse hat, in unserer Resonanzgruppe die Veränderungsprozesse zu begleiten, hat die Möglichkeit, über die Mailadresse kommunikation@bdp-verband.de Kontakt aufzunehmen.

Thordis Bethlehem
Präsidentin des BDP

Bettina Genée
BDP-Presse- und -Öffentlichkeitsarbeit



Illustrator Jai Wanigesinghe unterstützte den Workshop und setzte wichtige Kernbotschaften bildlich um.



Kontakt auf Augenhöhe

Prof. Dr. Ulrich Wagner erhält den Deutschen Psychologie Preis 2023

Foto: Laackman Fotostudios Marburg

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt mit Integrationsangeboten und interkultureller Kompetenz begegnen – dafür setzt sich Prof. Dr. Ulrich Wagner seit vielen Jahren unermüdlich ein. Am 26. Oktober 2023 wird ihm in Anerkennung dieses Engagements in Berlin der Deutsche Psychologie Preis 2023 verliehen. Mit der Auszeichnung würdigen die Trägerorganisationen seine Arbeit als Professor für Sozialpsychologie sowie auch als wissenschaftlicher Leiter des Wissenschafts-Praxis-Projekts »Einsicht – Marburg gegen Gewalt«.

Im Fokus der sozialpsychologischen Analysen von Ulrich Wagner stand immer wieder die Akzeptanz von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten innerhalb der Bevölkerung, verstärkt durch Migrations- und Flüchtlingswellen im Zuge der Balkankriege in den 1990er-Jahren sowie den aktuellen Krisen seit 2015. Gemeinsam mit seiner Arbeitsgruppe in Marburg und in Kooperation mit interdisziplinären Forschungsgruppen konnte Ulrich Wagner zeigen, dass der Kontakt auf Augenhöhe zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu einer höheren interkulturellen Kompetenz und zu mehr gegenseitiger Akzeptanz führt. Dazu veröffentlichte Studien und öffentliche Diskussionen haben dazu beigetragen, dass die Kontakttheorie in der Öffentlichkeit und Politik als wirksamer psychologischer Mechanismus zur Verbesserung von Intergruppenbeziehungen zur Kenntnis genommen und berücksichtigt wird.

Aufgrund seines langjährigen Engagements im Bereich der Migrationsforschung, der sozialpsychologischen Aus-

einandersetzung mit Intergruppenbeziehungen, der Gewaltprävention sowie Evaluation von Interventionsprogrammen und als deutschlandweit tätiger Berater und Gutachter ist Ulrich Wagner kontinuierlich und erfolgreich am wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Diskurs beteiligt. Er war und ist Impulsgeber für politische Entscheidungsprozesse und leistet in Medienbeiträgen Aufklärung im Bereich der interkulturellen Kompetenz.

Ulrich Wagner ist emeritierter Professor für Sozialpsychologie an der Philipps-Universität Marburg. Neben der nationalen ist er auf internationaler Ebene für die Profession der Psychologie aktiv. So ist er Mitglied von Arbeitsgruppen zur Wissenschafts-Politik-Kommunikation und war als Delegierter der Deutschen Psychologenvereinigungen über viele Jahre Vorsitzender des »Board on Human Rights & Psychology« der Europäische Föderation der Psychologenverbände (EFPA).

Der Deutsche Psychologie Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben. Der BDP, die Bundespsychotherapeutenkammer (BpTK), die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und das Leibniz-Institut für Psychologie (ZPID) würdigen mit diesem Preis herausragende Leistungen in der psychologischen Forschung, die sich durch eine hohe gesellschaftliche und praktische Bedeutung auszeichnen. Neben den Vorsitzenden der Trägerorganisationen ist Gert Scobel Mitglied der Jury.

Weitere Informationen:
www.deutscher-psychologie-preis.de

Unsere Buchtipps



Thomas Hillebrand
**Aggressive
und sexuelle
Zwangsgedanken**
Ein Therapieleitfaden

Die Behandlung von Patienten mit extrem scham- und schuldbesetzten aggressiven und sexuellen Zwangsgedanken ist eine große Herausforderung und wird in diesem Therapieleitfaden erstmalig ausführlich vorgestellt. Mithilfe zahlreicher Fallbeispiele wird das kognitiv-verhaltenstherapeutische Vorgehen veranschaulicht.

2023, 186 Seiten, € 26,95 (DE)/€ 27,80 (AT)/CHF 36.90,
ISBN 978-3-8017-3162-5
Dieser Titel ist auch als eBook erhältlich.



Rainer Sachse / Ueli Kramer
**Klärungsorientierte
Psychotherapie von
Persönlichkeits-
störungen**

Reihe: Praxis der Psycho-
therapie von Persönlichkeits-
störungen – Band 1

Das Buch liefert einen Überblick über grundlegende Konzepte von Persönlichkeitsstörungen und von psychotherapeutischen Strategien für deren Therapie. Die Neuauflage des Bandes wird durch die Darstellung von Forschungsergebnissen zur klärungsorientierten Psychotherapie und zur Prozessforschung ergänzt.

2., überarbeitete und ergänzte Auflage 2023, 220 Seiten,
€ 29,95 (DE)/€ 30,80 (AT)/CHF 40.50,
ISBN 978-3-8017-3243-1
Dieser Titel ist auch als eBook erhältlich.

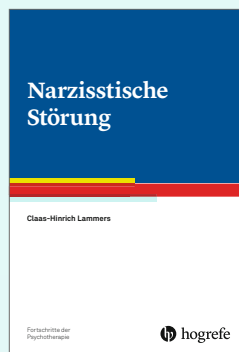


Friedrich-Karl
von Wedel-Parlow /
Martina Lück
**Neuropsychologie in
der neurologischen
Frührehabilitation**

Reihe: Fortschritte der
Neuropsychologie – Band 26

Dieser Band fokussiert auf die früheste Phase der neurologisch-neurochirurgischen Rehabilitation. Er beleuchtet die spezifischen Probleme der Patient:innen und beschreibt Ansätze für Diagnostik und Therapie. Gesondert werden das interdisziplinäre Team, Gruppenangebote, Angehörigenarbeit und ethische Fragen erläutert.

2023, VII/106 Seiten, € 22,95 (DE)/€ 23,60 (AT)/
CHF 31.50, im Reihenabo: € 15,95 (DE)/€ 16,40 (AT)/
CHF 22.50, ISBN 978-3-8017-2907-3
Dieser Titel ist auch als eBook erhältlich.



Claas-Hinrich Lammers
Narzisstische Störung

Reihe: Fortschritte der
Psychotherapie – Band 90

Das Buch beschreibt die Besonderheiten der Therapie narzisstischer Störungen. Es stellt insbesondere die therapeutische Beziehungsgestaltung dar und erläutert Techniken wie die Schemaanalyse, die Analyse dysfunktionaler Interaktionen, das Training von Empathie sowie den Aufbau prosozialer Verhaltensweisen.

2023, VII/94 Seiten, € 19,95 (DE)/€ 20,60 (AT)/CHF 27.90,
im Reihenabo: € 15,95 (DE)/€ 16,40 (AT)/CHF 22.50,
ISBN 978-3-8017-3206-6
Dieser Titel ist auch als eBook erhältlich.



Bachelor Psychologie – und dann?

Ergebnisse einer Umfrage unter Psychologiestudierenden zu Zulassungspraxis, Berufswünschen und Burnout im Studium

»So wie die Situation aktuell ist, ist sie nicht tragbar. Es ist eine unfassbare Belastung für uns, nicht planen zu können, ob und, wenn ja, wo in Deutschland wir den Master machen können. Bitte setzt euch für uns ein! Wir brauchen einfach ausreichend Master-Plätze!« Dies ist nur ein Zitat von vielen aus einer Befragung des Psychologie-Fachschaften-Konferenz e. V. (PsyFaKo) aus dem Frühjahr 2023, das lediglich im Ansatz die Belastungen und die Unsicherheit der Psychologie-Studierenden widerspiegelt. Bereits 2018 hatte der PsyFaKo eine ähnliche Befragung durchgeführt, aus der hervorging, dass vor allem die Studierbarkeit des sich damals noch in der Planung befindlichen polyvalenten Bachelors von den Studierenden als tendenziell zu schlecht eingeschätzt wurde (Adler, Götte, Thünker & Wimmer, 2018). Das Burnout-Level der Psychologie-Studierenden wurde im Rahmen der aktuellen Umfrage erstmals miterfasst. Im Folgenden möchten wir Einblick in die Ergebnisse der Untersuchung geben.

Befragte Studierende

Im Folgenden werden die Ergebnisse von insgesamt 2.843 Studierenden an deutschen Präsenz-Universitäten vorgestellt, da für diese eine ausreichend große Datengrundlage zur Verfügung steht. 84 % ($n = 2.395$) der Befragten befinden sich im Bachelor-Studium. 85 % studieren approbationskonform, 10 % nicht approbationskonform; 6 % haben eine Nachqualifikation zur Zulassung zum approbationskonformen Master absolviert. Im Master studieren 16 % der Befragten: 53 % davon approbationskonform, 47 % nicht approbationskonform.

Emotionale Erschöpfung im und durch das Studium

Eine hohe psychische Belastung im Studium hat negative Folgen auf das eigene Wohlbefinden z. B. durch Burnout-Symptomatiken. Im Studium kann Burnout durch das Gefühl, durch die Anforderungen erschöpft zu sein, den Verlust von wahrgenommener Bedeutung des Studiums und das Einschleichen von Gefühlen fehlender Kompe-

tenz charakterisiert sein (Gumz, Erices, Brähler & Zenger, 2013). Das »Maslach-Burnout-Inventary« (MBI) ist das am weitesten verbreitete Messinstrument zur Erfassung von Burnout-Symptomen. Deshalb wurden die Studierenden mittels einer deutschen Version des »MBI – Student Survey« (MBI-SS; Gumz et al., 2013) zu ihrer emotionalen Erschöpfung befragt (fünf Items von 0 bis 6).

Für die untersuchten Bachelor-Studierenden, die approbationskonform studieren, lag der Wert für emotionale Erschöpfung im Mittel bei 3.12 ($SD = 1.32$), was der Antwort »jede Woche« entspricht. Die Befragten zeigten damit eine signifikant höhere emotionale Erschöpfung als diejenigen, die nicht approbationskonform bzw. im Master studierten. Im Durchschnitt gaben Studierende in allen Studienabschnitten an, sich mehrmals pro Woche »am Ende eines Studien-/Universitätstages« erledigt zu fühlen. Ähnlich hohe Werte erreichten sie im Item »Ich fühle mich von meinem Studium ausgelaugt«. Besonders hervorzuheben ist, dass Studierende im Master kein bedeutend niedrigeres Level emotionaler Erschöpfung berichten als Studierende im Bachelor. 82 % der Studierenden gaben zudem an, dass sie sich sehr oder extrem vom Notendruck gestresst fühlen.

Diese Ergebnisse sind höchst besorgniserregend. Die Psychologiestudierenden im deutschsprachigen Raum berichten im Vergleich mit anderen Studierenden außerordentlich hohe Werte in emotionaler Erschöpfung, was für ein hohes Burnout-Risiko sprechen kann (Gumz et al. 2013). Die Werte der emotionalen Erschöpfung übersteigen sogar die von spanischen Medizinstudierenden im sechsten Ausbildungsjahr deutlich (Galán, Sanmartín, Polo & Giner, 2011).

Aktuelle Zulassungspraxis im Bachelor und Master
46 % der Studierenden sehen die momentane Vergabepraxis für Bachelor-Studienplätze eher negativ, nur 3 % sehen sie positiv. Die Befragten gaben durchschnittlich

an, dass 50 % der Bachelor-Studienplätze allein über die Abiturnote vergeben werden sollten. 82 % empfinden die zusätzliche Einführung alternativer Kriterien als eher positiv. Nur 26 % aller Studierenden befürworten jedoch die Einführung eines Zulassungstests für den Bachelor. 18 % der Befragten lehnen die Einführung des Zulassungstests als Kriterium ganz oder eher ab. Damit erhielt dieser im Vergleich zur Berücksichtigung von Ausbildungen (32 %), Auswahlgesprächen (29 %), praktischen Erfahrungen (35 %) und sozialem Engagement (30 %) die geringste Zustimmung durch Studierende. Master-Studierende stimmten einem potenziellen Einschluss praktischer Erfahrung für die Zulassung im Bachelor in noch höherem Maß als Bachelor-Studierende zu: 70% hielten dies für sinnvoll.

Die Meinung zur Einführung alternativer Zulassungskriterien für Master-Studienplätze ähnelt der eben dargestellten. Auch im Master sollten – nach Meinung der Befragten – nur 50 % der Studienplätze rein nach der Bachelor-Abschlussnote vergeben werden. Die Note des vorherigen Abschlusses als Hauptkriterium wird kritisch gesehen: 63 % sehen dies eher als problematisch an, nur 1 % als positiv. 82 % der Befragten stehen der Einführung alternativer Zulassungskriterien im Master positiv gegenüber. Vor allem praktische Erfahrungen (76 %) und Auswahlgespräche (73 %) fanden Zustimmung, während Zulassungstests (58 %), soziales Engagement (56 %) und Ausbildungen (42 %) weniger befürwortet wurden.

Sowohl von Studierenden im Bachelor als auch von Studierenden im Master wurde häufig geäußert, dass das Psychologie-Studium einer diverseren Gruppe von Personen zugänglich gemacht werden muss. Vorschläge für alternative Zulassungskriterien waren dabei Motivationsschreiben und die Einführung einer Sozialquote, in der Personen ähnlich zur Härtefallquote aufgrund sozialer Gegebenheiten zugelassen werden. Eine Einführung dieser Quote forderte auch der PsyFaKo als Studierendenvertretung in seiner letzten Positionierung zur Master-Platz-Problematik (PsyFaKo, 2022a).

Nach dem Bachelor: Wege in den Master

Nur 1 % der Befragten ($n = 34$) planen, nach dem Bachelor keinen Master anzuschließen. Gleichzeitig zeigen durch den PsyFaKo e. V. gestellte Informationsfreiheitsanfragen aus dem Jahr 2022, dass nur 75 % der Bachelor-Studierenden öffentlicher Universitäten einen Master-Platz an einer öffentlichen Universität erhalten können (PsyFaKo, 2022a). 2020 lag diese Zahl noch bei 90 % (BDP-S, 2023). Jährlich fehlen aktuell fast 1.500 Master-Plätze. Zusätzlich bewerben sich auch Absolventinnen und Absolventen aus dem Ausland und von privaten Hochschulen auf dieselben Plätze. Hinzu kommt, dass es 80 % der Studierenden wichtig ist oder war, das Master-Studium an derselben Universität zu absolvieren wie das Bachelor-Studium.

Berufliche Perspektiven gibt es in der Psychologie nur mit Master-Abschluss (Bothen et al., 2011). Gleichzeitig

sorgen der Master-Platz-Mangel und die daraus resultierende Vergabep Praxis, z. B. durch Bevorzugung eigener Absolventinnen und Absolventen, dafür, dass Studierenden die durch die Bologna-Reform vorgesehene Mobilität zwischen Bachelor- und Master-Universität oder sogar der Master-Abschluss als Ganzes verwehrt bleiben. Das aktuelle Studiensystem in der Psychologie widerspricht damit den Zielen der Bologna-Reform.

Nach dem Master: Wege in die Arbeitswelt

Während 58 % aller Befragten die Aus- bzw. Weiterbildung zur Psychotherapeutin bzw. zum Psychotherapeuten oder zur Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin bzw. zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten anstreben, sehen lediglich 7 % ihre Zukunft sicher in der Wissenschaft. Studierende im Master-Studium wollen dabei doppelt so häufig in die Wissenschaft einsteigen wie Bachelor-Studierende (12 % vs. 6 %). Hierbei wird deutlich, dass sich die anfänglichen Berufswünsche verändern (Adler et al., 2018). Diese Veränderungen finden im neuen approbationskonformen System wenig Raum, da den Studierenden ein weniger facettenreiches Studium ermöglicht wird.

Während nur 13 % aller Befragten die Aus- bzw. Weiterbildung zum Befragungszeitpunkt für sich ausschlossen, taten dies 57 % für eine Tätigkeit in der Wissenschaft. Die Gründe hierfür wurden nicht erfragt. Facetten könnten hierbei jedoch Machtgefälle (PsyFaKo, 2022b) und prekäre Arbeitsbedingungen (PsyFaKo, 2023) sein, die vom PsyFaKo bereits genauer beleuchtet wurden.

Fazit

Die neuen approbationskonformen Studiengänge müsst(en) per se studierbar sein, da diese akkreditiert wurden. Wie die vorliegenden Ergebnisse zeigen, ist die aktuelle Belastung der Studierenden jedoch sehr hoch. Über alle befragten Studierenden hinweg ergeben sich Werte, die für ein hohes Burnout-Risiko sprechen. Studierende in einem approbationskonformen Bachelor-Studiengang berichten von deutlich zu hoher emotionaler Erschöpfung. Diese Belastung hängt sicherlich zuletzt mit der zunehmend angespannten Master-Platz-Situation in Deutschland zusammen. Denn es ist eine »Belastung für uns, nicht planen zu können, ob und wenn ja, wo in Deutschland wir den Master machen können«! Die von den Bundesländern willentlich in Kauf genommene Differenz zwischen Bachelor- und Master-Plätzen wurde nicht verringert, sondern vergrößert, und das, obwohl der Bedarf an psychologischer Expertise immer weiter steigt.

Die Belastung der Studierenden muss verringert werden, damit alle – unabhängig von der sozialen Situation – das Ziel, Psychologin bzw. Psychologe zu werden, erreichen können.

Die vollständigen Ergebnisse der Befragung werden zeitnah veröffentlicht.

Sophie Gappert, Xenia Neugebauer, Manon Schwake

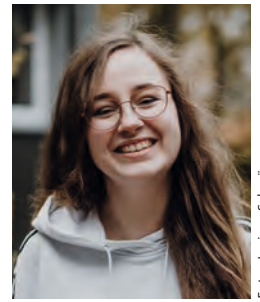


Foto: Larissa Schwöppe

Manon Schwake

studiert an der FU Berlin im Master Psychologie mit Schwerpunkt Arbeits-, Organisations- und Gesundheitspsychologie und ist Konferenzrätin des PsyFaKo e. V.

E konrat@psyfako.org
www.psyfako.org

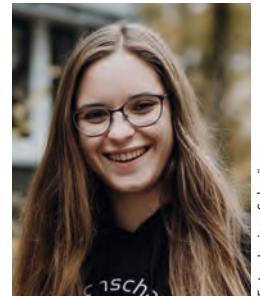


Foto: Larissa Schwöppe

Xenia Neugebauer

studiert an der Universität Hildesheim im Bachelor Psychologie und war bis Juni 2023 Konferenzrätin des PsyFaKo e. V.



Foto: Larissa Schwöppe

Sophie Gappert

hat Psychologie (M. Sc.) mit Schwerpunkt Klinische Psychologie an der Technischen Universität Braunschweig studiert und ist Konferenzrätin des PsyFaKo e. V.

Literatur:

Die Literaturliste kann per E-Mail beim Verlag angefordert werden: s.koch@psychologenverlag.de



Illustration: Ernst Hosing (1890)

Können Erwachsene Radfahren lernen?

Evaluation eines Trainings für erwachsene Fahranfängerinnen und -anfänger

Fahrradfahren liegt zwar im Trend, aber dennoch: Für Erwachsene zeigt die Studie »Mobilität in Deutschland« (Nobis, 2019), dass rund 36 % der Bevölkerung nie oder so gut wie nie mit dem Rad fahren. Unter diesen Nicht-Radfahrenden gibt es Personen, die nicht Fahrrad fahren können, es aber lernen möchten. Organisationen wie der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC) bieten daher Kurse für Erwachsene an, in denen das Radfahren auf einem autofreien Trainingsgelände vermittelt wird.

Ablauf des Trainings

Die Teilnehmenden üben zunächst das Schieben und entwickeln dabei ein Gefühl für das Bremsen und für Lenkbewegungen. Anschließend wird das Fahrrad als Laufrad verwendet; hier steht das Entwickeln von Gleichgewicht und Balance im Mittelpunkt. Es folgen Übungen zum Anfahren und Pedalieren, zum Bremsen, Lenken, Spurhalten, Ausweichen sowie dazu, Handzeichen zu geben – in einer Vielzahl von Übungen über mehrere Stunden, verteilt auf mehrere Tage.

Üblicherweise brechen ein oder zwei Personen aus einer Gruppe von zehn Teilnehmenden das Training ab oder kommen während der vorgesehenen 16 Stunden nicht über das Stadium des Laufradfahrens hinaus. Die anderen können auf dem Trainingsgelände in unterschiedlich gutem Ausmaß Rad fahren, äußern oft große Begeisterung und freuen sich nach eigenen Angaben auf eine Zukunft auf zwei Rädern.

Nachhaltigkeit als Anspruch

Kinder beginnen mit dem Lernen des Fahrradfahrens heute so früh wie nie zuvor. Das gilt für Deutschland (von Below, 2016), aber auch für viele andere Länder (Cordovil et al., 2022). Dies ist u. a. bedeutsam, da ein frühes Lernalter eine der Bedingungen zu sein scheint, die eine häufigere Verwendung des Fahrrads im Lebensverlauf wahrscheinlicher machen (von Below, 2016).

In der vorliegenden Studie wurde untersucht, ob und in welchem Umfang Erwachsene das Radfahren in einem 16-stündigen Kurs in einem solchen Ausmaß erlernen können, dass sie nach dem Training in der Lage sind, eigenständig damit weiterzumachen.

Dazu wurden über zwei Jahre die Kurse einer Radfahrerschule des ADFC evaluiert. Drei Monate nach dem Training erhielten die Teilnehmenden einen Online-Fragebogen zu u. a. den folgenden Fragen:

- *Trainingserfolg:* Wie häufig ist die Person nach dem Kurs mit dem Fahrrad gefahren?
- *Hemmnisse:* Welche erschwerenden Faktoren gab es?
- *Motive:* Warum möchte eine erwachsene Person das Fahrradfahren lernen?
- *Radfahren und Sozialisation:* Wurde im Elternhaus Fahrrad gefahren? Welche Wahrscheinlichkeit bestand dort, wo die Teilnehmenden aufwuchsen, für Jungen und Mädchen, Radfahren zu lernen?
- *Kritische Fahrsituationen:* Kam es in den Monaten nach dem Kurs zu kritischen Fahrsituationen?

Der Fragebogen wurde auf Deutsch und Englisch angeboten.

Wer will im Erwachsenenalter Radfahren lernen?

Die in der Evaluation gefundene sehr breite Altersverteilung der Kursteilnehmenden (siehe Tabelle 1) zeigt: Auch im fortgeschrittenen Alter können Menschen den Wunsch haben, mit dem Fahrradfahren zu beginnen.

Tabelle 1
Alter der Kursteilnehmenden

Alter (Kategorien, fünf Jahre)	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
15+	1	1,5	1,5
20+	2	3,1	4,6
25+	5	7,7	12,3
30+	10	15,4	27,7
35+	9	13,8	41,5
40+	7	10,8	52,3
45+	4	6,2	58,5
50+	9	13,8	72,3
55+	5	7,7	80,0
60+	5	7,7	87,7
65+	8	12,3	100
Gesamt	65	100,0	

Von 198 Teilnehmenden aus zwei Kursjahren nahmen 65 an der Befragung teil. Der Anteil der Frauen bei den Kursanmeldungen betrug 90 %. Ob die Online-Befragung diesen Anteil korrekt repräsentiert, ist nicht bekannt, da das Geschlecht aus Datenschutzgründen nicht erfasst wurde.

Aus Pausengesprächen schätzt der Studienautor den Anteil der Teilnehmenden, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind, auf über 80 %. In seinen Kursen befanden sich in den vergangenen vier Jahren Menschen aus über 25 Nationen. Wie schon beim Geschlecht ist unklar, ob die Befragung diese Internationalität repräsentativ abbildet, da auf Fragen nach Nationalität oder geografischer Herkunft verzichtet werden musste.

Trainingserfolg

Der evaluierte Kurs hat Anspruch auf Nachhaltigkeit: Es geht darum, die Teilnehmenden über das Training hinaus zu Radfahrenden zu machen.

Der Trainingserfolg wurde daher über die Anzahl von Fahrten gemessen, die die Teilnehmenden in den drei Monaten nach dem Training selbstständig unternommen haben (siehe Tabelle 2). Ein nachhaltiger Lerneffekt wurde für die Gruppe der Personen angenommen, die sechsmal oder häufiger gefahren sind. Über 40 % der Teilnehmenden erreichten dieses Ziel (43 %, *n* = 27).

Allerdings fuhr knapp die Hälfte der Antwortenden nach dem Training entweder gar nicht mehr (24 %, *n* = 15) oder nur ein bis zweimal (22 %, *n* = 14).

Tabelle 2

Anzahl der Radfahrten in den drei Monaten nach dem Fahrkurs

Anzahl der Fahrten	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
0	15	23,1	23,8	23,8
1-2	14	21,5	22,2	46,0
3-5	7	10,8	11,1	57,1
6 oder mehr	27	41,5	42,9	100
Nicht beantwortet	2	3,1		
Gesamt	65	100,0		

Trainingserfolg und Lebensalter

Die Wahrscheinlichkeit mit dem Radfahren weiterzumachen, sank mit dem Alter der Person ab. Es bestand eine mittelstarke, negative Korrelation zwischen Alter und Trainingserfolg: $r(61) = -.37$ ($p = 0,003$).

Bedingungen, die den Trainingserfolg erschweren

Auf einer fünfstufigen Skala wurden die Teilnehmenden gefragt, warum sie nach dem Kurs nicht oder nur sehr wenig mit dem Fahrrad gefahren sind. Die Personen, die nicht oder fast nicht gefahren waren (keine bis maximal zwei Fahrten nach dem Training, *n* = 29) nannten dafür die in Tabelle 3 dargestellten Gründe.

Tabelle 3

Was hat Personen, die nicht oder fast nicht mit dem Fahrrad gefahren waren, am Radfahren gehindert?

Hindernder Grund	Mittelwert	Standardabweichung	N
Ich fühle mich beim Radfahren immer noch unsicher.	3,28	1,13	29
Ich hatte kein Rad, oder es war kaputt.	3,10	2,01	29
Ich hatte keine Zeit zum Radfahren.	2,62	1,54	29
Ich hatte gesundheitliche Probleme.	2,31	1,58	29
Ich hatte niemanden, der mir hilft.	2,17	1,39	29
Das Wetter war schlecht.	2,14	1,27	29
Wo ich wohne, gibt es keine Radwege oder ruhige Straßen.	1,86	1,38	29

Unsicherheit beim Fahren wurde als wichtigster Grund genannt, gefolgt von der Nichtverfügbarkeit eines Fahrrads.

Motive: Warum wollen erwachsene Personen Fahrradfahren lernen?

Auch wenn das Fahrrad ein Verkehrsmittel ist, wurde der Mobilitätsaspekt von den Teilnehmenden eher als nachrangiges Motiv genannt (siehe Tabelle 4). Zentral ist hingegen der intrinsische Wunsch nach Perfektionierung

im Sinne von Pink (2009). Die drei familienbezogenen Motive erhielten die geringsten Zustimmungswerte: Radfahren zu lernen, ist etwas, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für sich selbst und nicht für ihre Familie unternehmen.

Radfahren wird als Freizeit- oder Gesundheitsaktivität verstanden. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Rau (2021), denen zufolge Nicht-Radfahrende das Fahrrad eher als ein Sportgerät für eine Freizeitaktivität begreifen und nicht als Fortbewegungsmittel für den Alltag.

Tabelle 4
Warum haben Sie sich zum Radfahrkurs angemeldet?

Motiv	Mittelwert	Standardabweichung	N
Weil ich Fahrrad fahren können will	4,73	0,63	62
Weil ich Spaß am Radfahren haben werde	4,32	0,73	47
Weil ich etwas für meine Gesundheit machen möchte	3,81	1,33	64
Weil es gut für die Umwelt ist	3,75	1,21	65
Weil so viele Menschen in meiner Umgebung Rad fahren	3,70	1,44	47
Weil ich etwas mit Freunden machen möchte	3,57	1,49	65
Weil es eine schnelle und effiziente Art der Fortbewegung ist	3,46	1,34	65
Weil ich etwas mit meiner Familie machen möchte	3,45	1,65	65
Weil jeder in meiner Familie Rad fahren kann	2,98	1,61	65
Weil mein Partner oder mein Kind es wünscht	2,51	1,68	65

Radfahren und Sozialisation

Die Teilnehmenden der Radfahrkurse kamen überwiegend aus Familien, in denen die Eltern nicht Fahrrad gefahren sind (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5
Umfeld in der Kindheit: Fahrrad fahren im Elternhaus

Meine Eltern sind Fahrrad gefahren, als ich ein Kind war.	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Stimmt nicht	48	73,8	77,4	77,4
Stimmt wenig	2	3,1	3,2	80,6
Stimmt mittel	4	6,2	6,5	87,1
Stimmt ziemlich	4	6,2	6,5	93,5
Stimmt sehr	4	6,2	6,5	100,0
Nicht beantwortet	3	4,6		
Gesamt	65	100,0		

In der Einschätzung der Teilnehmenden war im Umfeld ihrer Herkunft die Wahrscheinlichkeit, das Fahrrad fahren zu lernen, für Mädchen deutlich geringer als für Jungen. Die Mittelwertsunterschiede sind statistisch signifikant ($t(64) = -4,27, p = 0,000$).

Kritische Ereignisse

Teilnehmende, die nach dem Kurs mindestens einmal selbstständig gefahren sind, wurden befragt, ob sie dabei in eine gefährliche Situation gekommen sind. Von 48 Teilnehmenden berichten sieben von einem Sturz mit dem Fahrrad.

Fazit: Empfehlungen für die Praxis des Radfahrunterrichts

Die erhobenen Daten deuten an, dass etwa 40 % der Teilnehmenden eines Radfahrkurses den Sprung vom betreuten und geschützten Trainingsumfeld zum selbstständigen Radfahren schaffen können. Für einen erheblichen Anteil der Teilnehmenden kann dies jedoch nicht behauptet werden. Dies gilt besonders für die Gruppe der älteren Teilnehmenden.

Die Nicht- oder Fast-nicht-Fahrenden nennen als wichtigsten Grund die nach wie vor bestehende Unsicherheit. Nach Ansicht des Autors ist diese Unsicherheit berechtigt. Viele der Kursteilnehmenden schaffen es beispielsweise nicht, einen Abbiegevorgang durch Handzeichen anzuzeigen, weil sie (noch) nicht über mehrere Sekunden mit nur einer Hand am Lenker fahren können. Sicheres Fahren im Straßenverkehr ist ohne diese Fertigkeit aber nicht möglich.

Vor dem Hintergrund, dass immerhin 15 % der Teilnehmenden in den ersten drei Monaten nach dem Kurs über einen Sturz mit dem Fahrrad berichten, sollte deutlich auf eine Vermeidung riskanter Fahrsituationen hingewirkt werden.

Die folgenden Empfehlungen sollen die Teilnehmenden zukünftiger Kurse vor Selbstüberforderung schützen und ihnen helfen, langfristig mit dem Radfahren weiterzumachen.

1. Realistische Kursziele setzen

Es sollte deutlich darauf hingewiesen werden, dass die im Training erworbenen Kompetenzen nicht bei jeder Person am Ende des Kurses für eine Teilnahme am Straßenverkehr mit dem Fahrrad ausreichen werden.

Hilfreich ist es, wenn Teilnehmende wie in der vorliegenden Studie das Radfahren als Freizeit- und Gesundheitsaktivität begreifen, weil sie dadurch weitgehend frei über alle Bedingungen der Fahrten (aktuelle körperliche Fitness, Strecke, Zeit, Wetter usw.) entscheiden können.

Dient der Radfahrkurs allerdings dazu, die Mobilität von Menschen zu vergrößern, die über kein Auto verfügen oder keinen guten Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr haben, sind höhere Ansprüche an die

benötigte Fahrkompetenz zu stellen. Wer auf das Rad angewiesen ist, um zur Arbeit oder zur Kita zu gelangen, kann auf Strecke, Tageszeit und Wetter keine Rücksicht nehmen. Kurse für solche Personen sollten nach Ansicht des Autors stets Übungen im Realverkehr auf den konkret angestrebten Strecken beinhalten.

2. Strategien zum Dranbleiben erarbeiten

Die Teilnehmenden sollten wissen, dass das selbstständige Weitermachen mit dem Fahrradfahren eine Herausforderung darstellen wird. In kurzen Gruppenarbeiten sollte eine Reflexion darüber angeregt werden, wie mit dem Radfahren nach dem Ende des Kurses weitergemacht werden kann und welche Hindernisse dabei auftreten werden. Beispiele, wie das Aufstellen von Plänen bei der Zielerreichung helfen kann, finden sich bei Oettingen (2014).

Die Teilnehmenden sollten bereits während des Kurses möglichst konkret überlegen, wo sie später gefahrlos mit dem Fahrrad üben können. Es sollte verdeutlicht werden, dass in den ersten Wochen auch das Schieben des Rads zu diesem Übungsort in Betracht gezogen werden kann, falls sich der Weg dorthin als zu schwierig erweisen sollte.

Entscheidend ist, dass Radfahren zunächst nur zur Übung betrieben wird, dass dazu geeignete Strecken identifiziert und Mobilitätszwecke hintangestellt werden. Personen, die noch kein Rad zur Verfügung haben, werden aufgefordert, sich bereits jetzt zu überlegen, wie sie eines beschaffen werden.

3. Aufbau realistischer Erwartungen bei den Trainerinnen und Trainern

Während der Kurse erleben Trainerinnen und Trainer bei den meisten Teilnehmenden ein großes Maß an

Begeisterung, Freude und Dankbarkeit. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie, dass ein erheblicher Teil der Kursteilnehmenden mit dem Radfahren dann doch nicht weitermacht, mag für einige der sehr radfahraffinen Ehrenamtlichen eine Überraschung und auch eine Enttäuschung sein.

Bereits bei der Ausbildung der angehenden Radfahrlehrerinnen und -lehrer sollte daher verdeutlicht werden, dass das Lernen des Radfahrens als erwachsener Mensch eine ungewöhnliche und anspruchsvolle Aufgabe ist, dass die Integration dieser neuen Fertigkeit in den Alltag häufig nicht auf Anhieb gelingen wird und dass sie auch nicht leicht durchzuhalten ist.

Hilfreich könnte es sein, den Radfahrlehrerinnen und -lehrern Statistiken mit Erfolgsquoten von Programmen zu langfristigen Lebensstilveränderungen, wie beispielsweise Gewichtsreduktion, Steigerung der sportlichen Aktivität, oder von Rauchentwöhnungsprogrammen zu zeigen.

Ausblick

Die in diesem Beitrag vorgestellte Studie wird aktuell fortgesetzt, wobei zusätzlich untersucht werden soll, inwiefern die Zufriedenheit in Bezug auf das eigene Radfahren mit der Anzahl der nach dem Kurs noch selbstständig unternommenen Fahrten zusammenhängt. Es ist denkbar, dass ein Teil der Nicht-Fahrenden die Kursteilnahme trotz allem genossen hat und mit dem Erreichten zufrieden ist, darüber hinaus aber keine Ambitionen für weiteres Fahrradfahren hegt. Das Wissen, es prinzipiell zu können und einmal im Leben wirklich Rad gefahren zu sein, mag der einen oder anderen Person genügen.

Rigas Wendel



Foto: privat

Rigas Wendel ist Fachpsychologe für Verkehrspsychologie (BDP) und Ersatzdelegierter der Sektion »Verkehrspsychologie«. Für verschiedene Untergliederungen des ADFC evaluiert er Radfahrkurse für erwachsene Anfängerinnen und Anfänger sowie Fortgeschrittene. Seit Jahren bringt er ehrenamtlich erwachsenen Menschen das Radfahren bei.

Literatur:

Die Literaturliste kann per E-Mail beim Verlag angefordert werden: s.koch@psychologenverlag.de

psyllife

Das kostenfreie **Online-Magazin** für alle, die in Psychotherapie, Beratung oder Coaching tätig sind. Aus dem Deutschen Psychologen Verlag.

www.psyllife.de facebook.com/psyllife.de psyllife_de @psyllife_de



Neue BDP-Fachgruppe »Radverkehr und Mobilität«

Foto: © Jęz Przechalka - pexels.com

Radfahren liegt im Trend. Bereits 2017 wurden in deutschen Metropolen rund 15 % der Wege mit dem Rad absolviert. Angetrieben durch die breite Verfügbarkeit von E-Bikes sowie durch die Pandemie (Vermeidung der Ansteckung im öffentlichen Personennahverkehr) dürfte dieser Anteil mittlerweile gestiegen sein.

Radfahren wird als Baustein der Mobilitätswende begriffen, auch von der Politik. Die Kombination von Fahrrad und Schiene bietet – zusätzlich gefördert durch die Einführung des »Deutschland-Tickets« – weitere Chancen eines Mobilitätswandels. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) versteht sich mittlerweile als Mobilitätsdienstleister über das Auto hinaus und bietet seinen Mitgliedern einen Pannenservice für Radfahrende an und evaluiert Radfahrtrainings für Seniorinnen und Senioren.

Bei vielen Fragestellungen rund um das Radfahren kann die Psychologie wichtige Beiträge leisten:

Verkehrsmittelwahl: Wer fährt wann zu welchem Zweck mit dem Rad? Welche Hindernisse gibt es, und wie können diese reduziert werden? Wie können Menschen dazu bewegt werden, wieder (öfter) auf das Fahrrad zu steigen? Schließlich fährt ein gutes Drittel der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland nie oder fast nie mit dem Rad.

Verkehrssicherheit: Während die Zahl der verunfallten Personen, die mit dem Auto unterwegs sind, seit Jahren sinkt, zeigt sich beim Radverkehr leider ein entgegengesetzter Trend. Welche Ansätze tragen dazu bei, ein rücksichtsvolles und verkehrssicheres Verhalten aller Akteurinnen und Akteure im Straßenverkehr zu fördern?

Verkehrserziehung: Seit Jahren wird über die nachlassende Radfahrkompetenz von Schulkindern berichtet, oft einhergehend mit Klagen über Bewegungsmangel und nachlassende körperliche Fitness. Mit welchen Konzepten kann diesem Problem erfolgreich begegnet werden?

Senioren: Das E-Bike stellt für viele Seniorinnen und Senioren einen Anreiz dar, das Radfahren nach Jahren oder Jahrzehnten wieder aufzunehmen. Gleichzeitig steigen die Unfallzahlen der betagten Radfahrerinnen und Radfahrer stark an. Welche Maßnahmen helfen, dass auch ältere Menschen verkehrssicher mit dem Rad oder Pedelec (wieder) mobil sein können?

Integration und Teilhabe: Radfahren ist in vielen Teilen der Welt keine Fertigkeit, die man üblicherweise in Kindheit oder Jugend lernt. Dies gilt ganz besonders für Frauen. Erwachsene Menschen mit Zuwanderungs- und teilweise auch mit Fluchtgeschichte wollen Rad fahren und suchen Unterstützung. Wie kann Erwachsenen verantwortungsvoll eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr mit dem Rad beigebracht werden?

Um sich über diese und weitere Fragen der Radfahrmobilität auszutauschen, soll unter dem Dach der Sektion »Verkehrspsychologie« die Fachgruppe »Radverkehr und Mobilität« gegründet werden. Eine sektionsübergreifende bzw. interdisziplinäre Teilnahme wird angestrebt, um möglichst allen Aspekten der Radmobilität gerecht zu werden.

Für den Herbst ist eine konstituierende Sitzung der Fachgruppe geplant. Interessentinnen und Interessenten können sich bei Dipl.-Psych. Rigas Wendel (rigasw@gmail.com) melden.

Reform zulasten der Versicherten

Kommentar zum Beitrag »Datenschutz ist Vertrauensschutz« in »report psychologie« 5/23

Der Beitrag »Datenschutz ist Vertrauensschutz« hebt zu Recht hervor, dass mit der elektronischen Patientenakte (ePA) viele Risiken einhergehen. So wird kritisiert, dass mit dem Zusammenführen und Verfügbarmachen möglichst vieler Gesundheitsdaten das Gebot der Datensparsamkeit missachtet werde. Es wird befürchtet, dass eines Tages die Dokumentationspflicht mit Hilfe der ePA erfüllt werden müsse und diese dadurch »mehr als bisher unter den Eindruck potenzieller sekundärer Datennutzung und der Gefahr eines Datenmissbrauchs« gerate. Gefordert werden die eindeutige Klärung unscharfer Begriffe, die »vollumfängliche Datensouveränität« der Bürgerinnen und Bürger sowie konkret das Opt-in-Verfahren für die Anlage einer ePA und ein »Sonderweg Psychotherapie«.

So weit, so gut und unterstützenswert. Allerdings greifen auch diese Kritik und die – im Vergleich zu denen anderer Organisationen – weitreichenden Forderungen zu kurz. Weder eine Anonymisierung noch die Opt-in-Variante bieten den gewünschten Schutz. Sie erhöhen lediglich die Schwelle eines Zugriff gegen die ausdrückliche Erlaubnis von Patientinnen und Patienten. Und das liegt an der technischen Konstruktion von Telematik-Infrastruktur (TI) und ePA. Ganz generell: Die TI bildet ein übergeordnetes IT-System, mit dem die dezentrale Datenerfassung und -verarbeitung aus den Praxen in eine staatliche Cloud verlagert wird.

Die ePA selbst besteht aus mehreren Teilen: einem Dokumenten-Management-System (DMS), das die Datenablage in der Cloud organisiert, einer speziellen Datenbank sowie Speicherplatz für Dokumente aller Art. Das dafür nötige Inhaltsverzeichnis basiert auf Metadaten, also Daten über die Schritte und Prozesse der Datenerfassung und -bearbeitung. Zudem wird für den Zugriff der Versicherten auf das DMS ein Programm (App) von den Krankenkassen bereitgestellt.

Schon der Name »elektronische Patientenakte« ist irreführend, stellt man sich darunter doch die digitale Version einer materiellen Akte vor. Auch befördert der Begriff die Vorstellung der konventionellen Organisation von Akten in einer Anzahl von Ordnern, in denen nach festgelegter Systematik Dokumente abgelegt und gespeichert werden können. Die ePA ist jedoch nur einer von diversen denkbaren selektiven »Einblicken« in die Sammlung von sehr vielen Daten und Dokumenten, die in großen und komplexen DMS flexibel erzeugt werden können.

Für die Vielfalt von Gesundheitsdaten – von Rezept über Röntgenbild und schriftlichen Bericht bis zum Laborbefund – wäre jede zu Beginn erdachte Systematik bald nicht mehr ausreichend, insbesondere weil heute niemand vorhersagen kann, welche Art von Daten zu-

künftig entstehen könnten und gespeichert werden müssen. Das Speicherungssystem muss also so flexibel sein, dass es alle heutigen Datenvariationen und alle zukünftigen Entwicklungen und Veränderungen aufnehmen kann. Das wird u. a. durch die sogenannte »semantische Interoperabilität« und die Verwendung von »objektorientierten Datenbanken« erreicht. Salopp gesagt: Es soll alles mit allem verknüpft werden können, unabhängig davon, in welcher Form ein Dokument besteht, von wem und an welchem Ort es erstellt wurde, von wem es verwendet werden soll oder welche neuen Anwendungen hinzukommen. Und dabei soll all dies jederzeit wiederauffindbar sein und neuen Teilnehmenden des Systems zugewiesen werden können.

Zu »Objekten« werden nicht nur Daten und Dokumente, sondern auch die einzelnen Patientinnen und Patienten. Ihnen werden identifizierende Nummernfolgen und Kennziffern zugewiesen: die Versicherten-ID und die sogenannte »Objektidentifikatoren« (OID). Sie ermöglichen die Zuordnung aller die jeweilige Person betreffenden Informationen. Man kann das mit der Steuer-Identifikationsnummer vergleichen, nur ist es ein viel komplexerer Vorgang. Mit der Vergabe der identifizierenden Nummernfolgen wird ein Grundgerüst für die Erfassung aller Daten angelegt. In diesem ist zugleich die Möglichkeit eingerichtet, die Vorgänge der Datenbearbeitung selbst zu dokumentieren: wer hat wann was eingegeben, gelöscht, verändert, weitergeleitet und vieles mehr.

Dieses Grundgerüst entsteht ab dem Moment, da jemand bei einer gesetzlichen Krankenkasse registriert ist, im Prinzip also von Geburt an und ein Leben lang. Neugeborene haben somit gar keine Möglichkeit, einer Anlage ihrer Daten in einer zentralen Datenbank zu widersprechen. Völlig ungeklärt ist auch, was es bedeuten würde, dass jemand einen Datensatz aus der ePA löschen möchte. Was kann der Löschvorgang tatsächlich erfassen, zumal umfangreiche zusätzliche Informationen in Form von Inhaltsverzeichnissen und Metadaten entstanden sind? Was also wird wirklich gelöscht?

Diese und viele andere Fragen, die die Datensicherheit betreffen, kann selbst die »Gematik«, die den Auftrag zum Aufbau des Systems erhalten hat, heute noch nicht beantworten. Die zentrale Speicherung unserer Daten erfolgt derzeit gewissermaßen aufs Geratewohl. Man müsste den gleichen, wenn nicht noch größeren personellen und finanziellen Aufwand in die Entwicklung von Sicherheitsarchitekturen investieren, wollte man sich diesen Fragen zuwenden. Nur investiert derzeit niemand auch nur Bruchteile der nötigen Summe in ein solches Projekt. Wer soll da den Beteuerungen glauben, die Daten seien sicher?



Wer also nicht möchte, dass eigene Daten in die ePA fließen, sollte die Opt-in-Variante der Opt-out-Variante unbedingt bevorzugen, wobei bewusst bleiben sollte, dass man auch damit nur einen (geringen) Anteil des Datenvolumens aus seiner Akte fernhalten kann.

Die eingeräumte Möglichkeit, dass Versicherte über die App ihre ePA administrieren und Dokumente löschen können, ist eine Teilfunktion von geringer Bedeutung, denn damit wird die eigentliche Erhebung von Daten – in Form von nachträglich anonymisierten oder pseudonymisierten Daten sowie riesigen Mengen an Metadaten, Inhaltsverzeichnissen und Querverweisen oder von Daten, die zu Forschungszwecken erhoben werden – nicht beeinflusst. Die offene Gestaltung des Systems macht all dies höchst undurchsichtig und unsicher. Nicht zuletzt deshalb wurde die weitere Planung für die ePA von »netzpolitik.org« als Reform zulasten der Versicherten und des Datenschutzes eingestuft.

Dass über diese App sowie über alle anderen Zugriffswege mannigfache Fehler, Missbräuche und Irrtümer das Datenkonvolut verfälschen und den behaupteten Wert der zentralen Speicherung enorm verringern können, sei nur am Rande erwähnt. Das Einzige, was uns wirklich hilft, die Gefahr von Miss- und Fehlgebrauch verringert und den Schutz unserer Daten auf einem kontrollier- und verstehbaren Niveau hält, ist der Verzicht auf die zentrale Datenspeicherung in übergeordneten IT-Systemen.

Ob man damit angesichts des weit fortgeschrittenen Aufbaus des Systems, des ungetrübten politischen Willens, der offensichtlichen Naivität und Unkenntnis der in der Sache entscheidenden Volksvertreterinnen und -vertreter und ihres Zukunftsglaubens, angesichts des internationalen Sogs und der starken Lobby der IT-Branche und deren Gewinnerwartungen noch eine Chance hat? Immerhin gab es 2.100 Änderungsanträge im Europäischen Parlament zum geplanten Gesetz zu einem Europäischen Gesundheitsdatenraum (EDHS). Allen Kritikerinnen und Kritikern einer zentralen Datenspeicherung sei empfohlen, von vorneherein gegen die Anlage einer ePA bei der Krankenkasse Widerspruch einzulegen (Musterschreiben kann bei mir angefordert werden).

Schlussbemerkung: Ich bin Rolf Lenkewitz (IT-Experte, Systemadministrator) sehr zu Dank verpflichtet für die fachliche Hilfe bei der Erstellung dieses Textes. Ohne diese hätte ich manchen Fehler eingebaut – obwohl ich mich schon länger mit der Thematik befasste. Manche Darstellung könnte zu wenig präzise sein, aber dass selbst für Expertinnen und Experten viele Details (noch) nicht durchschaubar sind und die Thematik für Laien erst recht nicht, wirft ein zusätzliches Licht darauf, welcher trüben Zukunft wir uns ohne Gegenwehr zu überlassen Gefahr laufen.

Roland Raible



Gemeinsam stark für humanistische Verfahren

Kommentar zum Beitrag »Mut zu mehr Rückgrat? Humanistische Psychotherapie heute« in »report psychologie« 6/23

In seinem Artikel »Mut zu mehr Rückgrat?« gibt Roland Raible umfangreiche Einblicke in den »Leidensweg« der Humanistischen Psychotherapie (HPTh) in der GKV-Versorgung. Dafür möchte ich ihm danken, denn eine Hürde im berufspolitischen wie auch praktischen Umgang mit dem Thema ist sicher dessen hohe Komplexität, die im Artikel greifbar gemacht wird.

Froh bin ich als aktives Mitglied, dass nicht nur die Sektion VPP, sondern der BDP als Ganzes sich stets für Verfahrensvielfalt eingesetzt hat. Die Breite der Psychotherapie über alle Grundorientierungen inklusive HPTh wurde zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt und stets gefordert, z.B. im Rahmen der Psychotherapie-Ausbildungsreform. Die Herausforderung der HPTh im Allgemeinen macht allerdings auch vor dem BDP nicht halt: Weil es offiziell kein wissenschaftlich anerkanntes Verfahren ist, können keine Approbationen erworben werden, und der Nachwuchs ist rar.

Dass, wie Raible feststellt, im Vorstand des VPP überwiegend Verhaltenstherapeutinnen und -therapeuten

aktiv sind, liegt nicht daran, dass Menschen anderer Therapieschulen systematisch ausgegrenzt werden, wie es mitunter bei der Besetzung von Hochschulprofessuren anmutet – ganz im Gegenteil! Es fand allgemein Anklang, dass bei den letzten Vorstandswahlen eine Tiefenpsychologin und eine Systemikerin kandidierten (und gewählt wurden).

Was kann unser Verband – der im Artikel wegen zu geringen Engagements kritisiert wurde – nun also tun? Alleine nicht viel, denn es gibt in der Psychotherapielandschaft fast 40 verschiedene Verbände. Was der VPP in den vergangenen Jahren aktiv getan hat, ist, den Kontakt mit ebendiesen Verbänden zu suchen und auf Basis des »Gesprächskreis II« (Zusammenschluss der Psychotherapieverbände in Deutschland) gemeinsame Positionen zu erarbeiten und Stellung zu beziehen. Dies ist zuletzt im Frühjahr dieses Jahres mit einer gemeinsamen Resolution gelungen; hier war es der BDP, der sich für die Veröffentlichung starkgemacht hat. Zudem wurde für Kooperationsangebote wiederholt Kontakt zu

den beiden geschäftspsychotherapeutischen Verbänden Gesellschaft für Personenzentrierte Psychotherapie und Beratung e. V. (GwG) und Deutsche Psychologische Gesellschaft für Gesprächspsychotherapie (DPGG) aufgenommen. Allerdings gibt es dort ähnliche Herausforderungen wie im BDP: begrenzte Ressourcen insbesondere personeller Natur.

Ein Verband ist so stark wie seine Mitglieder! Mehrheiten werden häufig auch mehrheitlich repräsentiert – das liegt in der Natur der Sache –, Minderheiten im VPP/BDP jedoch explizit gefördert. Es ist allerdings eine große Herausforderung, Berufspolitik für andere zu betreiben. Darum möchte ich an dieser Stelle dazu aufrufen,

dass diejenigen, die für die HPTH stehen, ihre Kräfte unter dem Dach des VPP/BDP bündeln und gemeinsam aktiv für die Verfahrensvielfalt eintreten. Dafür muss man nicht für den Vorstand kandidieren; die Reaktivierung der Arbeitsgruppe »Verfahrensvielfalt« mit dem Ziel, das berufspolitische Vorgehen voranzutreiben und zu koordinieren, wäre ein Anfang! Unterstützung gäbe es dafür sowohl von der Sektion VPP als auch von der Arbeitsgruppe »Berufspolitik«, die, neu berufen, die Aufgabe hat, berufspolitische Anliegen strategisch und strukturell zu unterstützen.

Dr. Johanna Thünker

ANGESTELLTE UND BEAMTETE PSYCHOLOGEN/INNEN

Erinnerung: Fortbildung und MV

Die Sektion »Angestellte und Beamtete Psychologen/innen« erinnert an ihren Workshop mit dem Wirtschaftspsychologen Nicolas Müller am 21. Oktober 2023 von 13 bis 15 Uhr. Für die Mitglieder der Sektion findet im Anschluss daran die Mitgliederversammlung (MV) statt. Die Veranstaltung wird sowohl in Präsenz in Leipzig als auch online durchgeführt. Veranstaltungsort und Einwahldaten werden noch bekannt gegeben.

»Grenzen zwischen Beruf und Familie in einer grenzenlosen Arbeitswelt«

Veränderungen in der aktuellen Arbeitswelt – insbesondere die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit – beeinflussen die facettenreichen Beziehungen zwischen Berufs- und Privatleben. Eine der vielfältigen Konsequenzen dieser Veränderungen ist die sogenannte »Entgrenzung« der Arbeit: Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben werden durchlässiger, und die noch vor wenigen Jahren separaten Lebensbereiche vermischen sich zunehmend. Die Forschung zum sogenannten »Boundary Management« widmet sich der Frage, wie Berufstätige die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben koordinieren, um eine gute Balance zwischen diesen Lebensbereichen herzustellen.

Nicolas Müller ist auf diesem Gebiet ein wissenschaftlich ausgewiesener Kollege und für seine Arbeit u. a. von der Studienstiftung des BDP gefördert und ausgezeichnet worden. Er beschäftigt sich mit der Boundary-Management-Forschung auch im Rahmen seiner Promotion. Für die Sektion »Angestellte und Beamtete Psychologen/innen« beleuchtet er im Workshop die »Grenzen zwischen Beruf und Familie in einer grenzenlosen Arbeitswelt« und stellt ausgewählte Erkenntnisse aus der Boundary-Management-Forschung vor. Zudem erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihr persönliches Boundary-Management-Profil zu analysieren, und es werden konkrete Handlungsempfehlungen für Organisationen und Berufstätige diskutiert.

Mitgliederversammlung mit Wahlen

Im Anschluss an den Workshop findet ab 15.15 Uhr die diesjährige MV der Sektion statt, in deren Rahmen u. a. der zuvor verschickte Vorstandsbericht diskutiert und die Wahl einer weiteren Person für den Sektionsvorstand (Amtszeit: 21. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2024) durchgeführt werden soll.

Wir freuen uns über eine rege Teilnahme!

Der Sektionsvorstand

Walter Roscher, Ingo Köhler, Christian Demmler

FREIBERUFLICHE PSYCHOLOGINNEN UND PSYCHOLOGEN

Erinnerung: Juristische Hinweise zu Website, Datenschutz und Co.

Auf Wunsch vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus vergangenen Veranstaltungen zu »Online-Beratung« und »Marketing« veranstaltet die Sektion »Freiberufliche Psychologinnen und Psychologen« am 21. September 2023 von 18 bis 20 Uhr einen Vortrag mit anschließender Diskussion zu rechtlichen Aspekten im Kontext Website, E-Mail, Online-Beratung und Datenschutz. Referent ist der Rechtsanwalt Oliver Gönner von der Firma »Sicoda« in Bonn.

Die Veranstaltung wird online über die Software »edudip« durchgeführt. Eine Anmeldung ist unter dem folgenden Link möglich: <https://join.next.edudip.com/de/webinar/rechtliches-rund-um-website-mail-datenschutz-online-beratung/1914767>

Der Sektionsvorstand

KLINISCHE PSYCHOLOGIE

Erinnerung: MV 2023 und Wahlen am 16. September 2023

Der Vorstand der Sektion »Klinische Psychologie« erinnert an seine Mitgliederversammlung (MV) am Samstag, den 16. September 2023, von 10 bis etwa 17.30 Uhr. Die Veranstaltung wird online mit der Soft-

ware »edudip« durchgeführt. Ab 9.30 Uhr gibt es bei Bedarf optional eine technische Einweisung.

Im Rahmen der MV finden u. a. Wahlen zum Vorstand in zwei Wahlgängen (laufendes Jahr sowie Zeitraum 2024 bis 2026) sowie Nachwahlen von Delegierten und Ersatzdelegierten (Amtsperiode von 2023 bis 2025) statt. Für die Berichte der Fachgruppen der Sektion wurde ein Zeitfenster von zweieinhalb Stunden eingeplant, damit ausreichend Zeit für Fragen und für den Austausch zur Verfügung steht.

Anmeldung

Um Anmeldung für die Veranstaltung über die Homepage der Sektion wird gebeten: www.bdp-klinische-psychologie.de

Der Sektionsvorstand freut sich, Sie als Teilnehmende online begrüßen zu können!

Inge Neiser, Ralph Schliewenz, Katja Zetzsche

Fachgruppe Psychologie in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung

76. Fachgruppentagung

Die Fachgruppe »Psychologie in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung« wird am 20. und 21. Oktober 2023 in Ebsdorfergrund-Frauenberg ihre 76. Fachtagung anbieten. Auch diese Veranstaltung wird wieder hybrid durchgeführt.

Schwerpunkt Neuropsychologie

Der Themenschwerpunkt am Freitag, den 20. Oktober 2023, ist der Neuropsychologie gewidmet. Referentin Heike Tetzlaff, Diplom-Psychologin und Klinische Neuropsychologin GNP, tätig im Fachdienst der Rotenburger Werke (Rotenburg/Wümme), wird in ihrem Vortrag »Was die Neuropsychologie in der Arbeit mit Menschen mit einer Intelligenzminderung beitragen kann« eine Einführung in die Funktionen des Gehirns und deren Störungen geben.

Für in der Beratung tätige Psychologinnen und Psychologen kann es

hilfreich sein, die Auswirkungen von Funktionsbeeinträchtigungen für Mitarbeitende »übersetzen« und methodische Anregungen geben zu können. Ziel ist es, in der Betreuung von Menschen mit Intelligenzminderung einen Nutzen aus neuropsychologischem Wissen zu ziehen.

Information und Austausch

Am Samstag, den 21. Oktober 2023, werden Berichte von Tagungen, Fortbildungen oder Arbeitsgruppen, gegebenenfalls Fallbesprechungen sowie Information und Austausch über die aktuelle fachliche und verbandliche Situation im Mittelpunkt stehen. Wir freuen uns auf rege Teilnahme, vor allem in Präsenz, aber auch über den Bildschirm!

Regina Jauch
Fachgruppenleitung

Fachgruppe Notfallpsychologie

Erinnerung: 7. Fachtag Notfallpsychologie

Der 7. Fachtag Notfallpsychologie der Fachgruppe »Notfallpsychologie« findet am 15. und 16. September 2023 in der Medical School Hamburg und online statt (hybrid).

Thema der Veranstaltung ist die »Notfallpsychologie in Krisenzeiten – Projekte, Erfahrungen, Zusammenarbeit«.

Fachgruppenleitung

Fachgruppe Teilleistungsstörungen und Lerntherapie

Erinnerung: Treffen der Fachgruppe

Am Montag, den 9. Oktober 2023, trifft sich von 19.30 bis 21 Uhr die Fachgruppe »Teilleistungsstörungen und Lerntherapie« (Thema noch offen).

Direkter Zugang zur Plattform »BigBlueButton« besteht über den folgenden Link: <https://meet.bdp-verband.de/rooms/ing-igr-sgs-jty>.

Fachgruppenleitung

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen sind auf den Fachgruppenseiten der Sektion »Klinische Psychologie« zu finden: www.bdp-klinische-psychologie.de

7. Fachtagung Notfallpsychologie
*Psychologie bei Notfällen und in Krisen-Zeiten:
Projekte, Erfahrungen, Zusammenarbeit*

15. / 16. September 2023
Medical School Hamburg | hybrid

Info & Anmeldung
QR Code
kurzelinks.de/4qpi

Fachgruppe Notfallpsychologie
der Sektion Klinische Psychologie im BDP e.V.

Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Photo: Marcus Woodbridge / Nood/WikizKA-Unsplash

VERBAND PSYCHOLOGISCHER PSYCHOTHERAPEUTINEN UND PSYCHOTHERAPEUTEN

**»Refresher Psychotherapie«:
Pornografie-Sucht**

Am Mittwoch, den 20. September 2023, wird das erfolgreiche Veranstaltungsformat »Refresher Psychotherapie« exklusiv für VPP-Mitglieder fortgesetzt. Von 19 bis 20.30 Uhr geht es in der online durchgeführten Veranstaltung um »Pornografie-Sucht« und den aktuellen wissenschaftlichen Stand zu Diagnostik und Behandlung.

Die Pornografie-Nutzungsstörung lässt sich nach zukünftiger ICD-11 unter »Störungen mit zwanghaftem Sexualverhalten« diagnostizieren. Trotz Überschneidungen mit Verhaltenssuchten wurde die Störung unter den Impulskontrollstörungen eingeordnet. Im Vortrag von Prof. Dr. Rudolf Stark wird zunächst das Krankheitsbild vorgestellt, und es werden wissenschaftliche Erkenntnisse zur Ätiologie diskutiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Diagnostik der Pornografie-Nutzungsstörung. Zur Behandlung wird der aktuelle Wissensstand anhand einer kürzlich erschienenen Metaanalyse präsentiert und ein Behandlungsprogramm näher erläutert, das zurzeit auf seine Wirksamkeit hin überprüft wird.

Informationen und Anmeldung

Die Teilnahme am »Refresher Psychotherapie« ist exklusiv für Mitglieder der Sektion VPP. Es werden zwei Fortbildungspunkte vergeben. Eine Anmeldung ist jeweils bis zwölf Uhr am Veranstaltungstag möglich. Das Webinar wird aufgezeichnet und als Video den VPP-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Jedes BDP-Mitglied kann dem VPP beitreten.

Der Sektionsvorstand

Erinnerung: MV 2023 mit Fortbildung

Der Vorstand der Sektion VPP erinnert an die Mitgliederversammlung (MV) und Fortbildung am Samstag, den 23. September 2023, von 10.30

bis 16.45 Uhr. Alle Mitglieder sowie interessierte Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen, online oder in Präsenz in Würzburg teilzunehmen (hybride Veranstaltung). Eine technische Einführung wird vor der Veranstaltung von 10 bis 10.30 Uhr angeboten. Weitere Informationen finden sich auf der Homepage des VPP.

Mitgliederversammlung

Der Tag startet ab 10.30 Uhr mit der MV der Sektion (bis etwa 13.30 Uhr), in der u. a. eine Nachwahl für den Sektionsvorstand stattfindet. Die Abstimmungen erfolgen ausschließlich online über ein separates Tool. Nach Prüfung des Stimmrechts erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Woche vor der Versammlung die Zugangsdaten. Wer die Benachrichtigung bis dahin nicht erhalten hat, wird gebeten, sich in der Sektionsgeschäftsstelle zu melden.

Thema »Humor in der Psychotherapie«

Nach der Mittagspause mit virtuellem Stammtisch findet von 14.45 bis 16.45 Uhr eine Fortbildung statt, für die anlässlich des 30. Jubiläums der Sektion VPP im Jahr 2023 ein besonderes Thema auserkoren wurde: »Humor in der Psychotherapie«, und zwar mit einem theoretischen und einem praktischen (humorvollen) Teil. Lassen Sie sich überraschen!

Die Fortbildung ist für alle Kolleginnen und Kollegen sowie für Studierende der Psychologie offen und kostenlos. Der Antrag auf Akkreditierung der Veranstaltung wurde bei der Landespsychotherapeutenkammer eingereicht. Die Fortbildungspunkte-Zertifikate werden im Anschluss an die Veranstaltung per E-Mail versandt.

Die Anmeldung für die digitale Teilnahme an der Veranstaltung ist bis zum 22. September 2023 um 12 Uhr möglich: <https://next.edudip.com/de/webinar/mitgliederversammlung-vpp-2023/1890523>

Regionaltreffen am Freitag

Am Vortag der Fortbildung und der MV, am Freitag, den 22. September

2023, findet (ebenfalls hybrid) von 15.30 bis 18 Uhr ein Treffen der Regionalvertretungen statt.

Der Sektionsvorstand freut sich, Sie als Teilnehmende an unseren Veranstaltungen begrüßen zu können!

*Für den Vorstand der Sektion
Susanne Berwanger, Gunter Nittel,
Hans-Jürgen Papenfuß*

BADEN - WÜRTTEMBERG

Verantwortung als gelebte

Freiheit: Bericht zum Landestag

»Verantwortung als gelebte Freiheit«: Dieser Titel macht zunächst einmal stutzig. Freiheit als Verantwortung? Das eine scheint Räume zu öffnen, das andere solche einzuschränken. Über den Zusammenhang diskutierten die Teilnehmenden des Landestags der Psychologie Baden-Württemberg am 8. Juli 2023.

Menschengerechte gesellschaftliche Entwicklung

Den Auftakt des Landestags gestalteten vier Mitglieder aus dem erweiterten Vorstand der Landesgruppe Baden-Württemberg. In einem gemeinsamen Gespräch unter Beteiligung des Auditoriums erläuterten sie, wie es zur Wahl dieses Themas kam. Grundlage waren Gespräche über die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die einstige Haltung zur Kriegsdienstverweigerung, aus denen sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung als sich bedingende Voraussetzungen für eine menschengerechte gesellschaftliche Entwicklung ergab. Nach dieser Einführung war der Boden bereitet für je zwei parallele Workshops am Vor- und Nachmittag.

Wissen über die NS-Zeit

Prof. Dr. Jonas Rees (»Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung« der Universität Bielefeld sowie »Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt«) berichtete von Forschungsergebnissen zum Wissen (und zur Wissensbereitschaft) junger Menschen über die NS-Zeit. Es wurde deutlich, dass sich diese Gruppe zwar für das Thema interessiert, dies allerdings

bei gleichwohl geringem Kenntnisstand und geringer Präsenz des Themas im Schulunterricht. Vorhandene Wissenslücken würden daher mit anderen Inhalten aufgefüllt, was mögliche »Einfallstore« für Fehlinformationen schaffe. Mit dem Verlust von Fakten aus der eigenen (Familien-)Geschichte fehle, so Rees, der persönliche Bezug zum Thema. Ohne kollektiv gespeicherte historische Fakten und eine etablierte Erinnerungs- und Gedenkkultur gehe Geschichtswissen innerhalb von drei Generationen verloren.

Altersunabhängig sähen heute Lebende sich bzw. ihre Angehörigen bevorzugt als Opfer und viel weniger als Täterinnen/Täter oder Helferinnen/Helfer von Opfern. Wären sie heute mit solcher Unterdrückung und Verfolgung konfrontiert, würden sich die allermeisten in der Rolle der Helferin bzw. des Helfers sehen.

Zivilcourage lernen

Erschüttert durch Anschläge auf Asylbewerberinnen und -bewerber entwickelte Prof. Dr. Margarete Boos (»Georg-Elias-Müller-Institut für Psychologie« der Universität Göttingen) das »Göttinger Zivilcourage-Impuls-Training« (GZIT). Diesem liegt implizit die Überzeugung zugrunde, dass Zivilcourage erlernbar ist.

Zwar, so Boos, spielten auch Persönlichkeitsmerkmale eine Rolle bei der »Entscheidung«, sich öffentlich zugunsten Dritter einzusetzen, das Programm des GZIT vermittele jedoch hilfreiche und erlernbare Handlungsprinzipien, wie z. B. den Fokus auf Opfer statt auf Täterinnen und Täter oder risikovermindernde Verhaltensweisen zu legen. Es betone den Wert des Opferbezugs, des geplanten Vorgehens, des Schutzes vor Selbstüberschätzung oder von Aktionen, die die Täterin bzw. den Täter verblüffen und irritieren können. Grenzen liegen in der Übertragbarkeit auf andere kulturelle Zusammenhänge.

Das Training werde mit Studierenden durchgeführt, mit Kommunen, an Gedenkstätten und in unterschiedlichen Institutionen. Mittler-

weile seien viele Hundert Trainerinnen und Trainer ausgebildet worden. Eine Variante für Kinder werde derzeit erarbeitet.

Einflussmöglichkeiten von Psychologinnen und Psychologen

Über den Möglichkeitsraum und die Grenzen einer Verantwortungsübernahme in der freien Berufsausübung als Psychologin bzw. Psychologe berichtete Carola Brücher-Albers (Vorsitzende der Präsidiumskommission »Berufsethik« des BDP) vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen, aber auch der Mitarbeit in der Europäische Föderation der Psychologinnenverbände EFPA sowie in der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen. Im Gespräch mit dem Kollegen Hubert R. Schübel (Inhaber der Consultoria Wissenschafts- und Unternehmensberatung) wurde eine Polarität erörtert: die angestrebte individuelle Wirkung auf Klientinnen und Klienten samt eventuellen Nebenwirkungen auf deren Umfeld und im Kontrast dazu die Notwendigkeit der Einwirkung auf gesellschaftspolitische Ebene zur Vermeidung der »Individualisierungsfalle«. Letzteres mündet in die Frage nach Einflussmöglichkeiten von Psychologinnen und Psychologen auf allgemeine Lebensbedingungen als Voraussetzungen für ein lebenswertes, erfüllendes und gesundes Dasein.

Ehrenamtliches Engagement

Als praktisch tätiger Psychologe in der Ehrenamtsberatung überraschte Thomas Giesinger (Kordinator für Ehrenamtsförderung beim Bund für Umwelt und Naturschutz [BUND] e.V., Landesverband Baden-Württemberg) mit guten Nachrichten. Entgegen der verbreiteten Annahme, das Engagement in ehrenamtlichen Tätigkeiten sei rückläufig, steige die Zahl der »Ehrenamtlerinnen« und »Ehrenamtler« seit Beginn der 1990er-Jahre beständig an. Aktuell seien laut einem Survey des Bundesfamilienministeriums 40 % der deutschen Bevölkerung aktiv im Ehrenamt tätig. Die sei unabhängig vom Geschlecht oder von der Region (Ost- oder Westdeutschland), das

Engagement steige jedoch mit dem Bildungsgrad an.

Als freie Entscheidung zur Verantwortungsübernahme biete ein Ehrenamt – gewissermaßen als »paradoxe Pflicht« – Freiheitsgrade, z. B. im Sinne eines: »Jetzt kann ich endlich tun, was ich wirklich möchte oder für wichtig halte.« Zudem trage ehrenamtliches Engagement zur Sicherung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bei, z. B. im Rahmen einer Tätigkeit als Schöffin bzw. Schöffe. Angesichts dieser Tatsachen sei es, so Giesinger, nur folgerichtig und wichtig, dem Thema »Ehrenamt« in der psychologischen Wissenschaft und Praxis mehr Raum und Beachtung zu schenken als bisher.

Gesellschaftspolitische Positionierung des BDP

Zum Abschluss des Landestags der Psychologie trafen sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nochmals gemeinsam. Der Tag wurde insgesamt als eine erfolgreiche und bereichernde Veranstaltung erlebt, insbesondere auch weil ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema vom BDP aufgegriffen wurde. Rückmeldungen wiesen über das Tagesthema hinaus auf den Aspekt der gesellschaftspolitischen Positionierung unseres Berufsverbands. Hier stehen neue Impulse an.

Roland Raible

Mitglied im erweiterten Landesgruppenvorstand

Andreas Hegenbart

Beisitzer im Landesgruppenvorstand

BAYERN

Veranstaltungen im Sommer und Herbst

Der Vorstand der Landesgruppe Bayern erinnert an die geplanten Veranstaltungen und lädt alle Mitglieder herzlich ein!

Bayern-Lounge und VPP-Regionalversammlung

Am Dienstag, den 19. September 2023, lädt die Landesgruppe ab 19 Uhr wieder zu ihrem Online-Stammtisch »Bayern-Lounge« ein. Am Samstag, den 14. Oktober 2023, trifft sich die Regionalversammlung des VPP.

»Psycholog*innen in der Behinderten- und Jugendhilfe«

Am 8. und 9. November 2023 findet im Kloster St. Josef in Neumarkt in der Oberpfalz die Tagung der bayrischen BDP-Fachgruppe »Psycholog*innen in der Behinderten- und Jugendhilfe« statt. Thema der Veranstaltung ist die »Resilienz in Krisenzeiten – Methoden der Stress- und Emotionsregulation und Selbstfürsorge«. Interessentinnen und Interessenten können sich unter der folgenden E-Mail-Adresse anmelden: lerzer.florian@rummelsberger.net

DK-Vorbesprechung

Die Delegiertenkonferenz (DK) als das zentrale legislative Organ des BDP tagt wieder am 25. und 26. November 2023. Im Vorfeld dieser wichtigen Veranstaltung bietet die Landesgruppe Bayern am Donnerstag, den 16. November 2023, ab 19 Uhr online eine Vorbesprechung zur DK an, in der zentrale Anträge vorgestellt werden und Fragen geklärt werden können.

Detaillierte Beschreibungen sowie die Links zu den Online-Veranstaltungen werden rechtzeitig auf der Homepage der Landesgruppe oder per Informations-E-Mail bekannt gegeben.

*Winfried Pollmann
Landesgruppenvorsitzender*

Tag der Psychologie: Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung

Am Samstag, den 8. Juli 2023, begrüßte der Landesvorsitzende Winfried Pollmann die Teilnehmerinnen und -teilnehmer sowie die vier Referentinnen und Referenten im Internationalen Begegnungszentrum in München zum traditionellen Tag der Psychologie der BDP-Landesgruppe Bayern. Einführend zum Tagungsthema »Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung« wurde auf die psychologische Forschung der zurückliegenden fünf Jahrzehnte verwiesen, die die entsprechenden Erkenntnisse und Interventionen in der Praxis der Psychotherapie und Beratung in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs geprägt haben.

Kriegskinder

Im ersten Vortrag fokussierte Prof. Dr. Reinhard Lindner, Professor für Theorie, Empirie und Methoden der Sozialen Therapie an der Universität Kassel, auf die biopsychosozialen Folgen, bei den nun bereits alt gewordenen »Kriegskindern« des Zweiten Weltkriegs und auf Gegenübertragungsaspekte in der Behandlung und Beratung von Kriegsopfern und Geflüchteten in aktuellen Settings.

Auf breite Zustimmung des Publikums stieß die Forderung des Referenten, politische Folgerungen aus empirischen und klinischen Erkenntnissen zu Kriegsfolgen abzuleiten. So müsse dem öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs über die Unterstützung der Ukraine und die Sanktionierung der russischen Kriegsverbrechen das Wissen über die lang anhaltenden direkten und transgenerationalen biopsychosozialen Folgen des Krieges zur Seite gestellt werden.

Daraus wiederum lasse sich die Notwendigkeit einer effektiven Hilfe für die Betroffenen und einer schnellstmöglichen massiven finanziellen und gesellschaftlichen Unterstützung von psychologischer, psychosozialer und medizinischer Behandlung kriegstraumatisierter Menschen folgerichtig ableiten.

Narrative Expositionstherapie

Dr. Maggie Schauer stellte anschließend in ihrem Beitrag die Kernelemente der »Narrativen Expositionstherapie« (NET), insbesondere in der

Behandlung von Traumafolgen, vor. Die NET für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist ein effizientes Kernelement der psychotherapeutischen Behandlung von Personen, die unter den Folgen von Mehrfach- und Komplextraumatisierungen leiden. Schauer ging in ihrem Vortrag auf die theoretische Herleitung und die Beschreibung der psychotherapeutischen Intervention ein. Zudem erklärte sie schrittweise die praktische Durchführung anhand von Beispielen.

Weitergabe von Traumatisierungen

Nach der Mittagspause, die bei einem reichhaltigen Büfett viele Möglichkeiten zum kollegialen Austausch bot, berichtete Dr. Korinna Fritzemeyer auf Grundlage von zwei Fallbeispielen aus ihren Untersuchungen in Kurdistan-Irak sowie aus einem Projekt für geflüchtete Familien mit Kleinkindern, wie sich Verfolgungserfahrungen und damit einhergehende Traumatisierungen auf die nächste Generation auswirken können.

Krankheitsrisiko reduzieren

Im Abschlussvortrag führte Prof. Dr. Inga Schalinski von der Hochschule der Bundeswehr die theoretischen und methodischen Grundlagen für den Zusammenhang zwischen belastenden Erfahrungen und dem Krankheitsrisiko aus. Dazu stellte sie korrelative Studienergebnisse vor, insbesondere ein »dosisabhängiges« Modell zu Traumafolgestörungen. Abschließend diskutierte sie die diagnostische Relevanz belastender Kindheitserfahrungen und skizzierte



Dr. Korinna Fritzemeyer, Prof. Dr. Inga Schalinski, Winfried Pollmann und Dr. Maggie Schauer (v. l. n. r.) beim Tag der Psychologie der Landesgruppe Bayern

mögliche psychotherapeutische Ansätze, die das Krankheitsrisiko reduzieren könnten.

Weiterführende Diskussionen und Literatur

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer führten im Anschluss an die jeweiligen Referate vielfach rege Diskussionen mit den Vortragenden. Die Pausen im einladenden Ambiente des sommerlichen München wurden ebenfalls als Gelegenheiten zum kollegialen Austausch genutzt. Ausgehend von den diskutierten Themen wurde allen Teilnehmenden eine Liste mit Literaturempfehlungen angeboten, die auch für weitere Interessierte bei der Geschäftsstelle der BDP-Landesgruppe Bayern per E-Mail (geschaeftsstelle@bdp-bayern.de) angefordert werden kann.

Winfried Pollmann
Landesgruppenvorsitzender

HESSEN

Erinnerung: MV im November

Die Mitgliederversammlung der Landesgruppe Hessen findet am 11. November 2023 von 12 bis 14 Uhr als Online-Veranstaltung statt.

Dr. Bettina Gorißen

Auf den Spuren eines menschlichen Bedürfnisses

Die Landesgruppe Hessen feierte am 24. Juni 2023 im Museum für Sepulkralkultur in Kassel ihr Sommerfest.

Sepulkralkultur?

Was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Das einzigartige Kasseler Museum widmet sich den Themen »Sterben«, »Tod«, »Bestattung« und »Trauer«.

Seit dem 21. Jahrhundert befindet sich die Bestattungskultur in Deutschland in einem grundlegenden Umbruch. Auch der Umgang mit Sterben und Tod unterliegt diesem allgemeinen gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozess. Solche aktuellen Entwicklungen sowie zeitgenössische künstlerische Positionen, die das facettenreiche Verhältnis des Menschen zu Sterben und Tod thematisieren, sind in

einzelne Themenfelder integriert. Auch werden Bestattungsbräuche verschiedener Religionen und Kulturen – in Deutschland und weltweit – präsentiert.

Sie alle dokumentieren menschliche Strategien im Umgang mit der Endlichkeit des Lebens. Wie wir mit dem Tod umgehen, sagt uns, wer wir sind, woher wir kommen, was wir denken und was wir glauben. Das Bewusstsein für die Sterblichkeit intensiviert das Leben, und das Wissen um die Traditionen des Todes verstärkt das gegenseitige Verständnis.

Trost und der Umgang mit Verlusterlebnissen

»Wer von uns weiß nicht von Momenten im Leben zu berichten, in

denen wir getröstet werden wollen?« Mit diesem Zitat von Jean-Pierre Wils begann unsere Führung durch die Sonderausstellung »Trost«. Die Ausstellung betrachtet das Phänomen aus verschiedenen kulturellen, religiösen und künstlerischen Perspektiven heraus und reflektiert, wie wir Verlusterlebnissen und den damit verbundenen Schmerzen begegnen können.

Traditionell gelten Religionen als Fundus des Trostes. Religiöse Rituale und Konzepte geben sowohl Sterbenden als auch Hinterbliebenen Hoffnung und Halt. Doch immer suchten und fanden Menschen auch Trost in der Literatur, in der Poesie der Sprache, die eine empathische tröstende Identifikation



Beeindruckende und nachdenkliche Momente bot die Führung durch das Museum für Sepulkralkultur im Rahmen des Sommerfests der Landesgruppe Hessen.



Durch die Corona-Pandemie entstand ein großes Bedürfnis nach Kontakt und Austausch. Das Sommerfest bot Raum dafür.

und Verbundenheit anbieten kann. Gleichmaßen gilt das auch für die Musik, die uns in heilende Resonanzen und andere Dimensionen versetzen kann. Auch die Natur, die Begegnung mit Tieren oder Erinnerungsstücke können Wegbegleiter durch ihre Gegenwart in Zeiten des Schmerzes sein. Ein menschliches Miteinander, Trostgespräche, Nähe und Gemeinschaft tragen vielfach dazu bei, dass das Leid gelindert werden kann.

Über zeitgenössische künstlerische Exponate und kulturhistorische Artefakte ermöglicht die Ausstellung den Besucherinnen und Besuchern ästhetische und sinnliche Erfahrungen sowie intellektuelle Zugänge, um das Thema »Trost« in seiner Komplexität greifbar zu machen.

Netzwerkpflege nach der Pandemie

Nach beeindruckenden und nachdenklichen Momenten im Museum begaben sich die Gäste des Sommerfests in das im benachbarten Museum »Grimmwelt« gelegene Restaurant »Falada« zum gemeinsamen Austausch bei köstlichem Essen.

Vor der Corona-Pandemie waren es vor allem Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in der Nähe des Veranstaltungsortes wohnten, die das Sommerfest der Landesgruppe besuchten. Nach Frankfurt reisten im vergangenen Jahr jedoch auch Mitglieder aus 100 km Entfernung an. Heuer in Kassel waren Teilnehmende sogar aus über 200 km Entfernung angereist, zwei von ihnen buchten sogar eine Übernachtung. Das Bedürfnis nach persönlichen Kontakten und Austausch sowie nach Netzwerkbildung ist größer denn je. Entsprechend gründeten beim Sommerfest einige Mitglieder spontan eine Netzwerkgruppe. Das Fest war somit ein voller Erfolg: außergewöhnliches Rahmenprogramm, reger Austausch bei Leckereien und Netzwerkbildung. So sollte eine Landesgruppe ihre Mitglieder zusammenbringen. Wir freuen uns schon auf unser nächstes Treffen!

Dr. Bettina Gorissen
Landesgruppenvorsitzende

MITTELDEUTSCHLAND

Arbeitsgruppe 60+ Dresden

Am 13. Juni 2023 traf sich in Dresden zum dritten Mal die Arbeitsgruppe 60+. Im Rahmen des Treffens wurde beschlossen, dass man sich in Zukunft mit gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf psychologische Berufe befassen will.

Ein Beispiel dafür ist die künstliche Intelligenz (KI), deren Einsatz auch psychologische Berufsfelder stark verändern wird. Werden demnächst die Personalauswahl, die Begutachtung oder gar die psychologische und psychotherapeutische Behandlung durch KI übernommen? Werden psychologische Arbeitsfelder entfallen und die Aufgaben durch automatisierte Systeme erledigt?

Die Arbeitsgruppe 60+ möchte sich bei Fachleuten informieren und Stellungnahmen für den BDP und die Öffentlichkeit erarbeiten. Gerade Kolleginnen und Kollegen mit langer Berufserfahrung dürften in der Lage sein, Entwicklung für die Psychologie richtig einzuschätzen und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Wer dabei mitmachen möchte, melde sich bitte bei der Geschäftsstelle der Landesgruppe Mitteldeutschland (geschaeftsstelle@bdp-mitteldeutschland.de). Auch Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied des BDP sind, können gerne mitarbeiten.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe wird Ende September in Dresden stattfinden.

Dr. Ulrich Winterfeld

NORDRHEIN- WESTFALEN

Erinnerung: Tag der Psychologie in Dortmund

Am 28. Oktober 2023 findet von 9.30 bis 15.30 Uhr der diesjährige Tag der Psychologie der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Lensing-Carrée in Dortmund (Silberstr. 21, 44137 Dortmund) statt. Die Veranstaltung steht ganz unter dem berufspolitischen Motto »Titel-

schutz für Psycholog*innen sichert Verbraucherschutz«.

Programm

Der Tag startet um 9.30 Uhr mit einem kurzen Get-together und der Möglichkeit des Austausches mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesgruppe sowie des VPP. Nach der Begrüßung um 10 Uhr starten ab 10.45 Uhr (bis etwa 12.30 Uhr) die vier geplanten Workshops:

- Workshop »Psychologische Beratung« mit Silke Halverkamps (Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen) und Dr. Johanna Thünker (Regionalgruppe VPP)
- Workshop »Wirtschaftspsychologie« mit Dr. Roscoe Araujo (Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen) und Werner Grieshop (Delegierter der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Sektion »Freiberufliche Psychologinnen und Psychologen«)
- Workshop »Rechtspsychologie« mit Petra Jagow (Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen) und Ivona Matas (Delegierte der Sektion »Rechtspsychologie«)
- Workshop »Verkehrspsychologie« mit Astrid Baumgärtner (Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen/Kassierer) und Jürgen Walter (Beauftragter des Vorstands der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen)

In den Workshops werden Informationen zu Qualität und Transparenz diskutiert und Argumente für die anschließende Podiumsdiskussion gesammelt, u. a. aus den Unterlagen der Expertinnen- und Expertenkommission für ein Psycholog*innengesetz.

Podiumsdiskussion

Ab 14 Uhr (bis 15.30 Uhr) diskutieren Verbandsfunktionärinnen und -funktionäre, BDP-Präsidentin Thordis Bethlehem sowie Rechtsanwältin Jan Frederichs und der BDP-Referent für Fachpolitik Fredi Lang mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik (u. a. Susanne Schneider, FDP, Mitglied des Landtags in Nordrhein-Westfalen, und Rodion Bakum, SPD, Mitglied des Landtags

in Nordrhein-Westfalen). Moderiert wird die Podiumsdiskussion von Marc Hartenstein vom Westdeutschen Rundfunk. Interessierte Mitglieder, die nicht vor Ort teilnehmen können, haben die Möglichkeit, die Diskussion im Livestream zu verfolgen. Die Anmeldung ist über den folgenden Link möglich: <https://join.next.edudip.com/de/webinar/tag-der-psychologie-moderierte-podiumsdiskussion-mit-marc-hartenstein/1937226>

Mitgliederversammlung

Ebenfalls am 28. Oktober 2023 findet von 16 bis 18 Uhr die Mitgliederversammlung (MV) der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Lensing-Carrée in Dortmund statt, bei der u. a. Delegierte und Ersatzdelegierte gewählt werden.

Anmeldung

Anmeldungen zum Tag der Psychologie in Dortmund können unter Angabe der vollständigen Adressdaten an die E-Mail-Adresse events@bdp-nrw.de gerichtet werden.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Für den Landesgruppenvorstand
Petra Jagow

Gelungenes Sommerfest

Einfach schön war's beim Sommerfest der Landesgruppe am 17. Juni 2023 auf Schloss Landsberg. Die »Wiederholungstäterinnen« und »Wiederholungstäter« wussten schon, dass es interessant und lecker wird, und auch die »Neulinge« haben sich direkt sehr wohl gefühlt in der besonderen Atmosphäre auf der einladend gestalteten Terrasse vor beeindruckender Kulisse.

Es ergaben sich sofort angeregte Gespräche, die nur kurz für eine offizielle Begrüßung unterbrochen wurden. Ab 17 Uhr ging es mit zwei parallelen Führungen ins Innere des Schlosses und in die familieneigene Gruft der Thyssens.

Anschließend widmeten sich die Gäste den Köstlichkeiten vom Grill, die auch dieses Jahr wieder ausgesetzt und äußerst lecker waren. Da musste einfach alles probiert werden ... Und dabei tauschten sich die Anwesenden an vier langen Tischen weiter intensiv aus. Es war fast schon schwer, sich gegen 21 Uhr zum Aufbruch zu lösen.

Petra Jagow
Landesgruppenvorsitzende

SAARLAND

Erinnerung: Landestag und MV

Die Landesgruppe Saarland erinnert an ihren Landespsycholog*innentag am Samstag, den 14. Oktober 2023, in Spiesen und bittet alle Mitglieder, sich den Termin vorzumerken.

Nach einem Vortrag von Theodor Dierk Petzold zum Thema »Salutogenese« mit anschließender Diskussion (10 bis 12 Uhr, Fortbildungspunkte sind beantragt) findet ab 13 Uhr die jährliche Mitgliederversammlung (MV) der Landesgruppe statt. Zudem besteht Gelegenheit zum kollegialen thematischen Austausch.

Um die Veranstaltung und das Catering besser planen zu können, bittet der Landesgruppenvorstand um eine Anmeldung bis zum 15. September 2023 per E-Mail an Andreas Hemsing (hemsing@hemsing-personalis.de).

Mehr Details finden sich auf der Landesgruppen-Website: www.bdp-verband.de/landesgruppen/saarland

Christian Lorenz



Gemütliche Atmosphäre und bestes Wetter beim Sommerfest der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Berichte an den Gutachter

Verschiedenes

Kompetente Supervision und Unterstützung bei TP- und VT-Anträgen (Erw./KJJu) von Dipl.-Psychologin mit über 20 Jahren Berichtserfahrung.
Tel.: 04186-6969540 oder 0163-6395498, E-Mail: c.turiaux@outlook.de

Psychotherapie und Spiritualität Fortbildung Frauenchiemsee 29.09. – 01.10.2023

21 Fortbildungspunkte PTK Bayern
€ 390,00 zzgl. Unterkunft

Dr. Corinna Brandl
Tel: 08051-62565 oder 0174-9891355
dr.corinna-brandl@t-online.de
www.drcorinnabrandl.de

Möchten Sie lieber GROSS oder KLEIN?

Werben Sie mit einer Kleinanzeige für Ihre Praxis, Ihren Job oder andere Angebote im **Marktplatz des »report psychologie«**!

Folgende Formate sind möglich:

- Kleinanzeige KLEIN mit bis zu 200 Zeichen (52,50 € zzgl. MwSt.)
 - Kleinanzeige GROSS mit bis zu 400 Zeichen (99,75 € zzgl. MwSt.)
- Als BDP-Mitglied erhalten Sie einen Rabatt in Höhe von 10 %.

Senden Sie uns Ihren Anzeigenauftrag gerne per E-Mail an anzeigen@psychologenverlag.de, oder rufen Sie uns an unter: (01577) 768 430 4.



Zur Verstärkung unseres Psychologen-Teams in der Rehabilitationsklinik Hohenelse in Rheinsberg suchen wir zum nächstmöglichen Termin

eine Psychologin / einen Psychologen (m/w/d)

alternativ

eine Rehabilitationspsychologin / einen Rehabilitationspsychologen (m/w/d)

Nähere Informationen zum Stellengesuch, insbesondere zum Aufgabengebiet und zu den formalen und fachlichen Anforderungen finden Sie unter

www.deutsche-rentenversicherung.de/BerlinBrandenburg/DE/Karriere.



Professorin/Professor (m/w/d) oder Lehrkraft für besondere Aufgaben für Psychologie (75 % Stelle*)

Professorin/Professor (m/w/d) oder Lehrkraft für besondere Aufgaben für Handlungslehre in der Sozialen Arbeit (50 % Stelle**)

Die Evangelische Hochschule Nürnberg sucht zum Sommersemester 2024 zwei profilierte Persönlichkeiten für die Lehrgebiete „Psychologie“ und „Handlungslehre in der Sozialen Arbeit“. Die Lehre erfolgt schwerpunktmäßig in den sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Studiengängen. Auf die Stelle „Handlungslehre in der Sozialen Arbeit“ freuen wir uns auch über Bewerbungen als Nachwuchsprofessor/Nachwuchsprofessorin (m/w/d) gem. Art. 64 BayHIG.

Bewerbungsschluss ist der 18.09.* bzw. 25.09.2023.**

Weitere detaillierte Informationen zu den Ausschreibungen finden Sie auf unserer Karriereseite: www.evh.n.de/karriere





Foto: Clay Banks – unsplash.com

16. September 2023

Mitgliederversammlung der Sektion Klinische Psychologie

Ort: Online
www.bdp-klinische-psychologie.de

23. September 2023

Mitgliederversammlung der Sektion VPP

Ort: Würzburg, hybrid
www.vpp.org

14. Oktober 2023

Mitgliederversammlung der Landesgruppe Saarland

Ort: Spiesen
www.bdp-verband.de/landesgruppen/saarland

21. Oktober 2023

Mitgliederversammlung der Sektion Angestellte und Beamtete Psychologen/innen

Ort: Leipzig, hybrid
www.bdp-abp.de

27. Oktober 2023

Mitgliederversammlung der Sektion Politische Psychologie

Ort: Berlin
www.bdp-politische.de

28. Oktober 2023

Mitgliederversammlung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Ort: Dortmund, hybrid
www.bdp-nrw.de

11. November 2023

Mitgliederversammlung der Landesgruppe Hessen

Ort: Online
www.bdp-hessen.de

11. November 2023

Mitgliederversammlung der Landesgruppe Mitteldeutschland

Ort: Erfurt
www.bdp-verband.de/landesgruppen/mitteldeutschland

25./26. November 2023

Delegiertenkonferenz 2/2023

Ort: N.N.
www.bdp-verband.de

28. November 2023

Mitgliederversammlung der Sektion Freiberufliche Psychologinnen und Psychologen

Ort: N.N.
www.bdp-verband.de/sektionen/freiberufliche-psychologinnen-und-psychologen

Wir bitten um Verständnis dafür, dass die Terminliste unter Vorbehalt veröffentlicht wird.

Bitte informieren Sie sich direkt bei den jeweiligen Landesgruppen und Sektionen darüber, ob die Veranstaltungen wie geplant stattfinden.

Weitere Termine unter
www.bdp-verband.de/termine

Sie sind Funktionärin oder Funktionär im BDP und planen eine Veranstaltung? Sie möchten, dass Ihr Event im Terminkalender auf der BDP-Homepage aufgeführt wird? Dann nutzen Sie die Möglichkeit des Online-Terminformulars! Sie finden dieses unter www.bdp-verband.de/termine, oder Sie scannen den hier abgedruckten QR-Code.



LANDESGRUPPEN

Baden-Württemberg

Dipl.-Psych. Thordis Bethlehem
Amadeusweg 31
70563 Stuttgart
Tel.: (0711) 305 633 1
info@bdp-bw.de
www.bdp-bw.de

Bayern

Winfried Pollmann, M.Sc.
Rudolf-Aerne-Weg 39
87437 Kempten (Allgäu)
Tel.: (0171) 997 407 8
pollmann@bdp-bayern.de
www.bdp-bayern.de

Berlin-Brandenburg

Dipl.-Psych. Annette Schlipphak
Landesgeschäftsstelle:
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (030) 209 166-725
Fax: (030) 209 166 777-50
geschaeftsstelle@bdp-bb.de
www.bdp-bb.de

Bremen

c/o BDP-Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (030) 209 166-612
Fax: (030) 209 166-77612
sekretariat@bdp-verband.de
www.bdp-bremen.org

Hamburg

Dipl.-Psych. Bettina Nock
Faberstr. 28
20257 Hamburg
Tel.: (040) 645 535 15
Fax: (040) 851 587 88
bettina.nock@bdp-hh.org
vorstand@bdp-hh.org
www.bdp-hh.org

Hessen

Dr. phil. nat. Bettina Gorißen
Gluckensteinweg 136
61350 Bad Homburg
Tel.: (06172) 936 989
info@dr-gorissen.de
www.bdp-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dipl.-Psych. Manuela Chall
Ulmenweg 12b
18556 Wiek auf Rügen
Tel.: (038391) 768 53 oder
(0176) 242 785 57
m_chall@yahoo.de

Mitteldeutschland:

Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Martin Krüger, M.Sc.
Berufsverband Deutscher
Psychologinnen und Psycho-
logen e. V.
Landesgeschäftsstelle Mittel-
deutschland
Auerweg 16
01689 Weinböhla
Tel.: (0151) 419 579 14
martin.krueger@bdp-mittel-
deutschland.de
geschaeftsstelle@bdp-mittel-
deutschland.de
www.bdp-mitteldeutschland.de

Niedersachsen

Dipl.-Psych. Frank Heilmann
BDP Landesgruppe
Niedersachsen
Postfach 1525
30015 Hannover
vorstand@bdp-nds.de
www.bdp-niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Dipl.-Psych. Petra Jagow
Apostelstr. 28-30
50667 Köln
Tel.: (0221) 728 376
lgnrw@bdp-verband.de
www.bdp-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Christian Ambach, M.Sc.
Gartenstr. 14
55270 Klein-Winterheim
Tel.: (0170) 741 578 5
vorstand@bdp-rlp.org

Saarland

Geschäftsstelle:
Lehberggarten 31
66131 Saarbrücken
www.bdp-verband.de/
landesgruppen/saarland

Schleswig-Holstein

Dipl.-Psych. Juliane Dürkop
Wiesendamm 16g
24568 Kaltenkirchen
Tel.: (0431) 500 214 61
duerkop@bdp-sh.de
www.bdp-sh.de

SEKTIONEN

Angestellte und Beamtete Psychologen

Dipl.-Psych. Walter Roscher
Josef-Traxel-Weg 1
55128 Mainz
Tel.: (06131) 218 905 0
w-roscher@web.de
Sektionsgeschäftsstelle:
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
SABP@bdp-verband.de
www.bdp-abp.de

Aus-, Fort- und Weiterbildung in Psychologie

Prof. Dr. Michael Krämer
kraemer@fh-muenster.de
www.bdp-afw.de

Freiberufliche Psychologinnen und Psychologen

Dipl.-Psych. Christian Lorenz
Falkstraße 34
66280 Sulzbach an der Saar
Tel.: (06897) 966 522 2 oder
(0170) 903 002 2
cl@christianlorenz.net
www.bdp-verband.de/sektionen/
freiberufliche-psychologinnen-
und-psychologen

Gesundheits- und Umweltpsychologie

Dipl.-Psych. Maximilian
Rieländer
psychologe@rielaender.de

Gesundheitspsychologie

Dipl.-Psych. Julia Scharnhorst
Blink 40c, 25491 Hettingen
Tel.: (04103) 701 814 0
Fax: (04103) 701 814 4
Julia.Scharnhorst@h-p-plus.de

Umweltpsychologie

Dipl.-Psych. Andreas Hegenbart
ah@andreashegenbart.de

Klinische Psychologie

Dipl.-Psych. Inge Neiser
Kirchstr. 3B
56203 Höhr-Grenzhausen
Tel.: (06881) 898 934 oder
(0171) 123 752 1
i.neiser@bdp-
klinischepsychologie.de
Sektionsgeschäftsstelle:
Vorstandsekretariat Heike Gilles
Kirchstr. 3B,
56203 Höhr-Grenzhausen
Tel.: (02624) 942 774 0
info@bdp-klinische-
psychologie.de
www.bdp-klinische-
psychologie.de

Politische Psychologie

Prof. Dr. Petia Genkova Petkova
Hochschule Osnabrück
Fakultät Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
Albrechtstr. 30
49076 Osnabrück
politische.psychologie@web.de
www.bdp-politische.de

Rechtspsychologie

Prof. Dr. Michaela Pfundmair
Mommsenstr. 57
10629 Berlin
Tel.: (030) 921 012 412
pfundmair@rechtspsychologie-
bdp.de
Sektionsgeschäftsstelle:
Sektion Rechtspsychologie im
BDP
Mommsenstr. 57
10629 Berlin
Tel.: (030) 921 012 412
geschaeftsstelle@
rechtspsychologie-bdp.de
www.bdp-rechtspsychologie.de

Schulpsychologie

Dipl.-Psych. Andrea Spies
Sektion Schulpsychologie
Falkstr. 34
66280 Sulzbach
Tel.: (0163) 793 464 9
info@bdp-schulpsychologie.de
www.bdp-schulpsychologie.de

Verkehrspsychologie

Dipl.-Psych. Ralf Rieser
r.rieser@bdp-verkehr.de
sekretariat@bdp-verkehr.de
www.bdp-verkehr.de

Wirtschaftspsychologie

Dipl.-Psych. Ludwig Andrione
c/o BDP-Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (0176) 243 090 98
ludwig.andrione@
wirtschaftspsychologie-bdp.de
info@wirtschaftspsychologie-
bdp.de
www.wirtschaftspsychologie-
bdp.de

Verband Psychologischer Psychotherapeuten/innen im BDP

Dipl.-Psych. Susanne Berwanger
vorstand@vpp.org
www.vpp.org

Studierende im BDP

Sabrina Bürger
c/o BDP-Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
sabrina.buerger@bdp-s.de
vorstand@bdp-s.de
www.bdp-s.de

**BUNDESGESCHÄFTS-
STELLE**

Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
www.bdp-verband.de

Hauptgeschäftsführung

Dipl.-Psych.
Gita Tripathi-Neubart
Tel.: (030) 209 166-619
Fax: (030) 209 166-77611
hgf@bdp-verband.de

Sekretariat

Gabriele Hoffelner
Tel.: (030) 209 166-612
Fax.: (030) 209 166-77612
sekretariat@bdp-verband.de

Teamassistent

Burkhard Apitz
Tel.: (030) 209 166-619
Fax.: (030) 209 166-77619
teamassistent@bdp-verband.de

Fachpolitik

Dipl.-Psych. Fredi Lang
Tel.: (030) 209 166-630
f.lang@bdp-verband.de

Rechtsberatung

RA Jan Frederichs
Tel.: (030) 209 166-640
Terminvereinbarung unter
Tel.: (030) 209 166-641
Fax: (030) 209 166-77640
j.frederichs@bdp-verband.de
datenschutz@bdp-verband.de

Finanzbuchhaltung

Karin Schneemann
Tel.: (030) 209 166-650
leitung-fibu@bdp-verband.de

a.henke@bdp-verband.de
d.kain@bdp-verband.de

**Marketing, Kommunikation,
Mitgliederservice**

Jan R. Fröysok
Tel.: (030) 209 166-622
kommunikation@bdp-verband.
de

**Presse,
Social Media, Newsletter**
Bettina Genée
Tel.: (030) 209 166-620
presse@bdp-verband.de

Ralf Graumann
Tel.: (030) 209 166-621
pr@bdp-verband.de

**Digitale Themen,
Veranstaltungen/DK,
Mitgliederservice**
Paul Möller
Tel.: (030) 209 166-661
Fax: (030) 209 166-77661
veranstaltungen@bdp-verband.de
dk@bdp-verband.de

Mitgliederservice

mitgliederservice@
bdp-verband.de
Elena Antosljak
Tel.: (030) 209 166-663
Fax: (030) 209 166-77663

Bärbel Piede
Tel.: (030) 209 166-662
Fax: (030) 209 166-77662

Paul Möller
Tel.: (030) 209 166-661
Fax: (030) 209 166-77661

**Mitgliederservice
Untergliederungen**

N.N.
mitgliederservice-UG@
bdp-verband.de

VORSTAND DES BDP

*Kontakt zum Vorstand über das
Sekretariat*

Präsident:
Dipl.-Psych. Thordis Bethlehem
t.bethlehem@bdp-verband.de

Vizepräsident:
Dipl.-Psych. Ralph Schliewenz
r.schliewenz@bdp-verband.de

Vizepräsidentin:
Dipl.-Psych. Susanne Berwanger
s.berwanger@bdp-verband.de

DELEGIERTENKONFERENZ

Vorsitzender:
Dipl.-Psych. Michael Ziegelmayr
dk-vorstand@bdp-verband.de

Stellv. Vorsitzende:
Nadine Ketterer, M.Sc.
Dipl.-Psych. Gunter Nittel

DK-AUSSCHÜSSE

Antragskommission
Sprecherin:
Dipl.-Psych. Manuela Chall
m_chall@yahoo.de

Haushaltsausschuss
Vorsitzende:
Dipl.-Psych. Katja Zetzsche
k.zetzsche@bdp-klinische-
psychologie.de

**Psychologinnen-/
Gleichbehandlungsausschuss**
Sprecherin:
Bettina Nock
PsynGBA@bdp-verband.de

PRÄSIDIUMSBEAUF- TRAGTE

Digitalisierung
N.N.

Menschenrechtsfragen
Dipl.-Psych. Eva van Keuk
Tel.: (0211) 544 173-30
vankeuk@psz-duesseldorf.de

**Präsidiumsarbeitskreis
Inklusion/Integration**
Sprecherin:
Dipl.-Psych. Elisabeth Göttinger
Im Kläuerchen 8
55276 Oppenheim
egotzing@t-online.de
inklusion@bdp-verband.de

Kindeswohl und Kinderrechte
N.N.

Tarifpolitik
N.N.

**Präsidiumskommission
Berufsethik**
Vorsitzende:
Dipl.-Psych.
Carola Brücher-Albers
c/o BDP-Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (06131) 267 325 5 oder
(0176) 459 549 30
cbabdp@web.de

**Präsidiumsarbeitskreis
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt**
Schriftführerin:
Dipl.-Psych. Carola Brücher-Albers
cbabdp@web.de

**Vorstands-AG
Historisch Digitales Archiv**
Dipl.-Psych. Elisabeth Göttinger
Im Kläuerchen 8
55276 Oppenheim
Tel.: (0160) 935 752 09
egotzing@t-online.de

Seniorenbeauftragung
Dr. Ulrich Winterfeld
Tieckstr. 19
01099 Dresden
Tel.: (0351) 811 522 0 oder
(0171) 584 853 9
info@diegalerie-dresden.de

GESELLSCHAFTEN

**Deutscher Psychologen
Verlag GmbH**
Geschäftsführer:
Jan Frederichs
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (030) 209 166-410
Fax: (030) 209 166-413
verlag@psychologenverlag.de
www.psychologenverlag.de

PsyCura Wirtschaftsdiens t GmbH
Geschäftsführer:
Dr. Michael Marek
Große-leege-Str. 97/98
13055 Berlin
Tel.: (030) 337 738 30
Fax: (030) 337 738 310
mail@psycura.de
www.psycura.de

**Deutsche Psychologen
Akademie GmbH**
Geschäftsführer:
Dr. Günter Koch
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (030) 209 166-314
Fax: (030) 209 166-316
info@psychologenakademie.de
www.psychologenakademie.de

**Berliner Akademie für
Psychotherapie (BAP)**
Psychotherapeutische
Ausbildungen
der DPA GmbH
Tel.: (030) 209 166-0
Fax: (030) 209 166-170
Bap@bdp-verband.de
www.bap-berlin.de

Psychologenportal
www.psychologenportal.de

**Psychotherapie-
Informationsdienst**
Leiterin: Dipl.-Psych. Katrin Frick
(030) 209 166-332
Teilnehmerverwaltung:
Anne Böttcher
(030) 209 166-331
Beratung und Vermittlung:
Mo, Di 10–13 Uhr, 16–19 Uhr
Mi, Do 13–16 Uhr
Tel.: (030) 209 166-330
Fax: (030) 209 166-316
pid@dpa-bdp.de
www.psychotherapiesuche.de
www.supervisionregister.de
www.coachingportal.de

**Psychologische Hochschule
Berlin gGmbH**
Rektor: Prof. Dr. Siegfried Preiser
Geschäftsführer:
Dr. Günter Koch
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (030) 209 166-201
kontakt@psychologische-
hochschule.de
www.psychologische-
hochschule.de
Studienberatung:
Anna-Maria de Veer, M.Sc.
studienberatung@
psychologische-hochschule.de
Telefonische Beratung:
Mo 14–16 Uhr, Mi 11–13 Uhr
Tel.: (030) 209 166-200

WEITERE ANSCHRIFTEN

**Studienstiftung
Deutscher Psychologinnen
und Psychologen e.V.**
Vorsitzender:
Dipl.-Psych. Michael Ziegelmayr
Geschäftsstelle:
Am Köllnischen Park 2, 10179 Berlin
geschaeftsstelle@bdp-
studienstiftung.de
www.bdp-studienstiftung.de

Ehrengericht des BDP
c/o Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
RA Jan Frederichs
Tel.: (030) 209 166-663
ehrengericht@bdp-verband.de

**BDP und DGPs
sind zusammengeschlossen
in der
Föderation Deutscher
Psychologinnenvereinigungen**
c/o BDP
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Sekretariat 2023: DGPs

**Deutsche Gesellschaft für
Psychologie (DGPs)**
Präsident:
Prof. Dr. Stefan Schulz-Hardt

**Diagnostik- und Testkuratorium
der Föderation**
Vorsitzender:
Prof. Dr. Martin Kersting
Justus-Liebig-Universität Gießen
martin@kersting-internet.de

**Freunde und Förderer der
Psychologischen Hochschule
Berlin e.V.**
Vorsitzende des Vorstands:
Prof. Dr. Petia Genkova Petkova
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (030) 209 166-315
Fax: (030) 209 166-17
foerderverein@psychologische-
hochschule.de
www.psychologische-
hochschule.de/foerderverein

IMPRESSUM

reportpsychologie

ist das offizielle Organ
des Berufsverbandes
Deutscher Psychologinnen
und Psychologen e.V.

Herausgeber
Vorstand des Berufsverbandes
Deutscher Psychologinnen und
Psychologen e.V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin



**Berufsverband
Deutscher
Psychologinnen
und Psychologen**

Die Zeitschrift erscheint
zehnmal jährlich.
Für Mitglieder des BDP
ist der Bezugspreis durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**ZKZ 3777
ISSN 0344-9602**

gedruckt auf
100% Recycling-Papier.

**Verantwortlich für den fachwissen-
schaftlichen Teil, Fachlicher Beirat**
Prof. Dr. Gabriele Helga Franke,
Stendal; Prof. Dr. Petia Genkova
Petkova, Osnabrück; Prof. Dr.
Frank Jacobi, Berlin; Prof. Dr.
Uwe Peter Kanning, Osnabrück;
Prof. Dr. Siegfried Preiser, Berlin;
Prof. em. Dr. Karl Westhoff, Dres-
den (Schriftleitung)

*Inhaltlich verantwortlich für die
Rubrik »Psychotherapie«*
Susanne Berwanger

Chefredaktion
Susanne Koch
s.koch@psychologenverlag.de

Redaktion
A. Walton, A. Wermann, I. Bock,
K. Kremer-Schulz

Layout
Siegmar Förster, Designer AGD

Titelbild
Elina Emurlaeva – pexels.com

Satz/Layout
Reemers Publishing Services GmbH

Wir haben uns bemüht, sämt-
liche Rechteinhaberinnen und
-haber von Bildern zu ermit-
teln. Sollte dem Verlag gegen-
über dennoch der Nachweis
der Rechteinhaberschaft geföhrt
werden, bitten wir um Kontakt-
aufnahme.

Verlag/Anzeigenredaktion
Deutscher Psychologen Verlag
GmbH, Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Tel.: (01577) 768 430 4
anzeigen@psychologenverlag.de
www.psychologenverlag.de

Abo-Service
Deutscher Psychologen Verlag
Tel.: (0228) 955 021 0
Fax: (0228) 369 621 0
leserservice@
psychologenverlag.de

Druck
Strube Druck & Medien GmbH

Redaktionsschluss
Ausgabe 11+12/2023: 28.09.2023
Ausgabe 1/2024: 08.11.2023

Bezugspreise im Abonnement
Inland 54,- Euro, Ermäßigt
37,80 Euro, Ausland 72,- Euro,
Einzelheft 7,45 Euro, Alle Preise
verstehen sich inkl. MwSt. und
Versand.

Anzeigenschluss
Ausgabe 11+12/2023: 20.10.2023
Ausgabe 1/2024: 28.11.2023

Anzeigen bitte schriftlich
einreichen (Post, Fax, E-Mail)
Es gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 29, ab Januar 2022.
Die in den Rubriken »Markt-
platz« und »Fort- und Weiterbil-
dung« sowie per Werbebeilage
veröffentlichten Angebote
wurden bezüglich ihrer Qualität
keiner Prüfung durch den Her-
ausgeber unterzogen.
Namentlich gekennzeichnete Bei-
träge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.
Für unverlangt eingesandte
Manuskripte, Besprechungsex-
emplare usw. übernehmen
Verlag und Redaktion keine
Haftung. Die Redaktion behält
sich das Recht der sinnwahren-
den Kürzung vor.

**Autorinnen- und
Autorenhinweise**
In der Rubrik »Fachwissenschaft-
licher Teil« erscheinen Autorin-
nen- und Autorenbeiträge sowie
standardisierte Rezensionen von
Fachbüchern, für Letztere gilt das
Rezensionsschema RP. Die Bei-
träge sollen fachlich einwandfrei
und für Psychologinnen und
Psychologen jeder Ausrichtung
voll verständlich sein und deren
fachlicher Weiterbildung dienen.
Die Themen können allen Berei-
chen der angewandten Psycho-
logie und der psychologischen
Forschung entstammen.
Der Umfang der Beiträge soll
max. 40.000 Zeichen (einschl.
Leerzeichen) betragen. Die
Manuskripte sollen formal
nach den Richtlinien zur
Manuskriptgestaltung der
Deutschen Gesellschaft für Psy-
chologie (Göttingen: Hogrefe)
gestaltet sein.

Bitte folgende Hinweise
beachten:
1. Auf dem Deckblatt finden sich
Titel, Autorinnen- und Autoren-
namen, Korrespondenz- und
E-Mail-Adresse.
2. Ein kurzer Einleitungstext
(max. zehn Zeilen) wird der
Arbeit vorangestellt.
3. Eine Zusammenfassung (max.
15 Zeilen) in Deutsch und Eng-
lisch steht am Textende.
4. Das Literaturverzeichnis ent-
spricht o. g. Richtlinien.

5. Das Dokument enthält Anga-
ben zu den Autorinnen und Au-
toren (Vita/Arbeitsschwerpunkte;
max. fünf Zeilen pro Person).
6. Das endgültige Manuskript ist
im doc-, docx- oder rtf-Format
einzureichen (Schrift: Arial, 12
pt, 1,5-zeilig). Es enthält im Text
keine Abbildungen und Tabellen,
keine Seitenzahlen, keine auto-
matische Silbentrennung, keine
hinterlegten Kopfzeilen, keine
Fuß-, sondern nur Endnoten.
7. Tabellen und Abbildungen,
deren Positionierung im Text zu
vermerken ist, sind in separaten
Anhängen in Druckqualität (Auf-
lösung mindestens 300 dpi) zu
übermitteln.
Notwendig ist zudem eine Versi-
cherung darüber, dass die Arbeit
nicht bereits an anderer Stelle
publiziert oder zur Publikation
eingereicht wurde.
Adressat der Datei (als Anhang):
Prof. em. Dr. Karl Westhoff,
Schriftleiter, E-Mail: mail@karl-
westhoff.de.
Nach der Eingangsbestätigung
wird jedes Manuskript zwei Gut-
achterinnen bzw. Gutachtern
zur fachlichen Stellungnahme
vorgelegt, über deren Resultat
sowie die Entscheidungen des
Schriftleiters die Autorinnen und
Autoren so schnell wie möglich
informiert werden. Autorinnen
und Autoren erhalten bis zu fünf
Freiexemplare des Hefts, in dem
ihr Beitrag erscheint. Es werden
keine Autorinnen- bzw. Autoren-
honorare gezahlt.

Foto: LIGHTFIELD STUDIOS/AdobeStock

**WIRTSCHAFTS-
PSYCHOLOGIE
aktuell**

30 Jahre Wirtschaftspsychologie aktuell

Gemeinsam freuen statt alleine feiern!

**Werben Sie neue Leser und erhalten Sie beide
einmalig 30 % auf ein Jahresabonnement!***

* Angebot gültig bis 31.12.2023. Gilt nur bei Abschluss eines Jahresabonnements eines Neukunden (= Geworbener) und gleichzeitiger Verlängerung eines bestehenden bzw. Wiederaufnahme eines Jahresabonnements (= Werber). Werber und Geworbener erhalten beide einmalig 30 % auf das reguläre Jahresabonnement Inland inkl. App-Zugriff (Kosten statt 79,80 € für 4 Ausgaben zum Jubiläumspreis von 55,86 € inkl. MwSt. und Versand). Die Rabattierung ist nicht auf eine bestehende BDP-Mitgliedschaft anwendbar.

Weiterführende Infos unter
lp.wirtschaftspsychologie-aktuell.de/lp/151/833901/





Treffen Sie SCHUHFRIED Vor Ort oder online

Kommen Sie ins schöne Österreich oder bleiben Sie gemütlich zu Hause – Hauptsache wir kommen ins Gespräch. Wir möchten Ihnen die Welt der digitalen psychologischen Diagnostik mit dem Wiener Testsystem näherbringen und Sie damit in Ihrer Arbeit unterstützen. Wir freuen uns auf Sie!

Messen und Kongresse:

- 24.-27.10.23: 17. Arbeitstagung der **Fachgruppe DPPD** in Salzburg
- 06.-07.10.23: 19. Gemeinsames Symposium der **DGVM/DGVP** in Wien
- 09.-10.10.23: 6. Internationale Fachtagung „**Psychologische Diagnostik**“ in Wien & Online
- 20.-21.10.23: Jahrestagung der **GNPÖ** in Wien

Online-Events:

- 15.09.23: Webinar: Klinische Neuropsychologie von **ADHS** im Erwachsenenalter
- 29.09.23: Seminar: **Digitale Diagnostik** – Aufmerksamkeit
- 06.10.23: Expertenworkshop: Forced-Choice in Theorie und Praxis mit dem **FCB5**
- 20.10.23: Seminar: **Digitale Demenzdiagnostik**

→ Coming soon: Die Termine für unsere Traffic Shots stehen fest!

Finden Sie das passende Event unter:
www.schuhfried.com/de/services/webinare-seminare-kongresse/



Kontaktieren Sie uns:
info@schuhfried.com
+43 2236 42315

Mehr Infos auf:



SCHUHFRIED

passion for psychology